

**Technische Universität Berlin**

**Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung**

**Entwicklungspolitik und Solidarität in der DDR,  
dargestellt**

**an Beispielen der staatlichen Zusammenarbeit mit Mosambik und Äthiopien und der  
entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit unabhängiger Gruppen**

**vorgelegt von**

**Diplom-Religionspädagoge (FH)**

**Hans-Joachim Döring  
aus Berlin**

von der Fakultät I Geisteswissenschaften  
der Technische Universität Berlin  
zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie  
- Dr. phil. -

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzende: Prof. Dr. H. Marburger  
Beisitzer: Prof. H.-F. Rathenow  
Beisitzer: Prof. Dr. B. Overwien

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 13. Juli 2007

Berlin 2008  
D 83

## **Bestandteile der Dissertation:**

Band I

**I.I Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit  
der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR**

dargestellt am Beispiel des INKOTA-Arbeitskreises  
unter den Bedingungen der Entwicklungs- und Solidaritätspolitik  
der DDR sowie den Einflüssen der ökumenischen Bewegung  
und der evangelischen Kirchen in den Jahren 1968 bis 1990  
Berlin 2008, S. 128.

**I.II Bibliographie zur entwicklungspolitischen Bildungs-,  
Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen und  
staatlichen Stellen in der ehemaligen DDR**

Bonn/Berlin 2004, S. 31.

**I.III Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: vom Profil  
im Vakuum**

In: Noch die Internationale Solidarität? Ansichten und Informati-  
onen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungs-  
politik.

Hrsg.: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung.

Berlin 2000, S. 19–33.

**I.IV Biografischer Anhang**

Verzeichnis der Publikationen

Lebenslauf

Erklärungen gem. § 5 (1), Ziffer 1, 5, 6 und 7 der Promotions-  
ordnung der Technischen Universität Berlin in der Fassung vom  
9. Juli 1996.

Band II

**“Es geht um unsere Existenz“**

Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von  
Mosambik und Äthiopien

Ch. Links-Verlag, Berlin

Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft

2. Auflage, 2001, S. 352, ISBN 3-86153-185-2

Im Internet unter:

[http://www.ocelot.de/Es\\_geht\\_um\\_unsere\\_Existenz/index171.html](http://www.ocelot.de/Es_geht_um_unsere_Existenz/index171.html)

## **I.I Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR dargestellt an Beispielen des INKOTA-Arbeitskreises**

unter den Bedingungen der Entwicklungs- und Solidaritätspolitik der DDR sowie den Einflüssen der ökumenischen Bewegung und der evangelischen Kirchen in den Jahren 1968 bis 1990

Theorieorientiertes Papier gem. § 2 Abs. 2 der Promotionsordnung der Technischen Universität Berlin

### Gliederung

|          |  |    |
|----------|--|----|
|          | <b>Vorwort</b>   | 6  |
| <b>1</b> | <b>Einleitung</b>  | 9  |
| 1.1      | Abgrenzung und Forschungsstand   | 11 |
| 1.2      | Das Verhältnis des Autors zum Thema  | 12 |
| <b>2</b> | <b>Gegenstand der Arbeit</b>   | 13 |
| 2.1      | Dritte-Welt-Gruppen  | 13 |
| 2.2      | Entwicklungsbezogene Bildung   | 16 |
| <b>3</b> | <b>Staatlicher Kontext: Zur Entwicklungs- und Solidaritätspolitik in der DDR</b>   | 23 |
| 3.1      | Selbstverständnis  | 24 |
| 3.2      | Strukturen und Rahmenbedingungen   | 26 |
| 3.3      | Erziehung zu Internationalismus und Solidarität                                    | 30 |
| <b>4</b> | <b>Kirchlicher Kontext: Die ökumenische Bewegung und die evangelischen Kirchen</b> | 34 |
| 4.1      | Ernst Lange und Paulo Freire   | 36 |
| 4.2      | Leitbegriffe der evangelischen Kirchen in den 1970er Jahren                        | 41 |
| 4.2.1    | „Verbesserlicher Sozialismus“  | 41 |
| 4.2.2    | „Kirche als Lerngemeinschaft“  | 44 |

|          |   |            |
|----------|---|------------|
| <b>5</b> | <b>Dritte-Welt-Gruppen und entwicklungsbezogene Bildung</b>   | <b>50</b>  |
| 5.1      | Die Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen in den 1970er Jahren – Aufbruch und Hoffnung   | 50         |
| 5.2      | Die Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen in den 1980er Jahren – Wachsendes Engagement und wachsende Widersprüche                  | 59         |
| 5.3.1    | Ein Beispiel: Die Nicaraguasolidarität und die Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua Leipzig                                   | 64         |
| 5.3.2    | Zur Arbeit weiterer Gruppen und des INKOTA-Arbeitskreises   | 70         |
| 5.4      | Zur intermediären Funktion des INKOTA-Arbeitskreises  | 81         |
| <b>6</b> | <b>Politische und pädagogische Vorgänge in der entwicklungsbezogenen Bildung</b>  | <b>87</b>  |
| 6.1      | Der Entwicklungspolitische Runde Tisch und seine Grundsätze zur entwicklungsbezogenen Bildung                               | 87         |
| 6.2      | Zum Lernen in unabhängigen Gruppen  | 90         |
| 6.3      | Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und die ökumenische Versammlung – ein Lernweg | 97         |
| <b>7</b> | <b>Desiderata</b>   | <b>105</b> |
| <b>8</b> | <b>Zusammenfassung</b>  | <b>108</b> |
| <b>9</b> | <b>Anhang</b>   | <b>113</b> |
|          | Übersicht der Dritte-Welt-Gruppen 1989/1990   |            |
|          | <b>Literaturverzeichnis</b>   | <b>119</b> |

## **Vorwort**

Die hier vorgelegte Dissertation besteht aus vier vom Autor verfassten Teilen. Die bereits vorliegenden Teile I.II; I.III und II.I wurden durch das eigens zum Zwecke der Promotion erarbeitete theorieorientierte Papier „Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR, dargestellt an Beispielen des INKOTA-Arbeitskreises“ ergänzt. Die Publikation „Bibliographie zur entwicklungs-politischen Bildungs-, Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen und staatlichen Stellen in der ehemaligen DDR.“ (Bonn 2004, 82 Seiten) wurde gemeinsam mit Wolfgang Heuer herausgegeben. Wolfgang Heuer erfasste die staatlichen Institutionen (S. 31–54). Der Autor erarbeitete den Teil zu den kirchlichen und weiteren nichtstaatlichen Institutionen (S. 5–31). Dieser Abschnitt ist Bestandteil der Dissertation.

Die eingereichten Abhandlungen verbindet ein Gegenstand: Die Praxis der Entwicklungspolitik und der Solidarität in der DDR. Dieses Politikfeld wird sowohl mit Blick auf das staatliche Handeln gegenüber den entwicklungspolitischen Schwerpunktländern der 1970er und 1980er Jahre Äthiopien und Mosambik – einschließlich der Darstellung der theoretischen Ansätze zur Außenpolitik, Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftspolitik der DDR – wie auf das zivil-gesellschaftliche Engagement, vor allem der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen und ihrer entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit untersucht. Neben dem gemeinsamen Gegenstand verbindet die Arbeiten das methodische Bemühen um die analytische Rekonstruktion der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität wie der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit unabhängiger Gruppen.

Die Rekonstruktionen mussten dabei den Schwierigkeiten der nur im geringen Umfang zur Verfügung stehenden Sekundärliteratur und der wenig erschlossenen schriftlichen Quellen Rechnung tragen. Aus diesem Grund wurde umfangreiches Archivmaterial herangezogen und Primärquellen erschlossen, die zum großen Teil erstmals durch den Autor wissenschaftlich ausgewertet wurden. Bei der Rekonstruktion kam der Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes eine große Bedeutung zu. Um die Arbeit übersichtlich zu gestalten, wurden Abgrenzungen vorgenommen. Als zeitlicher Rahmen erwiesen sich die 1970er und 1980er Jahre als sinnvoll, da in diesem Abschnitt in der DDR die wichtigsten entwicklungspolitischen Aktivitäten sowohl bei staatlichen Stellen als auch bei den Kirchen und unabhängigen Gruppen lagen. Le-

diglich in der Arbeit: „Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: vom Profil im Vakuum“ wurde – dem zeitlichen Ablauf der Aktivitäten folgend – der Abschnitt 1989 bis 1994 erörtert. Es wurden aber relevante Prozesse aus den Jahren 1970 bis 1990 in die Betrachtung mit einbezogen.

In zwei Untersuchungen wurde sich auf exemplifizierte Teilgebiete konkretisiert. Während die Studie „Es geht um unsere Existenz...“ die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfe der Beziehungen der DDR zu Äthiopien und Mosambik analysiert, orientiert sich das theorieorientierte Papier zur entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit an den Dritte-Welt-Gruppen im Umfeld des INKOTA-Arbeitskreises, dem bereits 1971 gegründeten Zusammenschluss entwicklungspolitisch tätiger unabhängiger Gruppen in der DDR.

Mit der Bibliographie zu kirchlichen Schriften und Publikationen der entwicklungsbezogenen Bildung wurde für das Gebiet der DDR erstmals eine derartige Übersicht erstellt. Damit besteht nun die Möglichkeit, die entwicklungsbezogene Bildung in der DDR auf Grundlage schriftlicher Quellen weiter erforschen zu können. Auf Grund der besonderen politischen Verhältnisse in der DDR waren die verstreuten und schwer zugänglichen Veröffentlichungen und Materialien bisher nicht erfasst und standen der Wissenschaft kaum zur Verfügung. Die Bibliographie stellt einen Anfang dar und bedarf der weiteren Ergänzung.

Die eingereichten Arbeiten hätten nicht ohne die Gespräche mit zahlreichen Weggefährten der entwicklungspolitischen Arbeit in der DDR erstellt werden können. Der Autor ist ihnen dafür ausdrücklich dankbar. Ihre Anregungen bereicherten die Arbeiten in hohem Maße. Mein besonderer Dank gilt den wissenschaftlichen Betreuern der Dissertation Herrn Prof. Hanns-Fred Rathenow und Herrn Prof. Dr. Bernd Overwien. Die Betreuung der Dissertation lag bei ihnen in guten Händen. Als externer Promovend mit ostdeutscher Sozialisation erfuhr ich viel Interesse am Thema der Dissertation sowie wertvolle Hinweise und Unterstützung bei der Realisierung. Impulse aus diesen Gesprächen flossen in die Gestaltung der Arbeit mit ein. Bei Herrn Prof. Dr. Manfred Liebel konnte ich am Doktorantencolloquium teilnehmen. Bei ihm und den Kolleginnen und Kollegen des Colloquiums bedanke ich mich ebenfalls.

Danken möchte ich schließlich Frau Uta Rüchel, Frau Eva-Maria Herz-Michl und Frau Annette Berger, die mir bei der formalen Gestaltung einzelner Arbeitsabschnitte hilfreich zur Seite standen.

Hans-Joachim Döring



## 1 Einleitung

Solidarität gegenüber Menschen in der „Dritten Welt“ war Anliegen vieler Bürgerinnen und Bürger in der DDR. Dieses Anliegen konnte allerdings nur schwer in konkrete Handlungen umgesetzt werden, obwohl internationale Solidarität zu ausgewählten Entwicklungsländern als ein fester Bestandteil der Politik der SED und als ein herausragendes Merkmal der DDR angesehen werden kann. Die internationale Solidarität kam in ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis der offiziellen DDR, dem Stellenwert des Antifaschismus oder der Sportpolitik nahe und fungierte bei der Abgrenzung gegenüber der BRD. Im Rahmen der Entwicklungs- und Solidaritätspolitik<sup>1</sup> erfolgten tatkräftige materielle Hilfe, diplomatische Unterstützungen und gegenseitiger Güterverkehr. Es kam auch vielfach zur einseitigen Ausnutzung der politischen, ideologischen und ökonomischen Beziehungen zu Entwicklungsländern durch die Partei- und Staatsführung der DDR. Die internationale Solidarität nahm in der Volksbildung der DDR zumeist als Erziehung zum „proletarischen Internationalismus“ und zur Völkerfreundschaft einen ideologisch herausgehobenen Stellenwert ein. Das Image der DDR als Freund und Unterstützer von Entwicklungsländern förderte vor allem in den 1970er Jahren die Identifikation größerer Teile der Bevölkerung mit der Politik der Partei- und Staatsführung.

Neben der staatlichen Entwicklungs- und Solidaritätspolitik der DDR gab es eine kleine, vor allem kirchlich orientierte und sich vom Staat getrennt bzw. unabhängig organisierende Dritte-Welt- oder Solidaritätsszene. Sie sammelte sich seit 1968 in ersten vereinzelt tätigen Arbeitskreisen. Wichtige Impulse kamen aus der weltweiten ökumenischen Arbeit der Kirche. Diese Dritte-Welt-Aktivitäten wurden im Verlauf der 1980er Jahre zu einem Bestandteil der unabhängigen und alternativen Gruppen der DDR im Umfeld der Kirchen. Die Wirkungsweise der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen erfuhr – ähnlich wie die staatliche Solidaritätsarbeit – nur wenig Aufmerksamkeit in der bisherigen Forschung zur DDR-Gesellschaft.

Die hier vorgelegte Arbeit rekonstruiert im Überblick die Entstehung und Strukturen der entwicklungsbezogen arbeitenden, nichtstaatlichen Dritte-Welt-Gruppen in

---

<sup>1</sup> Die Begriffe Entwicklungs- und Solidaritätspolitik wurden in der DDR nur sehr selten angewandt. Sie werden in dieser Arbeit benutzt, weil vor allem der Terminus Entwicklungspolitik – bei all seinen Schwächen – in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion weiterhin gebräuchlich ist. Da ein Anliegen dieser Arbeit die Vermittlung der Zusammenhänge entwicklungspolitischer Politikbereiche in der DDR in die bundesrepublikanische Fachdebatte ist, wird zumeist auf sie zurückgegriffen.

der DDR seit 1968 und legt den Schwerpunkt auf deren Bildungs- und Informationsarbeit. Dabei wird besondere Aufmerksamkeit auf die Untersuchung der kontextuellen Hauptbezüge, der staatlichen Entwicklungs- und Solidaritätspolitik der DDR, der evangelischen Kirchen und der ökumenischen Bewegung gelegt.

Es wird von folgenden Aufgabenstellungen ausgegangen:

- Die staatliche Entwicklungs- und Solidaritätspolitik der DDR und die Erziehung zum proletarischen Internationalismus wird im Überblick dargestellt.
- Impulse der weltweiten ökumenischen Bewegung und der evangelischen Kirchen – insbesondere des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) – auf die Dritte-Welt-Gruppen und deren entwicklungsbezogene Bildung werden dargestellt und untersucht.
- Die Entstehung der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen und deren Bildungsarbeit wird mit Hilfe von Beispielen aus dem Umfeld des INKOTA-Arbeitskreises rekonstruiert.
- Zusammenfassend soll die entwicklungsbezogene Bildung der Dritte-Welt-Gruppen als eine Form unabhängiger politischer Bildungsarbeit in der DDR belegt werden.

Leitende Forschungsfragen sind:

- Unter welchen politischen Rahmenbedingungen fand die staatliche Entwicklungs- und Solidaritätspolitik in der DDR statt?
- Welche Bedeutung kann den bildungspolitischen Impulsen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf um 1968/1970 mit seinen Vertretern Ernst Lange und Paulo Freire sowie den konzeptionellen Überlegungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, mit den Leitbegriffen „verbesserlicher Sozialismus“ und „Kirche als Lerngemeinschaft“ auf die Bildungsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen bzw. der unabhängigen Gruppen zugemessen werden?
- Welche Funktion nahm der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für die Bildungsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen und für die politische Bildung in der DDR bis zur politischen Wende 1989/90 ein?

## 1.1 Abgrenzung und Forschungsstand

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entstehung von Dritte-Welt-Gruppen in der DDR und deren entwicklungsbezogener Bildung. Dabei wird der Zeitabschnitt zwischen 1968 und 1990 untersucht. Die staatliche Solidaritäts- und Entwicklungspolitik der DDR wird als kontextuellen Bezug knapp umrissen. Entwicklungspolitische Aktivitäten der verfassten evangelischen Landeskirchen, der einzelnen Kirchengemeinden und Missionswerke werden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt. Dies hätte den beabsichtigten Rahmen gesprengt. Gleiches gilt für christlich geprägte Tendenzgruppen mit Engagement für die „Dritte Welt“ wie die Christliche Friedenskonferenz, den Ökumenischen Jugenddienst oder der Gossner Mission. Wegen ihrer Bedeutung für das Entstehen und die Arbeitsweise der Dritte-Welt-Gruppen werden die Einflüsse der ökumenischen Bewegung und ausgewählte Programmschwerpunkte aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) untersucht.

Trotz beachtlicher ideologischer und ökonomischer Bedeutung der Solidaritäts- und Entwicklungspolitik der DDR befasste sich die Zeitgeschichte und politologische Wissenschaft in der Bundesrepublik nach 1990 nicht systematisch mit diesem Politikfeld und nahm nur Untersuchungen zu einzelnen Ländern vor (Heyden/Schleicher 1993; 1994; Engel/Schleicher 1997; Döring 1999; Voß 2004). Gleiches muss für die Rekonstruktion und Aufarbeitung der Tätigkeiten der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen und der Opposition gesagt werden. Die Dritte-Welt-Bewegung der DDR „...findet bisher in der Analyse der oppositionellen Bewegung kaum Beachtung“ (Olejniczak 1999: 195). In der vielfältigen Literatur zu widerständigem Verhalten oder der Opposition in der DDR werden diese Aktivitäten in der Regel nicht erwähnt (Poppe 1992; Pollack 1990, 1994; Rucht 1995). Immerhin hat Ehrhart Neubert in seinem grundlegenden Werk „Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989“ ein Kapitel zu Dritte-Welt-Gruppen aufgenommen (Neubert 1987: 455-457). Hervorzuheben ist die materialreiche Arbeit von Claudia Olejniczak „Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland“. In dieser Rekonstruktion wird die unabhängige Solidaritätsbewegung der DDR bisher am umfangreichsten dargestellt (Olejniczak 1999: 195-241). Allerdings berücksichtigt sie die Impulse der ökumenischen Bewegung und die inhaltlichen Verbindungen zur Evangelischen Kir-

che nur am Rande. In seiner Darstellung der kirchlichen Erwachsenenarbeit in der DDR geht Aribert Rothe kurz auf die Dritte-Welt-Gruppen ein und stellt sie in den Zusammenhang emanzipatorischer Bildungsziele (Rothe 2000: 331-332).

Sowohl in die Bibliografie zur Geschichte der entwicklungsbezogenen Bildung von Annette Scheunpflug und Klaus Seitz (1994) wie bei dem Versuch einer Konstruktion der Dritten Welt aus pädagogischer Sicht (Tremel 1996) fand kein Material aus der DDR Eingang, obwohl die Autoren ihre Arbeiten auf den deutschsprachigen Raum beziehen (Tremel 1996: 107). Einen ersten Versuch, nur verstreut aufzufindendes und zumeist nur für den kirchlichen bzw. inoffiziellen Gebrauch hektographiertes Samisdat-Material<sup>2</sup> zu erfassen und diese Lücke zu verkleinern, stellte eine „Bibliographie zur entwicklungspolitischen Bildungs-, Bewusstseins-, und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen und staatlichen Stellen in der ehemaligen DDR“ dar, die zusammen mit Wolfgang Heuer vom Autor erstellt wurde (Döring 2004). Eine systematische Betrachtung der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR gibt es bisher nicht.

## **1.2 Das Verhältnis des Autors zum Thema**

Der Autor arbeitete in verschiedenen Aufgabenfeldern der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit unabhängiger Dritte-Welt-Gruppen sowie der evangelischen Kirche und war mit dem Thema dieses theorieorientierten Papiers beruflich verbunden. Sein Berufsweg erleichtert zum einen das Auffinden der nur im geringfügigen Umfang vorhandenen und schwer zugänglichen dokumentarischen Materialien sowie deren Auswertung und Einordnung. Zum anderen besteht die Gefahr, die notwendige Distanz zum wissenschaftlichen Thema nicht ausreichend wahren zu können. Der Autor war zeitweise Akteur in den hier analysierten Arbeitsfeldern. „Der Unterschied zwischen Quelle und Geschichtsdarstellung wird damit zunächst eingeebnet.“ (Schulz-Hageleit 1988: 22) Zu Auswahl und Entscheidungsprozessen bei geschichtlichen bzw. zeitgeschichtlich-rekonstruierenden Darstellungen schreibt Schulz-Hageleit weiter: „Jede historische bzw. zeitgeschichtliche Arbeit teilt abgelaufene Zeit auf, wählt zwischen den chronologischen Fakten, richtet sich hierbei mehr oder weniger be-

---

<sup>2</sup> Samisdat: [russ.; Kurzform von *samoisdatelstwo* = Selbstverlag]. Im Selbstverlag publizierte, meist verbotene Schriften. (Duden 1990:697).

wusst nach eigenen Vorlieben oder Ablehnungen.“ (ebd.) In dieser Situation fand sich der Autor mehrfach. Die „analytisch zweckmäßige Trennung von erkennendem Subjekt und erkanntem Objekt“ (ebd.) konnte beim Gegenstand dieser Arbeit nicht immer realisiert werden. Auf diesen Tatbestand muss ausdrücklich hingewiesen werden.

Das Ziel dieser Arbeit ist darum nicht primär die Aufarbeitung der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in der DDR im Sinne einer Unabhängigkeit vom damaligen Akteursein (vgl.: Schulz-Hageleit 1995a: 95). Die methodischen Schritte des „Durcharbeitens“, wie sie Schulz-Hageleit in Anlehnung an tiefenpsychologische Ansätze vorschlägt (1995b: 77–88), wurden in dieser Studie ebenfalls nicht angewandt, da sie den Rahmen dieser Studie sprengen würden.<sup>3</sup> Für diese Studie wurde der Versuch unternommen, eine Rekonstruktion der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit im Rahmen verschiedener Kontexte zu erstellen. Bei der analytischen Rekonstruktion wurde großer Wert auf Quellen Dritter gelegt. Diese wissenschaftliche Arbeit setzt sich somit aus den dargestellten Kontexten, den Quellen aus Literatur und Archiven sowie den einfließenden Erinnerungen und Reflexionen des Autors zusammen.

## **2 Der Gegenstand der Arbeit**

### **2.1 Dritte-Welt-Gruppen**

Die in dieser Studie verwendete Bezeichnung Dritte-Welt-Gruppen wurde in der DDR erst in den frühen 1980er Jahren gebräuchlich. Zuvor wurden die Zusammenkünfte der aus freiem Entschluss entwicklungspolitisch tätigen und sich in Gruppen regelmäßig treffenden Personen zumeist entwicklungspolitische Arbeitskreise oder „Gruppen zur Entwicklungsförderung“<sup>4</sup> genannt.

---

<sup>3</sup> Eine Untersuchung in Anlehnung an das Konzept „Durcharbeiten von Geschichte“ nach Schulz-Hageleit (1995b), z.B. zu den Motivationen und sich daraus ableitenden Arbeitsformen zu Solidarität und Entwicklungspolitik bzw. -fragen unter Berücksichtigung lebensgeschichtlicher Komponenten der Akteure im Ost-West-Vergleich verspricht interessante Forschungsergebnisse zu Rolle und Funktion nichtstaatlicher Dritte-Welt-Arbeit in unterschiedlichen Ordnungspolitiken (vgl.: Kap 8).

<sup>4</sup> INKOTA-Brief: Nr. 8, April 1973.

Viele Gruppen bezeichneten sich nach ihrer speziellen Aufgabenstellung, z. B. als Tansania- oder Chile-Arbeitskreis, Aktion Lepradorf, Action five. Auch in den 1980er Jahren wurde häufig ein Regionalbezug als Gruppenname gewählt, wie „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua/Leipzig“ oder „Xitsikhwane-Arbeitskreis Südliches Afrika/Berlin“. Trotz einzelner Schwerpunkte verstand man sich aber übergreifend als Dritte-Welt-Gruppen. Die Führungs- und die Ausführungszeichen wurden oft angewandt.<sup>5</sup> Der Begriff „Dritte Welt“ wurde wie in Westeuropa synonym für Entwicklungsländer verwendet. Der Gebrauch erfolgte im Sinne von Frantz Fanons „tiers monde“ (Fanon 1961), der die (ehemals) kolonialisierte und unterdrückte Welt als „Dritte Welt“ bezeichnete. Die entwicklungspolitisch aktiven und unabhängigen Gruppen bezeichneten sich selbst nur selten als Solidaritätsgruppen. Die hohe Priorität, welche die Partei- und Staatsführung in der DDR der internationalen Solidarität beimaß und die damit verbundene ideologische Vereinnahmung bzw. Belastung des Konzeptes bewirkten eine Zurückhaltung beim Gebrauch des Begriffs „Solidarität“, auch wenn die meisten Mitglieder der Gruppen ihr Engagement bewusst als Solidaritätsarbeit verstanden.

In diesem Beitrag wird zumeist die Bezeichnung Dritte-Welt-Gruppen verwendet. Mit Dritte-Welt-Gruppen als Oberbegriff werden die Aktionsgruppen, entwicklungspolitischen Arbeitskreise oder Zweidrittelwelt-Gruppen zusammengefasst, die sich selbst organisiert für Entwicklungsländer engagierten, zum Nord-Süd-Konflikt inhaltlich arbeiteten und darüber die Öffentlichkeit informierten. Für den Begriff Dritte-Welt-Gruppen spricht zudem, dass er in Ost- und Westdeutschland angewandt wurde und weiterhin verwendet wird (Nuscheler 1996: 500; Ramminger/Weckel 1997).

---

<sup>5</sup> In der DDR wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auch die Bezeichnung „Zweidrittelwelt“ und davon abgeleitete „Zweidrittelwelt-Gruppen“ oder „Zweidrittelwelt-Zentren“ verwendet. (INKOTA-Briefe seit 1985; Aktion Sühnezeichen 1990: 59).

Der Begriff „Zweidrittelwelt“ wurde im Frühjahr 1983 in Leipzig als Bezeichnung für die so genannte Dritte Welt und die Entwicklungsländer gefunden. Ohne unmittelbare Kenntnis von Alfred Sauvy's Wortschöpfung „tiers-monde“ mit dem Bezug zum „Dritten Stand“ im Artikel „Trois mondes, une planète“ des L'Observateur vom 14. August 1952, wurde auf das Unbehagen gegenüber den Begriffen „Dritte Welt“ oder „Entwicklungsländer“ reagiert. Mit „Zweidrittelwelt“ sollte die im allgemeinen Verständnis des Begriffes „Dritte Welt“ enthaltene Abstufung nach „Erster“ und „Zweiter“ Welt vermieden werden. Gleichzeitig wurde durch den Begriff „Zweidrittelwelt“ die Schreibweise „Dritte Welt“ in An- und Abführungsstrichen – die auch durch die Schreibweise der „DDR“ belastet war – umgangen. Die Bezeichnung „Zweidrittelwelt“ bezog das große Territorium der so genannten Dritte-Welt-Länder wie die Bevölkerungsmehrheit der Entwicklungsländer mit ein und spielte auch auf Zweidrittelmehrheiten an. Diese Quantitäten sollten als Qualität zum Ausdruck kommen. Die Bezeichnung „Zweidrittelwelt“ fand eine gewisse Verbreitung und ist gelegentlich noch anzutreffen (Gugel 1999; Sachse 2004:235; CVJM 2005).

Der Zusatz „unabhängig“ verweist auf die Zugehörigkeit bzw. Nähe zu der alternativen und oppositionellen Bewegung in der DDR. Als „unabhängig“ bezeichneten sich ab 1980 vorwiegend Friedensgruppen, die sich von der offiziellen Friedenspolitik der DDR abgrenzen wollten (Neubert 1997: 470). „Unabhängig“ setzte sich gegen den von den Kirchen angewandten Terminus „eigenständig“ durch. Es beschrieb präziser das entscheidende Merkmal der Gruppen, ideologisch unabhängig gegenüber den Massenorganisationen der DDR und der SED zu sein, sich selbstinitiativ gegründet zu haben und in keinem unmittelbar formalen Weisungsverhältnis zu einer Großgruppe wie den Kirchen zu stehen, z. B. durch eine Gründung.

Sozialwissenschaftlich ist es notwendig, zwischen den verschiedenen Formen von Gruppen zu unterscheiden. Bei den unabhängigen sozialetisch engagierten bzw. alternativen Gruppen handelt es sich um Klein- oder Mikrogruppen, die im Unterschied zu Groß- oder Makrogruppen (soziale Klassen und Schichten, Kirchen als Landeskirchen oder Bistümer, Nationen) und mittelgroßen Gruppen (Parteien, Verbände, Ortsgemeinden) auf dem unmittelbaren persönlichen Kontakt zwischen den Mitgliedern basieren. Ein konstitutives Merkmal ist die unmittelbare Interaktion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Anders als temporäre Gruppen (z. B. auf Workshops) muss die Interaktion über einen längeren Zeitraum gegeben sein, damit es zu dauerhaften Gruppenbildungen kommt. Unabhängige, mit sozialetischen Themen befasste Gruppen beruhen meist auf einem selbst gewählten Entschluss für die Zusammenarbeit. Sie können als informelle Gruppen bezeichnet werden, da sie anders als formale Gruppen nicht von außen oder durch ein unmittelbares Interesse der Gesellschaft oder einer Großgruppe gebildet werden. Vielmehr entstehen unabhängige Gruppen in der Regel spontan, wenn auch oft durch einen konkreten Anlass und weisen einen geringeren Institutionalierungsgrad auf (Voß 1988: 237–248; Pollack 1989: 124). „Die unmittelbare Interaktion beruht auf der Möglichkeit wechselseitiger Wahrnehmung unter Anwesenden.“ (Luhmann 1972: 248) Die möglichen Formen der Wahrnehmung begrenzen die direkte Kommunikation und damit den Umfang der Gruppe. „Wer nicht kommt, gehört nicht dazu.“ (Pollack 1990: 124) Es gibt aber weder fixierte Mitgliedschaften, noch formale Regeln. Das Motiv zum Mitarbeiten liegt im Thema und dem gemeinsamen Ziel begründet: einen Sachverhalt verstehen, eine Ausstellung entwickeln, einen Informationsabend vorbereiten, Geld für ein Projekt

sammeln oder eine Resolution verfassen. Menschen, die sich nicht mit einem in ihren Augen ungunstigen Umstand, dem Lauf der Dinge oder der Welt abfinden können, treffen sich als subjektiv Betroffene (Falcke 1985: 47). Die selbst gestellten Aufgaben und ihre Erreichbarkeit beeinflussen die Stabilität und Beständigkeit der Gruppen. Aufgrund des informellen Charakters der Gruppen bedarf es eines hohen Motivationsgrades und beständiger Entscheidung zur Mitarbeit durch die Gruppenmitglieder und Sympathisanten.

Das Interesse an einem gemeinsamen Ziel oder Thema erwächst aus gleichen oder ähnlichen Normen und Wertvorstellungen. Diese werden in Kommunikationsprozessen innerhalb der Gruppen verändert und weiter entwickelt. Es kommt zur Annäherung von Verhaltensweisen untereinander und zur Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls. In Gruppen treffen sich Gleichgesinnte. Sich gegenseitig Identität, Geborgenheit und Unterstützung in Krisensituationen geben und Solidarität untereinander erleben zu können, steht als Motivation in einer Gruppe mitarbeiten zu wollen oft gleichberechtigt neben dem Interesse an sozialem Themen und handlungsorientierten Zielen. Dritte-Welt-Gruppen unterliegen gruppensoziologischen Prozessen wie andere soziale Bewegungen und Netzwerke auch (Ramming/Weckel 1997). Dies gilt für Ost- und Westdeutschland vor und nach der politischen Wende von 1989/1990. Zum Spezifikum der Dritte-Welt-Gruppen gehört die Unterstützung unterdrückter Menschen, die Beschäftigung mit dem Nord-Süd-Konflikt sowie seine Auswirkungen auf die Entwicklungs- wie die Industrieländer. In vielen Gruppen war das Bestreben konstitutiv, die erworbenen Informationen und Erkenntnisse an andere Menschen vermitteln zu wollen.

## **2.2 Entwicklungsbezogene Bildung**

Als Leitbegriff für die verschiedenen Formen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit wird in dieser Arbeit der Terminus „entwicklungsbezogene Bildung“ verwendet. Das muss begründet werden, da der Begriff in den Dritte-Welt-Gruppen der DDR nicht kontinuierlich angewandt wurde. Der Begriff „entwicklungsbezogene Bildung“ klang akademisch, mitunter distanziert und formal. Er assoziierte stärker langfristige konzeptionelle Tätigkeit als unmittelbares Betroffensein durch weltweite Ungerechtigkeit. Zudem beinhaltete der Begriff zwei in der DDR neuralgische Termini: Entwicklung



und Bildung. Ein politische Entwicklungsbegriff wurde in der DDR lange Zeit nicht angewandt und als „bürgerlich“ bzw. kapitalistisch abgelehnt. Bei der Bildung wiederum behielten sich Partei und Staat das strikte Monopol vor. Ein gewichtiger Grund für die Kirchen und Gruppen ihn zu meiden, um nicht unnötig in Konfrontation zu geraten. Folgende Gründe gaben den Ausschlag, den aus der westdeutschen, protestantisch geprägten Entwicklungsdiskussion stammenden Begriff für diese Studie zu verwenden:

- Entwicklungsbezogene Bildung fasst als Sammelbegriff die in den Kirchen und Dritte-Welt-Gruppen der DDR zumeist unsystematisch angewandten Bezeichnungen für entwicklungspolitische Bildungspraxis<sup>6</sup>, wie Informations-, Bewusstseins- und Solidaritätsarbeit zu Problemen der „Dritten Welt“ bzw. Dritte-Welt- oder Eine-Welt-Pädagogik zusammen, schließt Elemente einer Erziehung zum Internationalismus und zur Völkerfreundschaft mit ein und kann auf Verwandtschaften zum ökumenischen Lernen verweisen. Der Begriff bündelt die verschiedenen fragilen und in der DDR nicht ausgeformten Ansätze und Methoden.
- Entwicklungsbezogene Bildung ist ein von den evangelischen Kirchen in der BRD mit geprägter Begriff, der sich an der ökumenischen Entwicklungsdebatte orientiert:

„Entwicklung“ ist als ein umfassender Befreiungsprozess zu verstehen und nicht mit materiellem Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum in ein zu setzen. „Entwicklung“ ist zudem nur möglich, wenn ein Höchstmaß an Partizipation der betroffenen Menschen und Gruppen erreicht wird.“ (Linnenbrink 1977: 12)

Dieses Verständnis entsprach vielfach der Entwicklungsvorstellung ökumenisch orientierter kirchlicher Laien und kirchlicher Mitarbeiter in den Kirchen der DDR, war vom antikolonialen Kampf und der westeuropäischen Studentenbewegungen inspiriert und lehnte sich teilweise an marxistisches Vokabular an.

- Entwicklungsbezogene Bildung richtet sich vor allem auf die Arbeit in der eigenen Gesellschaft. Sie ermöglicht eine Abgrenzung gegenüber der entwicklungspolitischen Arbeit, die den Fokus auf Projekte im Ausland, Öffentlichkeitsarbeit für Spenden oder Bildungskonzepte in Entwicklungsländern legt. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten im eigenen Land stellten unter den politischen Verhältnis-

---

<sup>6</sup> Der INKOTA-Arbeitskreis benutzte wie der Bund Evangelischer Kirchen in der DDR (Döring 2004: 11) meist den neutralen Begriff Information. Olejniczak (1999: 211–220) fasst die Bildungsbemühungen der Gruppen unter „Bewusstseinsarbeit“ zusammen. In den 1970er Jahren wurde oft von „entwicklungsfördernder Arbeit“ gesprochen.

sen der DDR vor allem auf Grund der stark eingeschränkten Außenkontakte den Schwerpunkt der Arbeit für Kirchen und Dritte-Welt-Gruppen dar.

- Der Entwicklungspolitische Runde Tisch der DDR nahm in einem Grundsatzpapier im Frühjahr 1990 den Begriff *expressis verbis* auf und bezog Erfahrungen der zurückliegenden Jahre mit ein (vgl.: 6.1, Belle 1996: 47).<sup>7</sup>
- Mit entscheidend für die Orientierung an dem Terminus entwicklungsbezogene Bildung in dieser Arbeit war auch, dass er den notwendigen Austausch und die Diskussion über entwicklungspolitische Bildungsvorgänge in der DDR und der BRD bzw. in Ost- und Westdeutschland erleichtern kann und in der aktuellen Fachöffentlichkeit der Bundesrepublik weiterhin verwendet wird (Comenius-Institut 1994; Noisser 1998; InWent 2003).<sup>8</sup>

Der Begriff der entwicklungsbezogenen Bildung wurde Ende der ersten Hälfte der 1970er Jahre im Umfeld des kirchlichen Entwicklungsdienstes der Evangelischen Kirchen in Westdeutschland geprägt und nahm kirchliche wie säkulare Argumentationen auf. Schon 1971 sprach „Dienste in Übersee“ (DÜ), der protestantische Fachkräfteentsendungsdienst der EKD, sich für „entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung“ aus (Hein 2006: 237). Zur Synode 1973 hatte die EKD die Publikation „Entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung als Aufgabe für Theologie und Kirche“ veröffentlicht (Linnenbrink 1977: 9).<sup>9</sup> Entwicklungsbezogene Bildung nimmt unter anderem Aspekte der „development education“ aus der angelsächsischen Tradition wie der ökumenischen Bewegung auf (Seitz 1994: 11) und integriert erste Ansätze ökumenischen Lernens (Becker 2004: 182).

Im Januar 1977 wurde entwicklungsbezogene Bildung im Zuge der kontinuierlichen Aufnahme der finanziellen Fördertätigkeit der EKD und der Einsetzung eines „Ausschusses für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik“ (ABP) wie folgt gekennzeichnet:

---

<sup>7</sup> Der Entwicklungspolitische Runde Tisch beschloss am 18. Juni 1990 „Grundsätze einer entwicklungsbezogenen Bildung, Forschung und Publizistik“ (Belle 1996: 156–160).

<sup>8</sup> Die InWent-gGmbH, Bonn richtete 2003 ein neues Referat „Entwicklungsbezogene Bildung“ ein.

<sup>9</sup> 1975 berief die EKD einen ad-hoc-Ausschuss „Entwicklungsbezogene Bildung der EKD“ ein. Im kirchlichen Raum wird mitunter der Termini „gemeindebezogene Dienste“ verwendet. Der Wechsel von „entwicklungspolitisch“ zu „entwicklungsbezogener“ Bildung kann wohl als Scheu der EKD vor einer Politisierung ihrer Arbeit verstanden werden. Gleichzeitig kann es auch der Versuch sein, dieses Arbeitsfeld in den „eigenen Reihen“ zu verankern und aufzuwerten.

- „Entwicklungsbezogene Bildung ist Teil der allgemeinen Bildungsarbeit und legt die Akzente darauf, dass ihre Ziele und Themen vornehmlich auf Probleme der Entwicklungsländer und auf unser Verhältnis zu diesen Ländern bezogen sind.
- Die entwicklungsbezogene Bildung hat die Interdependenz, warum wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische, wie auch kulturelle und theologische Fragen und Probleme unserer Gesellschaft und Kirche mit entsprechenden Fragen und Problemen in den Entwicklungsländern in einem Zusammenhang stehen, zu erklären, Verständnis für die Interessen der notleidenden und um ihr Recht kämpfenden Menschen zu wecken und Wege zu zeigen, wie mehr soziale Gerechtigkeit und Anerkennung der menschlichen Würde im Zusammenleben der Menschen und Völker verwirklicht werden können.
- Diese Ziele können nicht dadurch erreicht werden, dass lediglich über die Situation der betroffenen Menschen informiert wird. Vielmehr ist es erforderlich, dass es zu einem Lernen aus Betroffenheit und Erfahrung kommt als Voraussetzung für die Bereitschaft, sich selbst und auch die Verhältnisse zu verändern.“ (Kähler 1978: 127f)

Die so definierte entwicklungspolitische Bildung überwand eine „Pädagogik der Entwicklungshilfe“, die den Modernisierungs- und Aufholtheorien der I. Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen der 1960er Jahre verpflichtet war, aber auch einen landeskundlichen Ansatz, der noch lange Zeit den Geographieunterricht bestimmte (Scheunpflug/Seitz 1995: 44). Die Definition nahm die krisenhafte Entwicklung in den Ländern des Südens in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts auf und stellte sie in einen Ursachenzusammenhang mit den Produktions- und Lebensweisen in den Industrieländern der nördlichen Erdhalbkugel. Sie berücksichtigte die Erkenntnisse der Dependenztheorie (Nohlen/Nuscheler 1994) und stellte die Verantwortlichkeiten der nördlichen Industriestaaten unter anderem auch als Folge des kolonialen Erbes und der Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte in der „Dritten Welt“ heraus. Mit „zu verändernden Verhältnissen“ waren – in Abgrenzung zu der in den Ländern des Südens tätigen Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit – die Verhältnisse in der eigenen Gesellschaft – ohne die BRD direkt zu benennen – gemeint. Den ordnungspolitischen und ökonomischen Verhältnissen im eigenen Land wurde damit eine erhebliche Verantwortung für die „Unterentwicklung“ zugeschrieben. Ziel der Bildungsbemühungen sind Bewusstseinsänderungen, die zu Verhaltensänderungen bei einzelnen Menschen führen. Solidaritätsgruppen als Kleingruppen oder Kirchen als Großgruppen maßen diesem Lernen eine besondere Bedeutung zu. Informiert sein ist nicht alleiniges Ziel, sondern eine wichtige Voraussetzung „für die Bereitschaft, sich selbst und auch die Verhältnisse (im Norden) zu verändern“ (Kähler 1978: 128). Entwicklungsbezogene Bildung wurde als Lernen mit einer deutlichen Handlungs- und Aktionsorientierung verstanden.

Über gesellschaftspolitische Beteiligungssysteme – so die Annahme – sollte es zu einer Abänderung der die Ungerechtigkeit verstärkenden ökonomischen und politischen Folgen und somit zu Verbesserungen der Lebenssituationen der benachteiligten und unterdrückten Menschen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas kommen. „In praktischer Hinsicht lässt sich die entwicklungspolitische Bildungsarbeit als eine Pädagogik der Mitwirkung der Allgemeinheit an der Veränderung definieren.“ (Pradervand 1982)

Entwicklungsbezogene Bildung soll bei den Menschen in den Industriestaaten die Befähigung zur Empathie gegenüber Unterdrückten, Notleidenden und um ihre Rechte kämpfenden Menschen in der „Dritten Welt“ mit dem Ziel fördern, die Entwicklung hemmende und Befreiung verhindernde gesellschaftspolitische Strukturen bzw. individuelle Verhaltensweisen im eigenen Land zu verringern oder zu beseitigen. Solidarität – als ein Terminus aus der katholischen Soziallehre und in der Tradition der Arbeiterbewegung stehend – wird bei dieser protestantischen Definition nicht ausdrücklich erwähnt, ist aber ein wichtiges Merkmal entwicklungsbezogener Bildung.

Das pädagogische Konzept der entwicklungsbezogenen Bildung zielt auf eine aktive gesellschaftliche Partizipation der am Bildungsprozess beteiligten Personen im Hinblick auf gerechtere weltweite Strukturen. Es erfordert ordnungspolitische Systeme, in denen die Beteiligung möglich ist, um auf diesem Weg partielle Systemveränderungen zu Gunsten von Entwicklung und Befreiung in den Ländern der „Dritten Welt“ und in Folge möglicher Humanisierung der Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung zu bewirken. In der BRD repräsentierte diese angenommene Veränderungsfähigkeit zum Beispiel der von der Sozialdemokratie wie der Ökumene beeinflusste Minister für Entwicklungszusammenarbeit von 1968 bis 1974, Ehrhard Eppler (Eins 2006: 18–36). In der DDR gab es – unter gänzlich anderen politischen Beteiligungsvoraussetzungen – mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker und der internationalen Anerkennung partielle Hoffnungen auf Veränderungen, gerade in den protestantischen Kirchen (vgl.: 4.3). Veränderungen schienen nicht nur notwendig, sondern auch möglich.

Die entwicklungspolitische Bildung in ihren vielfältigen Formen wurde in den Kirchen Westdeutschlands und verzögert in Ostdeutschland ein neues Arbeitsfeld, weil sie sich in den 1970er Jahren vom traditionellen Verständnis der kirchlichen „äu-

ßeren Mission“ mit ihrer vor allem christlich orientierten Öffentlichkeitsarbeit und umfangreichen Spendenwerbung substantiell unterschied. In den Missionswerken waren assistenzialistische und paternalistische Verhaltensmuster gegenüber den „Schwesterkirchen“ im Süden noch weit verbreitet.<sup>10</sup>

Die entwicklungspolitische Bildung der 1970er Jahre verfolgte einen politischen Ansatz und ermutigte zur Analyse politischer Herrschaft und zur Ideologiekritik. Das Konzept der entwicklungsbezogenen Bildung enthielt Elemente der „kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule und stand deren „gesellschaftsverändernden, realutopischen Zielsetzungen wie Selbstbestimmung, Solidarität, Gleichheit, Emanzipation und Partizipation sowie Abbau von überflüssiger Herrschaft und Entfremdung“ (Mickel 1988: 29) nahe. „Verstehen und verändern“ als eine Kurzformel für die „kritische Theorie“ kann auch auf die entwicklungsbezogene Bildung der 1970er Jahre angewandt werden.

Eine Weiterentwicklung des Konzeptes der entwicklungsbezogenen Bildung nimmt zur Zeit im Rahmen seiner Fördertätigkeit der Evangelische Entwicklungsdienst (EED/Bonn) vor.<sup>11</sup>

„Im Vordergrund der entwicklungsbezogenen Bildung stehen die Interessen der Not leidenden und um ihre Rechte kämpfenden Menschen, die immer noch mehrheitlich in den Ländern des Südens leben. Der EED orientiert sich dabei an den Prinzipien des Globalen Lernens: Ziel ist nicht das Anhäufen von immer mehr Wissen, sondern die Fähigkeit, globale Entwicklungen zu verstehen, sie einordnen zu können, mit Komplexität umgehen zu können, sich der eigenen Werte und Ziele bewusst zu werden ... und Verantwortung im Rahmen der eigenen Möglichkeiten übernehmen zu können. (...) Das Verstehen von Zusammenhängen, die Erweiterung des eigenen Horizontes oder eine respektvolle Haltung gegenüber anderen Religionen und Kulturen tragen langfristig zu Einstellungsänderungen und Verhaltensänderungen bei.“<sup>12</sup>

Nach über 30 Jahren Förderung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit prägt neue Nüchternheit aber auch Kontinuität den aktuellen Entwurf. Neue Ziele sind unter anderem „mit Komplexität umgehen“ und „langfristig zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen“ der Menschen beitragen. Die Veränderung „der Verhältnisse“ ist – anders als im Rahmenplan 1977 – kein prominentes Ziel mehr.

---

<sup>10</sup> Das Missionsverständnis der Missionswerke hat sich seitdem verändert und vielfältige Impulse der Entwicklungsdiskussion aufgenommen.

<sup>11</sup> Nach 1977 gab es 1988 eine erste Neufassung des Rahmenplans für Entwicklungspolitische Bildung der EKD auf deren geringe Veränderungen zur Fassung von 1977 hier nicht eingegangen werden kann. (Der Überblick [1989]: Heft 1. S. I-IV, Hamburg.)

<sup>12</sup> Entwurf der neuen Rahmenrichtlinien für entwicklungsbezogene Bildung des EED vom 05.07.2006, S. 2.

Kontinuität ist deutlich festzustellen, wenn „Entwicklung (verstanden wird) als ein Prozess der Befreiung von Hunger, Armut, Krankheit und von ungerechten Machtstrukturen, die Menschen in ihrer Würde und ihrem Recht verletzen und ihnen die Kontrolle über lebenswichtige Ressourcen verwehren.“<sup>13</sup> Entwicklungsbezogene Bildung dient weiterhin diesem Entwicklungsverständnis. Sie will zukünftige Gefahren aufzeigen und mit pädagogischen Mitteln zu Verbesserungen bei den gesellschaftlichen Verhältnissen beitragen. Mit der Feststellung: „'Entwicklung' ist nicht alleinige Aufgabe von Experten und Expertinnen, sie ist vielmehr angewiesen auf das Engagement und das Mitdenken vieler Menschen in den verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Mit der Förderung entwicklungsbezogener Bildung und Publizistik soll deshalb breite Partizipation angeregt und ermöglicht werden.“ wird an der Tradition emanzipatorischer und politischer Bildung der 1970er Jahre festgehalten.

Der neue Entwurf entwicklungsbezogener Bildung des EED orientiert sich ausdrücklich am Globalen Lernen (vgl.: Bühler 1996; Selby/Rathenow 2003; Overwien 2004b). Damit wird die Verbindung zur „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (vgl.: Deutscher Bundestag 2005; kritisch dazu Meueler 2005) hergestellt. Dieser erweiterte Bildungsrahmen wurde vor allem in Folge des UN-Weltgipfels für „Entwicklung und Umwelt“ 1992 in Rio de Janeiro formuliert. Globales Lernen vereint unter einem gemeinsamen Dach (Overwien 2004b: 6):

- entwicklungspolitische Bildung
- Umweltbildung
- Friedenspädagogik
- Menschenrechtsbildung
- interkulturelle Pädagogik.

Entwicklungspolitische bzw. entwicklungsbezogene Bildung ist ein prominenter Teil des Globalen Lernens und bringt ihre jahrzehntelange Ideen- und Wirkungsgeschichte in die gegenwärtige Diskussion mit ein. Sie legt besonderes Gewicht auf die soziale Verantwortung und die Humanisierung ökonomischer und politischer Verhältnisse. Damit kann sie zur Minderung der Dominanz der Umweltbildung im deutschen Konzept der Bildung für Nachhaltige Entwicklung beitragen und zu einem ausgewogenen Anteil der Hauptelemente führen. Wichtiges Ziel bleibt dabei die Herausbildung und

---

<sup>13</sup> Entwurf der neuen Rahmenrichtlinien für entwicklungsbezogene Bildung des EED vom 05.07.2006, S. 3.

Qualifizierung von Handlungs- und Gestaltungskompetenzen. „Globales Lernen zielt auf die Ausbildung individueller und kollektiver Handlungskompetenz im Zeichen weltweiter Solidarität.“ (Venro 2000: 9)

Mit dem Konzept einer entwicklungsbezogenen Bildung reagierten seit Ende der 1960er Jahre die westdeutschen Kirchen – als Teile der Zivilgesellschaft – auf das gewachsene Bewusstsein über ökonomische Ausbeutung, Unterdrückung und Unterentwicklung der „Dritten Welt“ sowie auf die teilweise schwungvolle Etablierung der Entwicklungszusammenarbeit (Hein 2006: 241f). Veränderung, Verbesserung oder gar Erneuerung bzw. Humanisierung der Gesellschaft und die damit erhoffte Minderung des Nord-Süd-Konfliktes schienen nach 1968 realistischer als Stagnation und Verschlechterung. Fachspezifische Bildung und kritische Information wurden als wichtige Voraussetzungen für politische Beteiligungskultur angesehen. Außerschulische Angebote in der Jugendarbeit, in Dritte-Welt-Läden oder gewerkschaftliche bzw. kirchliche Einrichtungen waren oft Träger dieser Bildungsbemühungen (vgl.: Kähler 1977: 118).

In der DDR gab es unter anderen gesellschaftspolitischen Bedingungen in der Hochphase der diplomatischen Anerkennung als souveräner Staat ab 1970 eine Aufwertung der internationalen Solidarität. In Teilen der Bevölkerung und auch der Kirchen wuchs als Folge der Aufbrüche 1968 das Bedürfnis nach Informationen, sozial-ethischen Diskursen und innenpolitischen Reformen. Durch die in dieser Phase wachsende Akzeptanz der „sozialistischen Verhältnisse“ wuchs gleichzeitig der Wille nach selbst bestimmter und nicht verordneter Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen und Emanzipation im Rahmen des vorhandenen Systems. Ehrhart Neubert überschreibt in seiner „Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989“ (1997) die 70er Jahre mit: „Auf der Suche nach Alternativen“.

Vor der Rekonstruktion der Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen werden im nächsten Abschnitt Konturen der staatlichen Entwicklungs- und Solidaritätspolitik sowie die Erziehung zum proletarischen Internationalismus dargestellt.

### **3 Staatlicher Kontext: Zur Entwicklungs- und Solidaritätspolitik in der DDR**

Die Arbeit der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen fand vor dem Hintergrund der Einparteiherrschaft der SED und der staatlichen Politik statt. Zentralistisch ausgerichtete Strukturen und das Bedürfnis alles kontrollieren zu müssen, prägten den gesellschaftlichen Rahmen, ohne dass dies immer offensichtlich war bzw. wahrgenommen wurde. Partizipation wurde von oben verordnet und kontrolliert. Veränderungen hatten im Ausland stattzufinden. Der Bildungspolitik galt die besondere Obacht der Partei- und Regierungsführung. Zum Verständnis der Arbeits- und Wirkungsweise der Dritte-Welt-Gruppen, der Rolle der Kirchen sowie der Bedeutung der ökumenischen Impulse ist eine knappe Vergegenwärtigung der Praxis der damaligen offiziellen Entwicklungspolitik notwendig. Ausführlich wurden die Rahmenbedingungen der staatlichen Entwicklungspolitik wie ihre institutionelle und personelle Verankerung in der Studie des Autors: „'Es geht um unsere Existenz'. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien“, die Bestandteil der Promotion ist, behandelt (Döring 1999, 21–86).

### **3.1 Selbstverständnis**

Internationale Solidarität und das Eintreten für nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt gehörten zum Selbstverständnis des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ und waren in der Verfassung der DDR<sup>14</sup> verankert. Politische Meldungen über befreundete Entwicklungsländer erschienen regelmäßig in den Medien. Solidarität wurde verstanden

„...als klassenmäßig bestimmtes Verhaltensprinzip, Zusammengehörigkeitsgefühl, Übereinstimmung, gegenseitige Unterstützung und Verpflichtung, Hilfs- und Opferbereitschaft. Dieses Gemeinschaftsbewusstsein entsteht auf der Grundlage der materiellen Lebensbedingungen einer sozialen Gruppe, einer Klasse, einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft. Die Solidarität ist ein Grundprinzip der Arbeiterklasse und aller progressiven Kräfte. Nur in fester Solidarität – unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei – ist es der Arbeiterklasse möglich, ihre historische Mission zu erfüllen“ (Autorenkollektiv 1973: 744).

Als besonders wichtige Form der Solidarität wurde der „Proletarische Internationalismus“ definiert:

„Proletarischer Internationalismus (ist) organischer und untrennbarer Bestandteil des Marxismus und Leninismus. Er ist wissenschaftlicher und politischer Ausdruck des objek-

---

<sup>14</sup> Verfassung der DDR vom 10. Juli 1974. Berlin 1974. Artikel 9 Absatz 3: „Die DDR unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und die Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt.“ Hochrangiger als der Auftrag zur Solidarität war die ebenfalls in der Verfassung festgeschriebene führende Rolle der SED (Wilke 1994; Schröter 1996).



tiven Prozesses der Internationalisierung des ökonomischen, politischen und kulturellen Lebens und Einheit der grundlegenden Interessen und Ziele der Arbeiterklasse aller Nationen und Länder. Er ist ein objektives Erfordernis für den weiteren Aufschwung des Kampfes gegen den Imperialismus, für Sozialismus und Kommunismus, für nationale Befreiung und Demokratie.“ (Autorenkollektiv 1973: 685)

Dieses Verständnis von Solidarität gründete sich vor allem auf den Kämpfen der Produktionsarbeiter seit dem Ende des 19. Jahrhunderts um bessere ökonomische und soziale Lebensbedingungen. Verbunden mit einem historischen Optimismus und weltpolitischen Automatismus, wie er in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts von den marxistisch-leninistischen Parteien Osteuropas empfunden und propagiert wurde, unterstützte – nach diesem Verständnis – die internationale Solidarität den weltweiten Progress fortschrittlicher Kräfte und sicherte somit auch den Fortbestand der DDR. Die Gewährung staatlicher Solidarität war nach dem Verständnis der SED an das Bekenntnis des Entwicklungslandes bzw. der jeweils herrschenden Elite zum Marxismus-Leninismus gebunden. Aus ideologischen Gründen schränkte sich auf diese Weise die Anzahl der Empfängerländer staatlicher Entwicklungshilfe stark ein.

Internationale Solidarität richtete sich primär an den Interessen der DDR aus und war in die sozialistische Außenpolitik eingebettet. Sozialistische Außenpolitik wurde beschrieben als Politik zur

„Sicherung der günstigen internationalen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. (...) Wichtige Aufgabe der Außenpolitik sind die solidarische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, das konsequente Auftreten gegen jede Form des Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus und die Entwicklung und Festigung solidarischer Beziehungen zu den national befreiten Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika.“ (Autorenkollektiv 1982: 143)

2006 muten diese Begrifflichkeiten konstruiert an. In den 1970er Jahren übte die propagierte und praktizierte Solidarität<sup>15</sup> durchaus eine Anziehung aus und prägte das öffentliche Ansehen der DDR im eigenen Land wie in Westdeutschland und Westeuropa mit.

Eine ausgesprochen entwicklungspolitische Debatte gab es in der offiziellen DDR nicht, auch wenn es eine begrenzte kontinuierliche Forschung zu ausgewählten Regionen Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas gab. Entwicklungspolitik oder Entwick-

---

<sup>15</sup> Hingewiesen werden kann hier vor allem auf die Solidarität mit Vietnam und Chile.

lungshilfe wurde als „bürgerlich“ und damit für die „proletarische“ DDR nicht relevant abgelehnt.

„Entwicklungshilfe ist eine Form des Neokolonialismus, ... in den kapitalistischen Ländern gebräuchliche Bezeichnung für die Gesamtheit der aus diesen Staaten in ökonomisch schwach entwickelte Länder, besonders jungen Nationalstaaten fließende finanzielle und materiell-technische Leistungen und Lieferungen, mit deren Hilfe die imperialistischen Monopole versuchen, ihre ökonomische Position in den ehemals kolonialen und abhängigen Gebieten ... zu erweitern und die politischen Zielsetzungen des Neokolonialismus zu verwirklichen.“ (Autorenkollektiv 1973, 197)

Erst Ende der 1980er Jahre wurde begonnen, Nord-Süd-Themen auch im entwicklungspolitischen Rahmen zu diskutieren (Stier 1987).

### **3.2 Strukturen und Rahmenbedingungen**

Die Strukturen der Solidaritäts- und Entwicklungspolitik der DDR können zum einen als verworren beschrieben und gleichzeitig als eindeutig geregelt angesehen werden. Verworren, weil weder eine zentrale Behörde noch ein Ministerium im Staatsapparat mit koordinierender Funktion für Solidarität oder Entwicklungspolitik zuständig war. „Als Ganzes trug die Entwicklungspolitik ... bis zuletzt die Züge eines Provisoriums.“ (Siebs 1999: 101). Über 60 Institutionen waren in die Durchführung der staatlichen Entwicklungshilfe involviert, ohne unmittelbar vernetzt oder kohärent aufeinander bezogen zu sein. Gleichzeitig waren – stärker als in vielen anderen Politikbereichen – die Entscheidungsebenen der Entwicklungsländer relevanten Politikfelder zentralistisch durch das Zentralkomitee der SED geordnet. „Alle wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen – so auch die zur Afrikapolitik – haben das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED durchlaufen.“ (Husemann/Neumann 1994: 2) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Solidaritätskomitee der DDR (Herbert 1994: 878–880; Siebt 1999, Reichardt 2005) verfügten nur über geringe Handlungsspielräume und agierten als weisungsgebundene nachgeordnete Einrichtungen.

Eine wichtige Herausforderung für die Solidaritäts- und Entwicklungspolitik der DDR war die so genannte Hallstein-Doktrin der BRD, welche den jungen National-

staaten im Falle der diplomatischen Anerkennung der DDR mit dem Entzug westdeutscher Entwicklungshilfegelder drohte (Kilian 2002). Nicht selten wurden die Regierungen der Entwicklungsländer erpresst. Die deutsch-deutsche Auseinandersetzung endete mit der Aufgabe der Hallstein-Doktrin durch die Bundesregierung und die internationale Anerkennung der DDR zu Beginn der 1970er Jahre. Berlin als geteilte Stadt wurde von beiden deutschen Staaten bei ihrem Werben um die Aufmerksamkeit der Entwicklungsländer instrumentalisiert. (Döring 2000: 19–20). Die langjährige Benutzung der „Dritten Welt“ als weltpolitische Arena im Ost-West-Konflikt verstärkte in der DDR die Propaganda und schadete der entwicklungspolitischen Diskussion wie einer sachgerechten politischen Bildung.

Die DDR war ein Staat mit eingeschränkter Souveränität. Die substantiellen außenpolitischen Entscheidungen behielt sich die Regierung der Sowjetunion vor. Zu wenigen ausgewählten Entwicklungsländern pflegte die DDR eine privilegierte Juniorpartnerschaft, die mit der Sowjetunion abgestimmt war, welche ihr aber auf vielen Gebieten freie Hand ließ. So gegenüber der Volksrepublik Mosambik (Döring 1999: 142–245). Am Beispiel Äthiopien kann gezeigt werden, dass die DDR auch außenpolitisch vorübergehend initiativ sein konnte. Sie war 1977 in den ersten Monaten der Herrschaft des äthiopischen Militärpräsidenten Mengistu Haile Mariam vor der Sowjetunion am Horn von Afrika aktiv und führte bis 1980 den Außenhandel der sozialistischen Länder mit Äthiopien an (Döring 1999: 103–141). Grundlegende Erkenntnisse des Autors zu den Beziehungen der DDR mit Äthiopien wurden in einer kürzlich vorgelegten Studie von äthiopischer Seite bestätigt (Dagne 2004: 19–22; 37–41). Haile Gabriel Dagne, zeitweise Erziehungsminister unter Mengistu Haile Mariam und bis 1990 Vizepräsident der Universität von Addis Abeba, untersuchte „Das entwicklungspolitische Engagement der DDR in Äthiopien – Eine Studie auf der Basis äthiopischer Quellen“. Mit der Studie von Dagne wird ein Wunsch des Autors, dass seine weitgehend auf Archivmaterial der ehemaligen DDR gegründete Arbeit durch afrikanische Untersuchungen überprüft werden sollte, teilweise erfüllt (Döring 1999: 18.)<sup>16</sup> Forschungsbedarf bleibt, da Dagne sich bei seinen Interviews fast ausschließlich auf e-

---

<sup>16</sup>„Die Studie wird unter drei Vorbehalten veröffentlicht. Erstens: Eine umfassende Betrachtung der Beziehungen der DDR zu afrikanischen Ländern kann nicht ohne die Einbeziehung der beteiligten Partner erfolgen. Ich sehe es als notwendig an, dass die Südpolitik der DDR auch von Äthiopiern und Mosambikanern beurteilt wird. Von daher sollte eine weitere Studie unter dem Arbeitstitel ‚Mit ihren Augen‘ ermöglicht werden.“ (Döring 1999a: 18)

hemalige Funktionsträger des Mengistu-Regimes stützte, Vertreter der äthiopischen Opposition gegenüber dem Mengistu-Regime nicht befragte und neuere äthiopische Publikationen nur eingeschränkt berücksichtigt hat. Neuere Arbeiten mosambikischer Autoren und Autorinnen zu den Beziehungen Mosambiks zur DDR sind nicht bekannt.

1977 änderten sich die Rahmenbedingungen und die Funktion der internationalen Solidarität in der Politik der DDR gegenüber den Entwicklungsländer vor allem in Afrika erheblich. Seit 1975 kam es regelmäßig zu größeren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die zu hohen Auslandsschulden der DDR gegenüber westlichen Industriestaaten (so genannten Devisenschulden) der DDR führten (Hertle 1995; Döring 1999a: 50–57). Als eine Möglichkeit der Schuldenreduzierung wurde der intensiviert und auf Gewinn ausgerichtete Handel mit ausgesuchten Entwicklungsländern angesehen. Auf diese Weise sollten außerplanmäßig westliche Devisen erwirtschaftet werden. Damit beauftragt wurde der mit staats-monopolistischen Privilegien ausgestattete und im Parteauftrag handelnde Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski und sein Firmengeflecht „Kommerzielle Koordinierung“ (Przybylski 1992; Deutscher Bundestag 1994; Döring 1999a: 87-102). Diese Beauftragung veränderte die offizielle Solidaritäts- und Afrikapolitik der DDR substantiell. Unter Ausnutzung des Rufes der DDR als eines auf dem internationalen Parkett solidarisch handelnden Landes und des großen Investitionsbedarfes der afrikanischen Staaten sollten vor allem in Äthiopien, Mosambik und Angola die begehrten Devisen erwirtschaftet bzw. devisenintensive Rohstoffe wie Steinkohle oder Kaffee gegen Sachleistungen projektierte Großvorhaben für die DDR günstig verrechnet werden. Damit trat eine bisher nicht gekannte Ökonomisierung in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern ein. Um diese Widersprüche zur proklamierten Solidaritäts- und Außenpolitik zu verdecken, wurden u. a. die Sicherheits- und Geheimhaltungsbestimmungen gegenüber Entwicklungsländern verstärkt und die Berichterstattung in den Medien noch stärker kontrolliert (vgl. Scherzer 2002: 16ff.) Die materielle Solidarität zu Äthiopien und Mosambik wurde den Zielen der Außenwirtschaftspolitik untergeordnet.

Die Diskrepanz zwischen verkündetem Anspruch und Wirklichkeit beeinflusste auch die Auswahl der zu entsendenden Spezialistinnen und Spezialisten, wie die EntwicklungshelferInnen in der DDR genannt wurden. Ideologische und sicherheitsre-

levante Auswahlkriterien standen meist vor fachlichen Qualifikationen (Döring 1999a: 219–224). Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus den Entwicklungsländern war in der Regel verboten worden, über ihre Erfahrungen zu berichten und in der Bildungsarbeit tätig zu werden. Die Ökonomisierung der Solidarität beeinflusste auch die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Kirchen und unabhängigen Gruppen der DDR. So fehlten in der DDR – nicht nur in den Kirchen und Gruppen – die praxiserfahrenen Rückkehrer und Rückkehrerinnen als Gesprächspartner und Korrektive theoretischer Überlegungen wie propagandistischer Verlautbarungen. Nur äußerst selten wurde von staatlich entsandten Spezialistinnen und Spezialisten über Erfahrungen aus Entwicklungsländern vor Kirchengremien oder Gruppen berichtet.<sup>17</sup> Ein öffentlicher Diskurs zu entwicklungspolitischen Themen fand in der DDR nicht statt. Die entwicklungspolitische Debatte in den Gruppen und Kirchen blieb – so sie denn geführt wurde – meist angelesen und weithin ohne die Möglichkeit, praktische Kenntnisse austauschen und verarbeiten zu können.

Die Ideologisierung der Solidaritäts- und Entwicklungspolitik der DDR führte zu der begrenzten Zahl von befreundeten Entwicklungsländern, über die in den Medien berichtet wurde und aus denen Studenten oder Vertragsarbeiter in der DDR weilten. Informationen zu „klassischen“ Entwicklungsländern wie Indien und Brasilien oder zu bedeutenden Regionen wie Westafrika und Maghreb, aber auch zu einzelnen entwicklungspolitischen Themenfeldern kamen in den Medien nur selten vor und fanden kaum Aufnahme in schulische Curricula.

Die Beschaffung von Informationen zur „Dritten Welt“ und die Kommunikation mit Partnern außerhalb des Kanons befreundeter Entwicklungsländer war dadurch besonders erschwert. Der Zugang zur „Dritten Welt“ war in der DDR stark kontrolliert und handverlesen. Diese Praxis beeinflusste die Arbeitsweise der Gruppen unmittelbar. Die Mehrzahl der Dritte-Welt-Gruppen engagierte sich für Länder im südlichen Afrika, für Mosambik oder für den African National Kongress (ANC) in Südafrika bzw.

---

<sup>17</sup> Der Autor erinnert sich nur an zwei thematische Zusammenkünfte zwischen 1982 und 1989 mit Praktikern der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, obwohl er bzw. Kollegen und Gruppenmitglieder sich intensiv um Gespräche mit Entwicklungsexperten bemüht hatten. Die Scheu über die Erfahrungen in Projekten der DDR zu sprechen, hielt bis weit nach der politischen Wende 1989 an (vgl.: Döring 1999a: 15).

für Nicaragua. Nur vereinzelt arbeiteten Gruppen zu Ländern wie Brasilien oder Uganda.<sup>18</sup>

### **3.3 Erziehung zu Internationalismus und Solidarität**

Neben der materiellen Solidarität nahm in der DDR die Erziehung zu Internationalismus und Völkerfreundschaft einen herausgehobenen Platz ein. Sie war Staatsziel und damit fester Bestandteil der Volksbildung. Internationalistische Erziehung galt als pädagogischer Beitrag im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für den Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft (Kosing 1976: 240). Den Schülern wurde vermittelt, dass sie auf der richtigen Seite der weltweiten politischen Auseinandersetzungen stehen. Die Erziehung zur Solidarität sollte „einen emotionalen Willensakt auslösen, der stark genug sein muss, die individuellen Bedürfnisse der Schüler zugunsten einer gesellschaftlich bedeutsamen Aufgabe zurückzudrängen.“ (Packuleit 1968: 10)

Derartige Absichten hatte der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, wohl vor Augen als er 1990 bemerkte:

„Wir werden gefragt: Haben wir gar nichts einzubringen in die deutsche Einheit? Und wir antworten: doch wir haben! (...) Wir bringen ein unsere Sensibilität für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und Toleranz. In der DDR gab es eine Erziehung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, auch wenn sie in der Praxis wenig geübt werden konnte.“ (Krüger-Potratz 1996: 174)

Dieser Einschätzung über die positiven Wirkungen einer auf Internationalität und Toleranz ausgerichteten Erziehung und Bildung in der DDR standen bald die massiven fremdenfeindlichen Übergriffe auf vietnamesische und afrikanische Bürger in Rostock 1991 und Hoyerswerda 1992 entgegen.

Die staatliche Erziehung zu solidarischen Grundhaltungen fand in der DDR in einem widersprüchlichen Rahmen statt. Einen Bezugsrahmen bildete die Annahme von grundsätzlich gleichen, als „historisch“ deklarierten Interessen der sozialistischen Staaten – somit auch der DDR – mit den Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ bzw. den jungen Nationalstaaten. Die als gemeinsam bewerteten Interessen wurden als Teil eines umfassenden Konzepts zur Befreiung der unterdrückten Menschheit und zur Humanisierung der Welt gesehen. Beide Ziele begründeten das „strategi-

---

<sup>18</sup> Vgl. Übersicht zu Dritte-Welt-Gruppen 1989/90 im Anhang.

sche“ Bündnis für den Fortschritt der sozialistischen Staaten und der Entwicklungsländer und verstanden Solidarität als Beistand zum gegenseitigen Vorteil.

Auf diesem Weg sollte Völkerverständigung und Weltoffenheit erreicht werden. Schulbildung zu Solidarität und Völkerverständigung hatte den Auftrag, den sozialistischen Staat und die ihn führende Partei als wichtigsten Akteur für Solidarität herauszustellen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern ihre Plätze in diesem Interessensystem an der Seite des Staates erkennen zu lassen bzw. zuzuweisen.

Der andere Bezugsrahmen war nicht so offensichtlich. Die Erziehung zu solidarischen Grundhaltungen wie Internationalität und Völkerverständigung fand – wie in repressiv-totalitären Systemen verbreitet (Schneider 1995) – in einem Milieu von gesellschaftlicher und politischer Kontrolle bzw. Misstrauen statt. Das überspannte Kontroll- und Sicherheitsverhalten der DDR schlug sich auch in der Volksbildung nieder und beeinflusste unmittelbar das Lerngeschehen und die Lernergebnisse einer Erziehung zu Solidarität, Völkerverständigung und Internationalität. Verdächtig war alles Fremde und Ferne: Ausländerinnen und Ausländer aber auch Reisewünsche ins Ausland oder unabhängig vom Staat bzw. gegen sein Interesse erworbene Informationen über die „Dritte Welt“. Autoritär von oben und weit weg von den Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler wie der Bürgerinnen und Bürger definierten Partei und Staat wer Freund und Feind, Bruder oder Fremder war, wer also Solidarität zu erhalten hatte und wer nicht.

Eine besondere Rolle kam bei der Erziehung zu Solidarität und Internationalismus dem Staatsbürgerkundeunterricht zu. Den Auftrag des Staatsbürgerkundeunterrichts definierte 1988 eine Verordnung des Ministerrates der DDR wie folgt:

„Der Unterricht trägt dazu bei, unsere marxistisch-leninistische Weltanschauung auf eine solche Weise zu propagieren, dass die Schüler zu einer wissenschaftlich fundierten, unverrückbaren Klassenposition erzogen werden und sich ihre Bereitschaft entwickelt, für die Sache des Sozialismus in jeder Situation Partei zu ergreifen.“ (Biskupek 2002: 13)

Ein derartiges Unterrichts- und damit Schulverständnis machte die Schulhäuser leicht zu „paternalistischen Sozialisierungsapparaten“ (Freire 1971: 59). Krüger-Potratz zitiert einen Bezirksschulrat, der zur Erziehung zu internationaler Solidarität interviewt wurde:

„... man wollte verhindern, dass Kinder zu stark mit dem Fremden in Berührung kommen, vielleicht sich der Wunsch entwickelt, dorthin zu fahren. Dafür hatten wir kein Geld. Keine Devisen oder dass man manches dort aufschnappt, was nicht gewollt wurde und so. Also,

diese Angst, dass von dort Schädliches kommen könnte, dass jede Berührung, jede Vermittlung das begünstigen könnte, das war ein entscheidender Grund für diese Zurückhaltung, das ist so gewesen. Es hat nicht geschadet, wenn wir mehr kennen würden von anderen Ländern, aber das übertriebene Sicherheitsbedürfnis war eben da, war entstanden aus Realität, aus den realen geschichtlichen Gegebenheiten und man glaubte das so. (...) Also, Misstrauen war immer da in der Existenz der DDR..." (Krüger-Potratz 1996: 216)

Als Reaktion auf diese ideologischen Ansprüche und repressiven Mechanismen entwickelten Schülerinnen, Schüler und Eltern aber auch Lehrer vielfältige bewusst und unbewusst angewandte Praktiken und Umgangsformen, mit welchen das Misstrauen und die Repressionen gemildert oder umgangen werden konnten.

Die hier kurz umrissene Ambivalenz solidarischer Erziehung und Bildung in der Volksbildung der DDR beschreiben auch andere Untersuchungen. Matthias Hahn und Peter Lehmann, zwei westdeutsche Pädagogen, resümieren die Bildungsergebnisse zu Solidarität und "Dritte Welt" in der DDR wie folgt:

„Schülerinnen und Schüler lernten von der 1. Klasse an, wie die Kinder in anderen Ländern gerufen werden (das stand in der Fibel), wie sie leben und wie sie Freunde werden können. Es gehörte zur gesellschaftlichen Gesamterscheinung der DDR, dass Menschen permanent mit den Situationen der ‚unterdrückten Völker‘ in Nicaragua und El Salvador, in Angola und Mosambik und sonst wo auf der Welt befasst wurden. Auf diese Weise wurden nicht nur Kenntnisse angeeignet, sondern auch eine solidarische Grundhaltung erworben, die manchmal zu Hilfs- und Unterstützungsaktionen führte, die nicht staatlich verordnet waren.“ (Lehmann/ Hahn 1998: 40)

Lehmann und Hahn beschreiben eine positive Wirkung der Erziehung zur internationalen Solidarität und unterstreichen somit die Aussage von Lothar de Maizière.

In einem Interview zum Mythos Entwicklung beschreibt eine in der DDR aufgewachsene Kunststudentin ihre Erfahrungen in der Schule:

„Wir sind in der Schule damit groß geworden. Entwicklungshilfe war etwas Positives. Früher war man sozusagen Teil der besseren Welt. Als Kinder haben wir mitgeföhlt. Vielleicht gab es einen Zwang in der Gruppe. Dabei war kaum zu durchschauen, ob die Aktionen ehrlichem Helfen wollen entsprangen oder der ideologischen Instrumentalisierung dienten. Es funktionierte vielleicht ein wenig zu automatisch. ... Die persönliche Betroffenheit hat jedoch ihre Grenzen. Sie war nicht so tief empfunden als bezöge sie sich auf eine nahestehende Person. Die Anteilnahme war irgendwie abstrakt, sicherlich deshalb, weil ich nie mit solchen unterdrückten Menschen zu tun hatte. Man sprach immer in der dritten Person über sie. ... Übrigens hielt ich die Menschen, die unsere Hilfe brauchten, auch für unselbständig. Wenn ich zum Beispiel an wissenschaftliche Tätigkeiten denke. Nicht gerade, dass ich die Menschen im Süden auf Bäumen rumspringen sah, aber das Bild von einem Wissenschaftler hat sich für mich immer nur mit einer weißen Person verbunden. So krass war das.“ (Führung 1998: 45)

Die Interviewte belegt ebenfalls den recht hohen Stellenwert von Entwicklungshilfe und Solidarität im Unterricht, verweist aber zugleich auf Defizite bei der Vermittlung



der Inhalte. Anders als in der Wertung von Lehmann/Hahn führt die erfahrene Erziehung zur Solidarität nicht zu mehr Engagement, gar in unabhängigen Gruppen, sondern zu Verunsicherung über die Ziele der Entwicklungshilfe und zu einer gewissen Distanzierung. Der im Interview zum Ausdruck gebrachte Paternalismus darf nicht als ein DDR-spezifisches Phänomen angesehen werden. Paternalismus ist als eine Folge traditioneller eurozentristischer Denkweisen zu werten, die in der DDR allerdings durch den zentralistischen Staatsaufbau und das Verständnis von einer führenden Partei weit verbreitet waren.

Zu einer anderen Einschätzung kommt eine umfangreiche Studie unter Leitung von Krüger-Potratz. Die Interviewten waren Lehrer und nicht wie in den oben zitierten zwei Untersuchungen Schüler. Die Befragung zur internationalistischen Erziehung unter ehemaligen Staatskundefachlehrern kam zu folgendem Ergebnis:

„Die Mehrzahl der Interviewpartner erinnert sich an internationalistische Erziehung als an einen Unterricht beziehungsweise Unterrichtsstoff, den sie als ‚wirklichkeitsfremd‘ und ‚diffus‘ wahrgenommen hätten, an Aussagen und Einstellungen, die ihnen ‚gepredigt‘ ja sogar ‚eingehämmert‘ worden seien“ (Krüger-Potratz 1996: 216).<sup>19</sup>

Während seiner Schulzeit 1961 bis 1974 erlebte der Autor Erziehung zum Internationalismus ohne großen Nachdruck. Für die Grundschulzeit (1961–1968) kann Lehmann/Hahn in den Grundaussagen gefolgt werden. Für die Aufbau- und Abiturstufe (1967–1974) decken sich die Erinnerungen stärker mit Krüger-Potratz.

Ein differenziertes Bild über die Vermittlung von Informationen zu Entwicklungspolitik und Solidarität kann gezeichnet werden. Es bildete sich durch die Erziehung zum Internationalismus und zur internationalen Solidarität im Rahmen der schulischen Sozialisation seit den 1960er Jahren in der ostdeutschen Bevölkerung eine Sensibilität für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Empathie für Unterdrückte und Ausgebeutete heraus. Diese Einstellungen waren in den 1960er und 1970er Jahren stärker ausgeprägt als in den 1980er Jahren. Mit der geringer werdenden Identifikation der Bevölkerung mit dem Staat verringerten sich nach und nach auch das Verständnis und die Bereitschaft für internationale Solidarität. Durch die fehlenden Parti-

---

<sup>19</sup> Wie eingeschränkt „Dritte-Welt“-bezogene Stoffe an den Schulen der DDR behandelt wurden, zeigt eine Auszählung von 260 pädagogischen Dissertationen und Diplomarbeiten zum Thema: „Erziehung zur Völkerfreundschaft und internationalen Solidarität in der DDR“ an der Akademie für Pädagogische Wissenschaften der DDR im Zeitraum 1949–1990. Lediglich zehn Arbeiten beschäftigten sich mit methodischen oder didaktischen Themen zur internationalen Solidarität oder zur internationalistischen Erziehung bzw. zu Ländern der „Dritten Welt“. Eine stark überwiegende Mehrheit der Arbeiten behandelte Themen zur deutsch-sowjetischen Freundschaft. (Vgl.: Kaminsky/ Winter 1995)

zipations- und individuellen Handlungsmöglichkeiten, die unterbundenen Kontakte zum Ausland sowie die erschwerten Begegnungen mit ausländischen Bürgern im eigenen Land waren die Kompetenzen für weltweite Solidarität, den Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern sowie das Erkennen von globalen Zusammenhängen weder ausgeprägt noch gefestigt. Durch die enge Bindung der Erziehung zu Solidarität und Völkerverständigung an die staatlichen Zwecke der DDR und der Vermittlung durch das repressive Schulsystem entstanden in größeren Teilen der Schülerschaft zunehmend Ablehnung und Ignoranz. Dies förderte fremdenfeindliche und unsolidarische Einstellungen. Die fremdenfeindlichen Haltungen wurden durch ökonomische und politische Prozesse in Folge der politischen Wende von 1989/1990 verstärkt (Berger 2005: 512–528).

In der DDR war Solidarität vielfach Herzenssache und gleichzeitig Element eines repressiv wirkenden Systems. Eine Möglichkeit mit diesem Widerspruch umzugehen und sozialetische und globale Fragen sowie Weltverantwortung selbst organisiert diskutieren und wahrnehmen zu können, bot die Mitarbeit in unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen. Die Entstehung und die Arbeit dieser Gruppen standen – neben den DDR-spezifischen und weltpolitischen Zusammenhängen – in ideellen und organisatorischen Bezügen mit der ökumenischen Bewegung und den evangelischen Kirchen in der DDR. Dieser Zusammenhang wird im folgenden untersucht. Dem Jahr 1968 kommt dabei eine herausgehobene Rolle zu.

#### **4 Kirchlicher Kontext: Die ökumenische Bewegung und die evangelischen Kirchen**

Das Jahr 1968 war für viele politische und soziale Prozesse der 1970er und 1980er Jahre, so auch für Aktivitäten für die „Dritte Welt“ bedeutsam. Das gilt für West- und für Ostdeutschland. 1968 löste emanzipatorische Entwicklungen aus, die teilweise seit Ende des II. Weltkrieges angestaut waren. Aus den meisten ehemaligen Kolonien waren junge Nationalstaaten geworden. Die Bewegung der Vietnamkriegsgegner wurde stark und in den USA traten immer mehr Menschen gegen die Rassendiskriminierung auf. Im Frühjahr 1968 revoltierten vor allem in französischen, aber auch

in westdeutschen Städten die Studenten, allerdings ohne die Sympathie der Arbeiter zu erlangen. In Prag entwarfen und praktizierten Reformer vor allem aus der kommunistischen Partei einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Er wurde im August 1968 durch Panzer des Warschauer Vertrages beendet. Im kolumbianischen Medellín stellte sich ebenfalls im Sommer 1968 das katholische Episkopat Lateinamerikas hinter die Theologie der Befreiung. Mit ihrer sozialkritischen Bibellektüre und ihren Anleihen an die Dependenztheorie sowie den Marxismus trat sie mit der „Option für die Armen“ an die Seite der Entrechteten und Unterdrückten.

Ebenfalls 1968 veranstaltete der Ökumenische Weltrat der Kirchen<sup>20</sup>, der weltweit über 400 Millionen Christen vertrat, im schwedischen Uppsala die IV. Vollversammlung. Die Versammlung stand unter dem Motto: „Siehe ich mache alles neu!“. Das Motto traf den Nerv der Zeit. Unter dem maßgeblichen Einfluss der organisatorisch inzwischen unabhängig gewordenen Kirchen aus Afrika, Asien und Lateinamerika ging ein sozialetisches Aufwecken durch die Kirchen. Die „Botschaft aus Uppsala“ beginnt mit den Worten: „Wir hören den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und die Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen ihre Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn des Lebens.“ (Sens 1987: 48) Drei neue Programmschwerpunkte bzw. Struktureinheiten – alle durchaus relevant für diese Abhandlung – wurden beschlossen:

- das Programm zur Bekämpfung des Rassismus (Programme to Combat Racism – PCR),
- die Kommission für den kirchlichen Entwicklungsdienst (Commission on the Churches Participation in Development – CCCP) und
- das Programm zur Bildung und Erneuerung (Education and Renewal). (Sens 1987, 106ff; ÖRK 1968, 39–57).

Fragen der ökonomischen und politischen Ungerechtigkeit bestimmten die Tagesordnung. Bildung als eine wichtige Voraussetzung für Erneuerung in den Kirchen und in der Welt bekam einen eigenen Schwerpunkt in der Genfer Zentrale. Mit

---

<sup>20</sup> In dieser Studie wird „ökumenisch“ bzw. „Ökumene“ nicht wie mehrheitlich in Deutschland als Begriff zur Beschreibung der Beziehungen der Konfessionen – insbesondere der evangelischen und katholischen – verstanden, sondern als weltweite kirchliche Bewegung mit vor allem protestantischen und orthodoxen Traditionen, die ein Schwergewicht auf die sozialetischen Fragestellungen legt. Diese Gemeinschaft wurde 1948 als Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK), bzw. als Weltrat der Kirchen gegründet und hat ihren Sitz in Genf (Sens 1987). (Vgl.: auch 4.3).

der Arbeit der neuen Programmeinheit „Bildung und Erneuerung“ waren zwei Persönlichkeiten der Genfer Kirchenzentrale – Ernst Lange und Paulo Freire – unmittelbar verbunden. Ihr Einfluss auf die entwicklungsbezogene Bildung, wie die ökumenische Bewegung insgesamt ist nachweisbar, bedeutsam und reichte bis in die DDR. Darum soll an dieser Stelle auf sie eingegangen werden.

#### **4.1. Ernst Lange und Paulo Freire**

Die ökumenische Bewegung hat seit den 1960er Jahren die entwicklungsbezogene Bildung der evangelischen Kirchen in Westdeutschland mit geprägt (Kähler 1977; Seitz 1993: 44). In Ostdeutschland bestimmten die Impulse aus der Genfer Ökumene maßgeblich die inhaltliche Ausrichtung und den organisatorischen Aufbau des 1969 gegründeten Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK)<sup>21</sup> und dessen sozialetische Diskussion einschließlich der ökumenischen Arbeit. Frühe entwicklungs-politische Initiativen in Gemeinden und Gruppen wiederum orientierten sich am BEK. Bei der Neugründung des Kirchenbundes wurde versucht, sich eher an einem dynamischen Kirchenverständnis, wie es der Ökumenische Rat der Kirche vertrat, zu orientieren, als an dem eher statisch verstandenen der Evangelischen Kirchen in (West)-Deutschland (EKD).<sup>22</sup> Das Kirchenverständnis des BEK erlangte in den 1970er und 1980er Jahren für die Arbeit der sozialetisch engagierten Gruppen, besonders der Dritte-Welt-Gruppen noch Bedeutung.

Die Überlegungen der frühen 1970er Jahre zur entwicklungsbezogenen Bildung wie zum ökumenischen Lernen standen in enger Verbindung zur Arbeit des deutschen Theologen Ernst Lange und des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire. Es war kein Zufall, dass ein Theologe und ein Pädagoge unmittelbar nach 1968 die Kooperation suchten. Zum Direktor des in Uppsala beschlossenen Büro für „Bildung und Erneuerung“<sup>23</sup> wurde Ernst Lange (1927-1974) berufen. Lange hatte in Westberlin Theologie studiert, in einer experimentellen Ladenkirche in Spandau gearbeitet,

---

<sup>21</sup> Die Gründung des Kirchenbundes als Dachorganisation war notwendig geworden, weil die acht evangelischen Landeskirchen in der DDR sich 1969 – teilweise auf staatlichen Druck – juristisch aus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) herausgelöst hatten.

<sup>22</sup> Das Organisationsprofil des Sekretariates des BEK in Berlin folgte der Genfer Zentrale der ökumenischen Bewegung und nicht dem Kirchenamt der EKD in Hannover (vgl.: BEK 1981: 12–15).

<sup>23</sup> Aus dem Mandat des Büros Bildung und Erneuerung: „...das ganze Volk Gottes für die aktive Teilnahme an der Erneuerung des Lebens der Kirche zu einsichtsvoller Mitwirkung an Gottes Werk in einer sich wandelnden Welt zuzurüsten ... und sich einander als neue Menschen zu unterstützen und ein glaubwürdiges Zeichen der Erneuerung und des Wachstums der menschlichen Gemeinschaft zu werden.“ (Sens 1987: 115)

praktische Theologie gelehrt und sich einen Namen als „Theoretiker der kirchlichen Erwachsenenbildung“ (RGG 1998: Bd. 5. Sp. 69) gemacht. Er galt als Kirchenreformer und Ökumeniker (Simpfendörfer 1997; Pfäfflin 1999). Lange wollte, dass die Kirchen „im weltweiten Horizonte lernen“ (Lange 1986: 196). Als Erneuerungsanspruch formulierte er:

„Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. Der Horizont, in dem dieses Für-andere-Dasein der Kirche sich für uns darstellt, war der ökumenische Horizont, die Welt der schreienden Disparitäten und der wachsenden Interdependenzen, eine Welt unter dem Zwang zum Frieden und daher auch unter dem Zwang, Antworten auf die Frage nach der Gerechtigkeit und der Freiheit, vor allem in der Nord-Süd-Frage, zu finden.“ (Lange 1975: 157)

Dabei erhoffte sich Lange Hilfe vom brasilianischen Pädagogen Paulo Freire (1921–1999). Freire wurde 1970 ständiger Berater der Abteilung „Erziehung und Erneuerung“ in Genf. Freire hatte im Nordosten von Brasilien bei der Alphabetisierung der Landbevölkerung das Konzept einer „Pädagogik der Unterdrückten“ (Freire 1973) entwickelt, musste 1964 seine Heimat wegen der Militärdiktatur verlassen und arbeitete mehrere Jahre in Chile im Exil. Freire blieb fast ein Jahrzehnt Berater beim Weltkirchenrat.<sup>24</sup>

Lange sah Ende der 1960er Jahre die Welt im Übergang von autoritären Strukturen zu emanzipatorischen Formen des Zusammenlebens, so bei den entkolonialisierten und sich befreienden Völkern der Südhalbkugel der Erde aber auch bei den sich antiautoritär und hierarchiekritisch verstehenden Studenten und Lehrkörpern. Den Theologen trieb die Sorge um, die Kirchen würden diesen Übergang verpassen und erneut ihren emanzipatorischen Urauftrag verfehlen. Lange erhoffte sich von Freire Unterstützung inmitten dieser Transformationen. Martin Simpfendörfer, der Biograf Langes, schreibt zu dieser Erwartung:

„Die Kirche ist schlimmer gefangen im Gegensatz der befreienden Inhalte ihrer Botschaft und der repressiven Verfahren als jede andere Sozialisationsinstanz. ... Paulo Freire ... könnte werden, was er sicherlich gar nicht zu werden beabsichtigt: ein Lehrer der Kirche, die sich selbst zum Problem macht als Kinderstube der Unterwerfung. Eine Institution zum Verlernen des Lernen wird die Kirche nie mehr sein dürfen, denn das wäre ihr Ende.“ (Simpfendörfer 1997: 221)

---

<sup>24</sup> Mit dieser Berufung wurde eine Voraussetzung für die weltweite Rezeption der Pädagogik Freires geschaffen. Die unmittelbare Zeit der gemeinsamen Arbeit zwischen Lange und Freire war allerdings sehr kurz. Freire kam im Januar 1970 nach Genf. Im März d. J. musste Lange eine Klinik besuchen und beendete im Juni seinen Dienst beim Weltrat der Kirchen in Genf. Beide blieben bis zum Freitod Langes 1974 in Kontakt.

Freire interessierte Lange als erfahrener Vertreter einer Pädagogik des Übergangs von einer geschlossenen zu einer offenen Gesellschaft bzw. des Auszuges aus dem Status quo. (Bendit/Heimbucher 1977: 24–28)

Übergänge sind durch Konflikte und Widersprüche gekennzeichnet. In Widersprüchen entwickelt sich ein emotionales Klima. Dieses Klima sollte für Lernschritte in einer befreienden Erziehungspraxis genutzt werden. Ernst Lange suchte dafür Unterstützung aus den lateinamerikanischen Befreiungskämpfen und Hoffungsressourcen der Dritten Welt. Er sah im Christentum eine Bildungsbewegung von der er – durchaus pathetisch – erhoffte, sie würde sich lernend den neuen Herausforderungen nähern können.

„Was sie (die Kirche) braucht, ist die Einsicht in die Logik des Lernprozesses, der mit Abraham einsetzt und den sie fortsetzt. Seine Konsequenz ist die immer neue Umwälzung, der immer neue Auszug aus dem Status quo. Die Christenheit ist keine revolutionäre Bewegung, sondern eine Lernbewegung.“ (Lange 1971: 22)

Die Kirchen und ihre Bildungspotentiale sollten zur Humanisierung der Welt beitragen. Freire wollte dabei mitarbeiten. Wesentliche Prinzipien seiner Pädagogik boten sich dafür an. Sie können in Anlehnung an Bendit/Heimbucher wie folgt zusammengefasst werden:

- Erziehung ist ein befreiender Prozess, der dazu dient, materielle und ideologische Fesseln abzustreifen. Dabei gerät sie beständig in Konflikt mit herrschenden Strukturen.
- Befreiende Erziehung heißt humanisierende Erziehung, denn Menschen, die sich auf den Weg der eigenen Befreiung begeben, tragen zu einer Humanisierung der Welt bei. Die Bildung des Einzelnen weist über ihn hinaus und hat eine gesellschaftliche Wirkung. Sie geschieht am besten in sozialen Gruppen.
- Die Erziehung erfolgt im Dialog. Bildung wird zum gegenseitigen Erkenntnisprozess von Lehrer und Schülern, deren gewohnte Rollenaufteilung stark eingeschränkt oder aufgehoben wird. Beide werden zu wechselseitigen Partnern. Der Lehrer verzichtet auf Autorität. Der Schüler versteht und erlebt sich als schöpferisches Subjekt und nicht als „abzufüllendes“ Objekt. Die Interaktion zwischen den wechselseitig Lernenden ist eher horizontal als vertikal zu beschreiben.
- Befreiende Erziehung hat einen Problem formulierenden und Konflikt orientierten Charakter. Die Problematisierung der Lebenssituationen generiert den Lernstoff

und mögliche Konfliktlagen, fördert das Lernklima und regt die Erziehungsarbeit an. Probleme wie Konflikte werden auf ihre Lernintentionalität und Lernintensität hin untersucht und für die Bildung genutzt. Wichtig dabei ist das Verhältnis Unterdrückte – Unterdrücker. Bildung wird beschrieben als Erkenntnissituation mit dem Ziel einer Handlungsorientierung. (Freire 1971; Bendit/Heimbucher 1977: 41ff)

Freires Ansatz passte mehrfach zu den Erneuerungsabsichten Langes. Bereits in den 1950er Jahren plädierte Lange für eine „konfliktorientierte Erwachsenenbildung“ (Lange 1980: 11). Kirche sollte parteilich und „niemals neutral“ an der Seite der Unterdrückten stehen. Die Vermittlung der weltweiten ökumenischen Dimension sollte das parochial-kirchliche Gewissen aufbrechen.

„Die neuen Erfahrungen, die im Welthorizont gemacht wurden, müssen in ihrer lokalen Erscheinungsform aufgespürt werden. Nur so werden sie verarbeitbar für das Gewissen, für die alltägliche Frömmigkeit. Die Risse, die die Menschheit zerspalten, gehen durch jedes Dorf, durch jede Familie. Die Entstellungen der Unterdrückung sind auffindbar zwischen Eltern und Kindern, Mann und Frau, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. ... Das ungeheure Emanzipationsdefizit, den Fatalismus derer, die sich in die Zukunft als Schicksal ergeben, kann jeder in sich selbst entdecken. ... Es geht um diesen Zusammenhang der lokalen Bedrohung der Menschheit. Es geht um die ökumenische Dimension des Gewissens.“ (Lange 1972: 305)

Langes Ziel der Gewissensbildung traf sich mit Freires Bewusstseinsbildung (Freire 1977: 46-65). Lange suchte die Zusammenarbeit mit Freire auch, weil er die unter ökonomischer Unterdrückung oder politischer Repression leidenden Menschen mit ihren speziellen Kompetenzen – konsequent wie kaum ein anderer Pädagoge oder eine andere Pädagogin vor ihm – in den Mittelpunkt seiner Pädagogik stellte. Aus der „Grundeinsicht von der Unmöglichkeit der Neutralität des pädagogischen Vollzuges“ (Lange 1971: 16) folgte Lange für die pädagogische Arbeit in kirchlichen Strukturen, dass sie nicht mehr als „Kinderstube der Unterwerfung“ dienen dürfe. Kirchen und ihre Gemeinden sollten, wenn schon keine Kaderschmieden der Revolution so doch Erkenntnis- und Einübungsplätze für Erneuerung und Befreiung der Menschheit sein.

Für Kirchenerneuerer wie Systemkritiker in West und Ost war Freires Kritik an Herrschaft fördernden Bildungsstrukturen attraktiv und hilfreich. Freire bot eine Analyse der Reproduktion von Unterdrückung mit erzieherischen Mitteln und zeigte gleichzeitig Methoden zur Förderung der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation auf. Seine pädagogisch argumentierende Herrschaftskritik wird exemplarisch im so genannten „Bankiers-Konzept“ deutlich. Freire schreibt:

„Im Bankiers-Konzept der Erziehung ist Erkenntnis eine Gabe, die von denen, die sich selbst als Wissende betrachten, an die ausgeteilt wird, die sie als solche betrachten, die nichts wissen. Wo man anderen aber absolute Unwissenheit anlastet – charakteristisch für die Ideologie der Unterdrückung – leugnet man, dass Erziehung und Erkenntnis Forschungsprozesse sind.“ (Freire 1973: 58)

„Bankiers-Konzepte“ mit ihren domestizierenden Effekten ließen sich sowohl in den bürgerlich-westlichen Kirchen wie in sozialistischen Einheitsstaaten finden. Das schroffe Gegenüber – bei allen Beteuerungen substantieller Gemeinsamkeiten – von Pfarrer und Kirchenvolk oder führender Partei und skeptischer Bevölkerung konnte nach Freire leichter entdeckt werden.

Dem „Bankiers-Konzept“ setzte Freire als pädagogische Methode den Dialog entgegen. Dialogische Bildung nach Freire sucht die Kommunikation von A mit B und verlautbart keine Kommuniqués von A für B oder über B. (Freire 1973: 76; 1977: 50f.). Diese Grundmuster wurden in den 1970er Jahren vielfach als plausible Deutungen für gesellschaftliche und kirchliche Bildungssituationen angewandt. Lange baute sie aktiv in sein Erneuerungs- und Verbesserungsprogramm ein. Mit pädagogischer Arbeit sollten – so war die damalige Hoffnung – politische Veränderungen erreicht werden. Pädagogik stand in den 1970er Jahren an der Spitze der gesellschaftspolitischen Diskussion.

Bei aller Begeisterung für Freires Pädagogik war Lange nicht unkritisch gegenüber Freire. Er fragte nach der Übertragbarkeit des Konzeptes auf Industrienationen (Lange 1973: 15f.). Außerdem sah er gravierende Unterschiede bei der Umsetzung der befreiungspädagogischen Ansätze in Kulturen mit Analphabetismus und in Kulturen ohne Analphabetismus bzw. in Industrienationen und wusste, dass Freire als Erwachsenenbildner die Bedeutung der frühkindlichen und schulischen Phasen für das Lernen nicht umfassend im Blick hatte.

Die persönliche Zusammenarbeit zwischen Lange und Freire währte nur eine sehr kurze Zeit. Ihr Höhepunkt war die von Ernst Lange verfasste Einführung zur deutschen Ausgabe der „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paulo Freire, die 1971 in Stuttgart erschien (Freire 193: 9–24). Einführung und Haupttext erfuhren eine große Aufmerksamkeit. Ebenfalls 1971 wurde erstmals die „teología de la liberación“ von Gustavo Gutiérrez verlegt. Dieses Erscheinungsjahr gilt – neben der Bischofskonferenz von Medellín 1968 – als Entstehungsdatum der lateinamerikanischen Theologie



der Befreiung (RGG 1998: Bd. 10, Sp. 1207). Fast zeitgleich mit den weltweiten Befreiungsansätzen wurden in den evangelischen Kirchen der DDR bemerkenswerte Initiativen für Erneuerung und Befreiung von Kirchen und Gesellschaft in Angriff genommen. Sie hatten mittel- und unmittelbar Auswirkungen auf die Gründung und Arbeitsweise von unabhängigen wie Dritte-Welt-Gruppen.

## **4.2 Leitbegriffe der evangelischen Kirchen in den 1970er Jahren**

Um die Entstehungsgeschichte und Arbeitsweise der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR, wie insgesamt der sozialetischen Gruppen beschreiben zu können, muss auf Profil- und Programmbildung des Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) in der ersten Hälfte der 70er Jahre eingegangen werden. Die programmatischen Entwicklungen des BEK mit Relevanz für die unabhängigen oder sozialetischen Gruppen wird mit Hilfe der Leitbegriffe „verbesserlicher Sozialismus“ und „Kirche als Lerngemeinschaft“ nachgegangen.

### **4.2.1 „Verbesserlicher Sozialismus“**

Mit der Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR 1969 war eine Standortbestimmung der traditionell bürgerlichen evangelischen Kirchen in einem gesellschaftspolitisch kirchenfeindlichen Umfeld notwendig geworden. 1968 galten noch rund Zweidrittel der Bürgerinnen und Bürger der DDR nominell als Kirchenmitglieder, Tendenz stark sinkend durch Säkularisierungstendenzen und politischen Atheismus (Pollack 1994: 412).

1971 wurde die Formel „Kirche im Sozialismus“ als Standortbeschreibung gefunden. „Im Sozialismus“ stellte einen Formelkompromiss dar. Der Kompromiss lautete „im“, nicht „für“ aber auch nicht „gegen“ den Sozialismus. Sie schloss ausgesprochen antikommunistische Haltungen sowie ein unbedingtes Bekenntnis für den sozialistischen Staat aus (vgl.: Sachse 2004: 511). Der Formel fehlte jedoch die inhaltliche Füllung. Eine Konkretisierung nahm Heino Falcke, damals Leiter des Predigerseminars in Gnadau, bei Magdeburg und Vorsitzender des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ des Kirchenbundes im Sommer 1972 auf der Bundessynode in Dresden vor.

Der Hauptvortrag trug den Titel „Christus befreit – darum Kirche für andere“ (Falcke 1972). Falcke beschrieb Aufgaben der Kirche in einer Gesellschaft, die sozialistische Ansprüche postulierte. Sein Stichwort war Befreiung. Die Überschriften seines dreigliedrigen Referates lauteten: „Befreiung des Menschen“, „Befreiung der Kirche zum Dienst“ und „Kirche im Dienst der Befreiung“. Die Rede kann als Entwurf einer Theologie der Befreiung im ostdeutschen Kontext der frühen 1970er Jahre gelesen werden (Haspel 1997: 145). Falcke: „Wodurch fesseln wir Kirchen in der DDR uns selbst, so dass wir der Befreiung bedürfen?“ Er plädierte u. a. für „Unbefangenheit (der Christen) im Umgang mit Marxisten und dem Eingehen auf unsere sozialistische Gesellschaft“. Falcke beschrieb den „großen Bedarf an Informationen über unsere Gesellschaft und die Weltprobleme“ und benannte sozialetische und politische Themen als Kernaufgaben der protestantischen Kirche:

„Wenn gefragt wird nach den heutigen Gesellschaftsstrukturen, dem Urbanisierungsprozeß, den Problemen der Entwicklungsländer und des Rassismus, so ist die Kirche bei ihrem Thema. Denn die solidarische Liebe muss so fragen und Situationserkundung gehört zum Dienst am Wort ... . Parteilichkeit im Namen des befreienden Christus ist Parteinahme für die Notleidenden und Unterdrückten. So schließt sie dann auch Parteinahme für die politischen Konzepte ein, die Entscheidungen für sozialistische Gesellschaftsmodelle und jedenfalls gegen neokoloniale Abhängigkeiten und Ausbeutung. Diese Parteinahme für politische Programme darf sich aber nicht selbstzwecklich in den Vordergrund schieben, sondern muss auf die Menschen bezogen sein, denen sie dienen soll.“ (Falcke 1972: 29)

Die Kirche sollte um ihres Auftrages Willen zur Humanisierung der Gesellschaft beitragen. Erneuerung würde vor allem dann eintreten, wenn sie sich als relevant für andere erweisen könne. Falcke forderte eine eigenständige Informations- und Bildungsarbeit in der Kirche und der Gesellschaft. „Die Forderung, dass mehr getan werden muss an praktischer Hilfe und öffentlicher Meinungsbildung in Kirche und Gesellschaft, bleibt dringend bestehen.“ (ebd.) Abschließend versprach der Redner fast beschwörend: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus.“ Damit sprach er der Kirche eine aktive Rolle bei den Veränderungen am politischen Status quo mit dem Ziel zu, einen „verbesserten Sozialismus“ erreichen aber auch erwarten zu wollen. Diese Rolle verstand er nicht als zusätzliche Ergänzung der religiösen Aufgaben, sondern als Bestandteil des genuinen Befreiungsauftrages der Kirchen.

Gleichzeitig versprach er der atheistischen Partei- und Staatsführung eine engagierte und eigenständige Einmischung in gesellschaftliche Beläge.

Einen herausgehobenen Platz in der Rede nahm die Bildungs- und Informationsarbeit ein. Zu Mündigsein und sozialistischem Staat führte er aus:

„Um der mündigen Mitarbeit willen wäre es wichtig, wenn unsere Gesellschaft den Spielraum an offener Diskussion erweitert. Verantwortliche Mitarbeit wird angestrebt. Würde die Bereitschaft dafür aber nicht wachsen, wenn alle ‚heißen Eisen‘ offener diskutiert werden könnten, wenn Andersdenkende nicht zugleich als Falschdenkende behandelt würden, die erzogen und geschult werden müssen, sondern wenn man sie als mündige Partner achtet. Würde die Partei in ihrer führenden Rolle nicht an Autorität gewinnen, wenn diese Autorität mehr als Autorschaft von Freiheit und als Hilfe zu mündiger Selbstverantwortung erkennbar wäre? (...) Ist es nicht lebenswichtig für die Zukunft des Sozialismus, dass er solche Mündigkeit anstrebt und fördert? Mündige Mitarbeit setzt Urteilsfähigkeit durch Information voraus. (...) In der immer komplizierter werdenden Welt bedeutet Besitz von herrschafts- und planungswichtigen Informationen Macht und Entscheidungsfähigkeit. Soll es zu mündiger Mitverantwortung kommen, so muss Information die eigene Urteilsbildung der Menschen ermöglichen. Nur so kann doch die Losung: 'Arbeite mit, plane mit, regiere mit!' verwirklicht werden.“ (ebd.)

Selbstbestimmte Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger forderte er und erwartete von Partei und Staat die Bereitschaft zu Dialog, einschließlich des dafür notwendigen Konflikt- und Problembewusstseins. Von der Kirche entwarf er folgendes Bild:

„So könne es in der Kirche eine kritische Öffentlichkeit, eine Stätte des freien Wortes, eine Öffentlichkeit für radikale Fragen und angstfreie Lernbereitschaft geben. Das wäre ein eminent wichtiger Beitrag zur mündigen Mitverantwortung in der Gesellschaft!“ (Falcke 1972: 30f.)

Auf dem Weg zu Mitsprache und Mündigkeit maß Falcke somit der Informations- und Bildungsarbeit – ausdrücklich auch zu politischen Fragen – einen hohen Stellenwert bei, widersprach den staatlichen Vereinnahmungsstrategien und stellte das Bildungsmonopol in Frage. Mit dieser Rede im Auftrag des Ausschusses für „Kirche und Gesellschaft“ konkretisierte Falcke nicht nur die Formel „Kirche im Sozialismus“, sondern schuf auch eine wichtige Grundlage für die spätere Kooperation der Kirchen und sozialetischen Gruppen.<sup>25</sup>

Falcke erweiterte das Tätigkeitsfeld der Kirchen erheblich und verschob den Geltungsbereich kirchlicher Aufgaben weit in die sozialistische Gesellschaft hinein.

---

<sup>25</sup> Unmittelbar nach der Rede begann das MfS massiven Druck auf die Synodenleitung auszuüben. Die Synode stellte sich in einem „mehr als vorsichtigen“ Beschluss hinter Falcke. Die Rede durfte bis 1990 in der DDR nicht gedruckt erscheinen, kursierte aber hektographiert in großer Auflage in der DDR (Neubert 1997: 254). Falcke galt fortan als Staatsfeind (vgl.: Seifert 2000: 109).

Damit begründete er in der Entstehungsphase des BEK grundsätzlich den Auftrag und damit den Schutz der Kirchen für gesellschaftsbezogene, sozialetische Arbeit und einer vom Staat unabhängigen politischen Bildung und Meinungsfreiheit, die bewusst zur Mitarbeit an gesellschaftspolitischen Veränderungen einladen sollte.

Wichtige Impulse für diese Freiheits- und Befreiungsrede hatte Falcke von Dietrich Bonhoeffer und seinem Theologieentwurf einer „Kirche für andere“ sowie von Ernst Lange und seiner ökumenischen Arbeit erhalten<sup>26</sup>. Langes Inspirationen haben mit dazu beigetragen, dass Falcke bei seinem Vortrag an zentralen Stellen mit Kategorien der politischen Erwachsenenbildung wie Mündigkeit, Partizipation, Emanzipation oder Solidarität argumentierte (Giesecke 1972: 166f.; Mickel 1986: 44; Reinhardt 2004: 288f.).

Auf einen weiteren Sachverhalt soll hingewiesen werden. Falcke förderte mit seiner Dresdner Rede, dass – trotz der atheistischen Politik von Partei und Staat – die evangelischen Kirchen in der DDR sich sozialistischen Entwürfen gegenüber öffnen konnten, ohne sich leichtfertig Vereinnahmungen zu lassen. Eine wichtige Voraussetzung für die spätere Kommunikation mit den unabhängigen Gruppen. Die katholische Kirche in der DDR ging keinen vergleichbar differenzierten Weg im realsozialistischen Kontext. Ihre einseitige Abgrenzung vom Staat wurde als „Überwinterung“ oder „Ghettomentalität“ beschrieben (Seifert 2000: 96). Sie hatte zur Folge, dass die katholische Kirche, ihre Mitarbeiter und Gemeinden den unabhängigen und emanzipatorischen Gruppen in der Mehrzahl fremd gegenüber standen und den notwendigen Schutz und Emanzipationsraum nur sehr eingeschränkt boten.

#### **4.2.2 „Kirche als Lerngemeinschaft“**

Als Kirche in einem „verbesserlichen Sozialismus“ beschrieben die evangelischen Kirchen ihr Verhältnis zum gesellschaftspolitischen oder „äußeren“ Kontext. Mit der Formel „Kirche als Lerngemeinschaft“ versuchten sie ihr Verständnis nach „innen“, als Organisation im Wandel zu formulieren. Die Gegenpole zur „Lerngemeinschaft“ waren Bekenntnis- oder Kultgemeinschaft. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre waren sehr kritische Jahre für die ehemals protestantischen Volkskirchen. Die

---

<sup>26</sup> Falcke war stark von Ernst Lange beeinflusst. (Heino Falcke gegenüber dem Autor im Gespräch am 30.09.2005 in Erfurt.) Der Begriff „verbesserlicher Sozialismus“ war einer Predigtsammlung von Lange entliehen, die 1971 unter dem Titel „Die verbesserliche Welt“ erschien (s. a. Neubert 1997: 257).

Mitgliederzahlen sanken drastisch.<sup>27</sup> Kirchen und Gemeinden waren verunsichert. Hinzu kam die geringe emanzipatorische und liberale Tradition in der Mehrzahl der Kirchengemeinden und unter der Mitarbeiterschaft. Ihr politisches Selbstverständnis war über Jahrhunderte in der Regel „staatstragend“, konservativ und veränderungs-scheu, unter welchem System auch immer. Als lernende Gemeinschaft wollte bzw. sollte die Kirche nun der neuen Situation begegnen.

Zwei Jahre nach dem Synodalvortrag von Falcke mit der Formel vom „verbesserlichen Sozialismus“ wurde in den Gremien des BEK das Leitbild der „Kirche als Lerngemeinschaft“ entworfen. Lernen als Schlüsselbegriff sollte die Kirchen und ihre Sympathisanten sprachfähiger, selbstbewusster und zukunftsfähig machen. Verharren sollte nicht mehr gelten. Veränderung und selbstbestimmte Kommunikation mit dem gesellschaftspolitischen Milieu war das Ziel. „Für die Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ist der Begriff ‚Lerngemeinschaft‘ wohl einer der charakteristischsten.“ wird resümierend für das erste Jahrzehnt des Bestehens des BEK festgestellt (BEK 1981: 71).

Die Bundessynode 1974 stand unter dem Motto „Kirche als Gemeinschaft Lernender“. Durchgesetzt hat sich der Terminus Kirche als Lerngemeinschaft. Der praktische Theologe und Religionspädagoge Jürgen Henkys stellt im Rückblick vier Wurzeln für die Formel „Kirche als Lerngemeinschaft“ heraus:

1. Die Berlin-Brandenburgischen Gemeindegemeinschaften, „um gegen die zunehmende Sprachlosigkeit in den Kirchengemeinden anzugehen“. Eine Art kirchliches Alphabetisierungsprogramm für die DDR.
2. Die westliche Bildungsreformbewegung und der 68er Impuls mit dem Einzug der Humanwissenschaft in die theologische Ausbildung. Dieser Impuls wurde in der DDR als Reaktion auf das ideologisch verhärtete Volkssystem der DDR vielfältig rezipiert.
3. Die ökumenische Bewegung, die von der IV. Vollversammlung des ÖRK in Uppsala starke Reform orientierte Impulse zum Lernen erhielt.
4. „1971 war Paulo Freires ‚Pädagogik der Unterdrückten‘ auf Deutsch erschienen, mit einem fulminanten Vorwort von Ernst Lange. Das Buch wurde über die Grenze

---

<sup>27</sup> So sank der Anteil der Kinder der Altersjahrgänge, die am außerschulischen, kirchlich organisierten Religionsunterricht (Christenlehre) teilnahmen von 1965 29,6 % auf 1974 14,5.% (Pollack 1994: 413).

geschmuggelt und vielfach hektographiert; viele gesellschaftskritische und reformpädagogisch interessierte Leser in der DDR entnahmen diesem Buch wichtige Hilfen zur Reflexion ihrer eigenen pädagogischen Ziele.“ (zit. nach: Steinhäuser 1999: 12)

Das Konzept einer Kirche als Lerngemeinschaft weist mehrfache Verbindungen zur ökumenischen Bewegung und ihrem emanzipatorisch-partizipatorischen Ansatz auf. Henkys verweist ausdrücklich auf Lange und Freire und ihre Wirkung.<sup>28</sup> 1973 war in der einzigen Fachzeitschrift für Religionspädagogik der DDR „Die Christenlehre“ eine längere Rezension zu Freires „Pädagogik der Unterdrückten“ veröffentlicht worden. Eine umfassende Interpretation des Textes kann hier nicht vorgenommen werden. Der Rezensent verwies nur knapp auf den lateinamerikanischen Hintergrund. Für die Leser in der DDR stellte er heraus: „Befreiung beginnt mit dem Gespräch“ und erklärte die Auswirkungen einer „Kultur des Schweigens“. Das Hauptzitat lautete:

„An die Stelle des Dialoges jedoch Monologe, Schlagworte ... zu setzen, bedeutet den Versuch, die Unterdrückten mit dem Instrumentarium der Domestizierung zu befreien. Wer versucht, die Unterdrückten ohne ihre denkende Teilnahme am Akt der Befreiung zu befreien, behandelt sie als Objekte.“ (Degen 1973: 379f.)

Die angepasste Übertragung von Freires Konzeption in andere Kontexte wurde als sich lohnende Aufgabe hervorgehoben. Die Besprechung endete – sicher in der Annahme, dass dieses Buch in der DDR nicht erscheinen wird – wie folgt: „Die Unterdrücker haben Freire bereits zutreffend verstanden. Beweis: In Brasilien darf das Hauptwerk dieses Brasilianers nicht erscheinen.“ (ebd.)

Die 1974 in Potsdam abgehaltene „Lernsynode“ hatte einen hohen Stellenwert. Kaum eine zweite Sitzung des Kirchenparlaments wurde so umfangreich vorbereitet (EZA 101/56-58). Den Hauptvortrag hielt Albrecht Schönherr als leitender Bischof des BEK. Als leitender Mann der Kirchen trat er vehement für eine lernende Kirche ein. Schönherr verstand Lernen als „wissend werden, erwandern, erfahren“ und verwarf ein Lernen „als Fütterungsvorgang, bei dem der Lernende zur rein passiven Aufnahme verurteilt ist“ (Schönherr 1974: 2). Er trat für ein „Lernen in schöpferischer Nach-

---

<sup>28</sup> Schon vor 1974 wurde im BEK zu „Lernen“ – gerade auch mit gesellschaftspolitischen Bezügen – gearbeitet. Siehe: „Konzeption Kirchlicher Jugendarbeit“ des BEK aus dem Jahre 1973. Sie wurde unter die Überschrift „Lernen – mehr als ein Fütterungsvorgang (Freire)“ gestellt (BEK 1981: 89). „Sehr deutlich schlug sich die Beschäftigung mit den pädagogischen Konzepten eines Paulo Freire nieder.“ (Dorgerloh 1999: 167). Durch das Bildungsmonopol der DDR mit seinen indoktrinären Tendenzen, erhielt fast zwangsläufig jedes selbstbestimmte und unabhängige Lernen einen mehr oder weniger starken politischen Charakter.

folge“ ein, dass sich stärker mit der „vorgefundenen Welt, denn mit der gewünschten Welt“ auseinander setzten sollte. Er forderte die Kirchen zum Erlernen der Dialogfähigkeit mit der Umwelt auf:

„Das gilt freilich nur, wenn die Kirchen auch bereit sind, die Minderheitssituation lernend aufzunehmen. Die Kirchen werden von der Gesellschaft, ausdrücklich oder nicht, auf jeden Fall schonungslos gefragt, wozu sie noch gut sind. Wir müssen die Antwort finden in einer Sprache, die die anderen verstehen können. Wir dürfen nicht erwarten, dass die andern bereit sind, die Sprache der Kirche zu erlernen“. (Schönherr 1974: 4)

Schönherr sprach zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der DDR über die Bedeutung von Gruppen und sah in ihnen als Erprobungsräume Chancen für die Kirchen bei ihrer erhofften Erneuerung:

„Das gilt für neue Formen der Gemeindefarbeit, das gilt für Experimente, die von unruhigen Gruppen unternommen werden. Wahrscheinlich werden wir in unserer Situation gar nicht ohne ‚trial and error‘, also ohne Experiment mit dem Risiko des Scheiterns auskommen. Gut, wenn es Gruppen gibt, die dieses Risiko auf sich nehmen!“ (Schönherr 1974: 19)<sup>29</sup>

Die Gruppen wurden optimistisch als Lerngehilfen für die hierarchisch strukturierten und lehrzentrierten Kirchen angesehen. Sein Vortrag endete programmatisch mit: „Nur als Lernende können die Kirchen lehren.“ (Schönherr 1974: 11)

Das Koreferat hielt Horst Kasner: „Kirche als Gemeinschaft von Lernenden“. Er argumentierte stark aus sozialwissenschaftlicher Perspektive<sup>30</sup>, verstand Lernen vor allem als „Veränderung von Verhalten“<sup>31</sup> und stellte eine Verbindung zwischen Bewusstseinsbildung und Verhaltensänderung her. Kasner fragte dezidiert nach den Lern- und damit Veränderungsbarrieren in den Kirchen. Er attestierte den Kirchen fortgesetzte Neigung zu Restauration und Reproduktion traditioneller Praxis. Kirche wie Staat vor Augen führte er aus:

„Ich kann die Sprache des Glaubens nicht lernen, wenn ich nicht im Lernprozess selber Gelegenheit zum Sprechen erhalte. Ich kann nicht lernen, politisch aktiv zu werden, in einer Lernsituation, die mich zur vollkommenen Passivität verurteilt. Ich kann die Kräfte

---

<sup>29</sup> Schönherr setzte sich für Gruppen ein, die – auch gegen die Vorstellungen der Kirche – eigene Zukunftsvorstellungen entwickeln und die mit dem Argument der „Macht des Faktischen“ von Vertretern „privilegierter Gruppen, wie Amtsträgern und Theologen, die fast instinktiv und unreflektiert von der Güte der gesellschaftlichen Institutionen schon überzeugt sind, abgelehnt werden und zwar unter Berufung auf dieselben letztlich christlichen Prinzipien und Motivationen.“ (Schönherr 1974: 19)

<sup>30</sup> Lt. Anmerkungen zu seinem Referat wurde Kasner besonders angeregt durch Josuttis, M. (1974): Praxis des Evangeliums zwischen Politik und Religion. München.

<sup>31</sup> „Lernen lässt sich auch durch die Leistung definieren, einen Zustand, der als unzureichend empfunden wird oder den es zu verändern gilt, wobei es von keiner ausschlaggebenden Bedeutung ist, ob sich diese Veränderung im Wissen, Können, Verstehen oder Verhalten zeigt.“ Tietgens/Weinberg (1971: 32): Erwachsene im Feld des Lehrens und Lernens. zit. nach Kasner (1974: 4).

schöpferischer Freiheit nicht entfalten erlernen, wenn gleichzeitig mein Verhalten bis in alle Einzelheiten hinein determiniert wird.“ (Kasner 1974: 7)

Die von Lange und Freire vertrauten Themen klingen auch bei Kasner an. Der Theologe Lange und der Pädagoge Freire stehen exemplarisch für den breiten Strom emanzipatorischer Bildungsabsichten der 1960er und 1970er Jahre. Das Spektrum der Vertreter und Vertreterinnen der „pädagogischen Revolution“ war viel breiter. Freire und Lange wurden aber in den Kirchen der DDR stärker wahrgenommen als andere Vertreter. Als Medium fungierte die ökumenische Bewegung. Die Schriften von Lange und Freire als wichtige Protagonisten bei der Profilierung des BEK wirkten lange nach. Der Westdeutsche und der Brasilianer im Exil halfen Kirchenmitarbeitern in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, ihre Situation in der DDR und die Rolle der Kirche klarer zu erkennen. Sie plädierten für eine verbesserliche und damit grundsätzlich veränderbare Kirche, Gesellschaft und Welt. Dem Lernen maßen sie dabei eine zentrale Rolle zu. Jahre bevor die alternativen und unabhängigen Gruppen die Kirchen und ihre Gemeinden als Schutz- und Logistikk Räume annahmen, forderten einige Vertreter der Kirchen Emanzipation, Mündigkeit, Solidarität und Beteiligungsmöglichkeiten für Gesellschaft und Kirchen und beschrieben Gruppen als Lern- und Experimentierräume mit antizipatorischen und avantgardistischen Funktionen.

Für das Konzept einer Kirche als Lerngemeinschaft gab es in den folgenden Jahren mehr Ablehnung als Beifall. Partei und Staat, aber auch konservativen Kirchenkreisen passte die Richtung nicht. Scharfe Anfragen kamen zum Beispiel aus marxismuskritischen Zirkeln der Kirchen. Der Vertreter eines Kirchenkreises schrieb an den Kirchenbund:

„Der viel zitierte Lernprozess sollte vor allem dazu beitragen, den Marxismus-Leninismus besser zu verstehen. Bei näherem Hinsehen verbarg sich hinter der Aufforderung zu einer gerechten Beurteilung der Staatsideologie auch ein Prozess wachsender Anpassung. Der Zahn der Zeit nagte an den Kräften des Widerstandes.“ (Rothe 2000: 107, FN 752)

Grundsätzliche Kritik an dem beschriebenen Konzept einer Kirche als Lerngemeinschaft erhebt Ehrhart Neubert. In seiner „Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989“ erkennt er bei den Vordenkern der „Kirche als Lerngemeinschaft“ nicht deren emanzipatorischen und gesellschaftskritischen Vorsatz. Vielmehr unterstellt er ihnen die Absicht einer im Inneren „homogenisierten Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“, welche von Berlin aus gesteuert wurde und die Konflikte mit dem SED-Staat



scheute. Dabei unterstellt er der Formel von der Lerngemeinschaft Beschwichtigungsabsichten. Auch sieht er nicht die Korrespondenz der Formel der „Kirchen als Lerngemeinschaft“ zum „verbesserlichen Sozialismus“ des von ihm sehr geschätzten Heino Falcke (Neubert 1997, 248ff). Neubert schreibt: „Die einzig innere Bewegung, die noch statthaft war, sollte das als ‚Lernen‘ deklarierte Einfügen sein. Entsprechend kam auch bald die Formel von der Kirche als ‚Lerngemeinschaft‘ auf.“ (Neubert 1997: 175).

Mit „einfügen“ ist wohl eingliedern gemeint und assoziierte kirchliche Hilfestellung bei der staatlichen „Gleichschaltung“. Das ist ein erheblicher Vorwurf. Der Einschätzung von Ehrhart Neubert kann an Hand des hier untersuchten Sachverhalts und auf Grund der eigenen Biografie nicht gefolgt werden, auch wenn es immer wieder kirchliche Beschwichtigungsbestrebungen in politischen und emanzipatorischen Sachverhalten gab. Lernen, Bildung, Bewusstseins- bzw. Informationsarbeit als Aufgaben der Kirchen blieben bis zum Ende der DDR neuralgische Punkte im Verhältnis Staat – Kirche. Emanzipatorische Arbeit wurde von Partei und Regierung immer kritisch beobachtet, wussten sie doch um die latenten Veränderungspotentiale in Teilen der Bevölkerung und vor allem um die eigenen besonders seit Ende der 1970er Jahre wachsenden Legitimationsdefizite.

Die aus der Ökumene und über die Ökumene aus der „Dritten Welt“ erhaltenen Impulse wurden in der DDR aufgenommen, teilweise verarbeitet und verändert zurückgegeben. Die soziologischen und theologischen Erfahrungen bei den Übergängen von einer Mehrheits- zu einer Minderheitenkirche sowie die konzeptionellen Arbeiten im realsozialistischen Umfeld waren für den Weltrat der Kirchen von Interesse. Ulrich Becker, Erziehungswissenschaftler und langjähriger Mitarbeiter in der Bildungsabteilung des Weltrates der Kirchen, berichtete 1985:

„Wir haben versucht, die Ergebnisse unserer Arbeit zwischen Nairobi und Vancouver zusammenzufassen unter dem Stichwort der lernenden Gemeinschaft. Und mit dem Stichwort haben wir eigentlich nur aufgegriffen, was die Kirchen in der DDR als ein sehr wichtiges Thema für sich selbst herausgestellt haben: Kirche als Lerngemeinschaft.“ (Becker 1985: 12).

## **5 Dritte-Welt-Gruppen und entwicklungsbezogene Bildung**

Die für die leitenden Gremien der evangelischen Kirchen dargestellte kritische Begleitung des sozialistischen Aufbaus in der DDR und die Öffnung der Kirche zu internationalen Fragen im ökumenischen Kontext, verbunden mit der Notwendigkeit sich selbst als lernende Organisation verändern zu müssen, korrespondierte mit einem neuen entwicklungspolitischen Interesse an der kirchlichen Basis. Diese begann in vereinzelt sich bildenden Arbeitskreisen und Gruppen vor allem in den christlichen Studentengemeinden.

### **5.1 Die Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen in den 1970er Jahren – Aufbruch und Hoffnung**

Die Dritte-Welt-Gruppen waren kein Massenphänomen in den Kirchen der DDR. „Die Anzahl an entwicklungspolitisch Aktiven in der DDR (war) verschwindend gering, und auch ihre öffentliche Wirksamkeit war sehr eingeschränkt, die Weitergabe von Informationen geschah im informellen Bereich.“ beschreibt Claudia Olejniczak (1999: 197) lakonisch die Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen im Kapitel zur DDR in ihrer Monografie zur Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Diese Feststellung trifft für die 1970er Jahre wie für die 1980er Jahre zu. Bei kleinen Schwankungen kann von einem geringen aber steten Anwachsen des entwicklungspolitischen Interesses gesprochen werden (Olejniczak 1999: 197; Döring 1988).

Mit der Gründung von vereinzelt Arbeitskreisen Ende der 1960er Jahre und der Herausbildung einer eigenen überregionalen Koordinierungsstruktur im Jahre 1971 gehörten die unabhängigen Solidaritäts- und Dritte-Welt-Arbeitskreise nach den Verweigerern des Waffendienstes in der NVA ab 1964 und der Versöhnungsarbeit der Aktion Sühnezeichen seit 1958 zu den ersten dauerhaft arbeitenden und unabhängigen Initiativen und Gruppen in der DDR.

Seit 1968 diskutierten Bürgerinnen und Bürger verstärkt über globale Probleme wie innenpolitische Verhältnisse, auch im Osten Deutschlands (Pollack 1995: 541), besonders in den kirchlichen Laien- und Studentenkreisen. Zur Arbeit der Studentengemeinden Ende der 1960er Jahre schreibt Rothe:

„Die traditionellen Bibelabende und Gottesdienste verwandelten sich in diskursive sozial-ethische Themenarbeit, und es kam zur Ausbildung basisdemokratischer Mitbestimmungen. (...) Es bestand eine intensive ökumenische Kooperation zwischen evangelischen (ESG) und katholischen Studentengemeinden (KSG): Referentenaustausch, Begeg-

nungstage, gemeinsame Veranstaltungen, gegenseitige Teilnahme bestimmten die Normalität.“ (Rothe 2002: 187)

Als „Milieubildung und praktische Ökumenizität“ fasst Rothe diese Entwicklung zusammen. So kam es um das Jahr 1968 in den Studentengemeinden zu den Anfängen einer „Dritte-Welt-Arbeit“ in sich selbst organisierenden Arbeitskreisen. Ein Aktivist der ersten Stunde beschreibt die Entstehung der ersten unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen wie folgt:

„Im legendären Jahr 1968 soll ein entwicklungspolitischer Geist über einige StudentInnen der DDR gekommen sein und Initialzündung ausgelöst haben, bei einer Studentenwallfahrt in Rosenthal/Sachsen, die schon damals mit starker ökumenischer Beteiligung nicht nur zu Mischehen führte, sondern auch zu einer Art neuer sozialer Bewegung. Die einen wollten gleich was tun, nämlich helfen. Dieser Strom entwickelte sich in karitative Richtung, andere wollten diskutieren, Ursachen und Zusammenhänge herausfinden, sogar unsere Beteiligung. Dieser Strom entwickelte sich in die bewusstseinsbildende Richtung. Sogar Lager bildeten sich, die sich befehdeten. (...) Das wichtigste aber: In vielen Studentengemeinden, von Jena bis Rostock kam was in Gang, lebte entwicklungspolitisches Bewusstsein auf.“ (Kitsche 2001: 11)<sup>32</sup>

Weder die anonyme Beteiligung an der staatlichen Solidarität noch die Unterstützung von Hilfsprojekten in der Tradition der klassischen Missionswerke genügte den Ansprüchen der Studentinnen und Studenten für ihr Engagement. Neben den wenigen, meist privat geknüpften Kontakten zu Partnern in der „Dritten Welt“<sup>33</sup> war vor allem die gegenseitige Informations- und Bildungsarbeit den Akteuren wichtig. Man wollte sich und andere aufklären bzw. informieren und bei der Solidarität gegenüber Unterdrückten und Notleidenden nicht abseits stehen. Gewissen sollte bewegt und Bewusstsein geändert werden. Literatur wurde besorgt und im kleinen Kreis ausgewertet. Vorträge wurden gehalten und Informationsabende gestaltet. Die Engagierten in den einzelnen Orten blieben aber häufig unter sich. Angesichts der weltweiten Herausforderungen erschien die Arbeit ineffektiv und vereinzelt.

Im Mai 1971 versandte eine Studentengruppe aus Halle/Saale unter dem Motto: „Hilflose Entwicklungshilfe?“ an ihnen bekannte Gleichgesinnte einen Brief und lud zu einer Tagung im Oktober 1971 ein:

„Die traurige Analyse ist kurz, denn es gibt nicht viel zu analysieren. Wir wissen von den im DDR-Maßstab recht bescheidenen Geldspenden. Wir hätten jedoch längst begreifen müssen, dass ohne das Fundament der ständigen Information, der gezielten Bewusst-

---

<sup>32</sup> Zur Gründung der Aktion Lepradorf, die durch katholische Studentinnen und Studenten 1968 in Magdeburg erfolgte, „aber ökumenisch angelegt war“, siehe Reichelt 1998: 22.

<sup>33</sup> Die ersten Paketkontakte wurden durch privat in die DDR eingereiste westdeutsche Personen vermittelt, wie beim AK Lepradorf Magdeburg.

seinsbildung, der Beseitigung veralteter Klischees und Strukturen eine konstruktive Entwicklungshilfe unmöglich ist, da Almosen nur die Ursachen des Elends verwischen, zu mildern suchen, ohne das Übel an den Wurzeln zu packen. Wir hätten begreifen müssen, harte, unaufhörliche Arbeit wäre dann die zwingende Konsequenz gewesen. (...) Die unerhörte Diskrepanz zwischen den existierenden Aufgaben und unseren kläglichen Wahrnehmungen – leuchtendes Zeichen der Schwäche unseres Glaubens – muss endlich zu mehr als abstraktem Nachdenken führen. Wir hätten Arbeitskreise und Aktionsgruppen bilden müssen. Wir hätten die jährlich 40 Millionen Verhungerten immer wieder in Einzelschicksale auflösen müssen. Wir hätten in eigener Verantwortung Projekte suchen müssen. Wir hätten immer wieder sagen müssen, dass Lethargie und blinde Emotion den gleichen Fehler haben: Sie verzichten auf das Denken. Wir hätten niemals bei Einzelaktionen stehen bleiben dürfen. (...) Deshalb ist die Aufforderung an alle, auf einer gemeinsamen Tagung die Probleme zu beraten und neue Wege der Zusammenarbeit einzuleiten.“ (ADW Nr. 63)

Die Gruppe hatte sich zuvor an die „Aktionsgemeinschaft der Hungernden“ (AfH)<sup>34</sup> in Berlin gewandt und gebeten, eine DDR-weite ökumenische Tagung zum Thema: „Aufbruch gegen die Armut“ zu organisieren. Die katholischen und evangelischen Studentinnen und Studenten wollten über ihre eigenen Zirkel hinaus aktiv werden.

Zur Tagung vom 29. bis 31. Oktober 1971 kamen 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Halle. Unter ihnen auch Vertreter kirchlicher Einrichtungen. Das Hauptreferat „Möglichkeiten der Entwicklungsförderung in der DDR“ hielt Prof. Erich Hoffmann/Halle.<sup>35</sup> Er hatte als Delegierter an der IV. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen 1968 in Uppsala teil genommen. Hoffmann trat vehement dafür ein, dass „man die Ursachen kennen muss, um zielgerichtet entwicklungsfördernde Maßnahmen einzuleiten“ und stellte sechs Kernaufgaben für eine zeitgemäße entwicklungsbezogene Arbeit im Osten Deutschlands heraus:

- „Sammeln von Informationen über Strategie und Taktik bei entwicklungsfördernden Maßnahmen,
- Auswertung und Weiterverbreitung dieser Informationen an gezielte Multiplikatoren bis hin zu den Gemeinden,
- Kontakte zu Personen, die an entwicklungsfördernden Maßnahmen im Ausland teilgenommen haben,

---

<sup>34</sup> Die AfH wurde 1957 auf Initiative des Richters und Antifaschisten Dr. Lothar Kreyssig gegründet. Zu den Mitgründern und ersten Unterstützern gehörten u. a. Willy Brandt, Kurt Schaf, Heinz Galinski, Otto Suhr, Heinrich Alberz. Kreyssig gründete 1958 auch die Aktion Sühnezeichen (Weiß 1998: 328–388). Kreyssig war nach 1945 Kirchenpräsident in Magdeburg, Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU) und sehr ökumenisch engagiert.

<sup>35</sup> Erich Hoffmann (1905–1989) war Professor für Landwirtschaftswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1958 bekam er Berufsverbot und arbeitete auf Vermittlung von Kreyssig kurzzeitig in der Erwachsenenbildung der evangelischen Kirche. Später fand er eine Anstellung in der Pflanzenzüchtung beim Versuchsgut Neugatterleben/ Sachsen-Anhalt. 1992 postume Rehabilitierung (Mühlpfordt 2001).

- Koordinierung der Erfahrungen, um Fehlschläge zu vermeiden,
- Koordinierung der kirchlichen Aktionen und Einwirkung auf ihre sachgemäße Wirkungsweise.“ (Peter 1991: 7).

Der Referent identifizierte – soweit dies aus der Zusammenfassung abgeleitet werden kann<sup>36</sup> – zukünftige Arbeitsfelder für die kirchliche Diskussion der Entwicklungsförderung und ermutigte Defizite auszugleichen, die aus fehlenden Informationen und nicht vorhandenen Erfahrungen in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit resultierten. Sein Anliegen war eine enge Verbindung der Aufklärungsarbeit im Inland mit der Projektarbeit im Ausland. Hoffmann, vertraut mit der ökumenischen Diskussion und ausgestattet mit dem Optimismus der frühen 1970er Jahre, forderte die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten in den Gruppen und legte großen Wert auf Schulung der Engagierten sowie Bündelung der Aktivitäten. Hoffmann trat, obwohl staatlichen Repressionen ausgesetzt, für eine aktive und selbstbestimmte gesellschaftliche Mitgestaltung und „Pro-Existenz“<sup>37</sup> ein, vergleichbar der Formel „Kirche im Sozialismus“.

Auf der Tagung berichteten Teilnehmer aus Gruppen von Aktionen zur Bewusstseinsbildung, Jugend- und Gemeindegottesdienste mit Informationen, Fragebogenaktionen, Ausstellungen, Tonbildserien und Informationsmappen. (vgl.: Peter 1991: 7). Und dass „oft darauf hingewiesen wird, dass ein anonymes Geben, ohne ausreichende Informationen, abgelehnt wird, weil dadurch keine persönliche Bindung entsteht und der Einsatz unverbindlich bleibt. (ebenda). Beklagt wurde zudem, dass „keine den Vorstellungen (der Gruppen) entsprechenden Projekten gefunden werden könnten“ (ebenda). Und somit die erhoffte Verbindung von Reflexion und Aktion einseitig bleiben musste. In einem internen Bericht nach der Tagung fasste ein kirchlicher Mitarbeiter seine Eindrücke zusammen:

„Insgesamt war die Initiative der Konferenz zu begrüßen. Es gibt offensichtlich überall viel Bereitschaft zum Engagement. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass gerade in den freier entstehenden Gruppen, besonders auch im Bereich der katholischen Kirche, die Gefahr zur Resignation nicht gering ist.“ (ADW, BfdW-DDR Nr. 6)

Die Aufbruchstimmung war aber stärker als die Entmutigung. Es wurde ein überregionaler Leitungskreis gebildet. Die Aufgabenliste von Hoffmann gab die erste Agenda

<sup>36</sup> Das Referat liegt im Original nicht vor.

<sup>37</sup> „Pro-Existenz“ war ein wichtiges Stichwort des Konzeptes einer „verantwortlichen Gesellschaft“ der 1960er Jahre im Weltrat der Kirchen und setzte auf humanisierende Kräfte und Prozesse im vorherrschenden System.

vor. Die in Halle anwesenden Gruppen erklärten sich bereit, 5 % ihrer Spendenaufkommen für die DDR-weite Koordinierungs- und Informationsarbeit bereit zu stellen. Kurze Zeit später fand der Leitungskreis einen Namen für den neuen Zusammenschluss: INKOTA-Arbeitskreis. Die Abkürzung stand für die sich vorgenommenen Aufgaben: INformation, KOordination, TAgungen.

Der Koordinierungskreis, wie der Leitungskreis bald genannt wurde, stützte sich in den ersten Jahren weitgehend auf ehemalige Mitglieder aus den Studentengemeinden. Die naturwissenschaftlichen Fachrichtungen dominierten. Das Vereinsverbot in der DDR wurde durch eine Kooperation und Bürogemeinschaft mit der Aktion Sühnezeichen in Berlin umgangen. Spenden konnten so angenommen und verwaltet werden. Die inhaltliche Arbeit erfolgte ohne unmittelbare Einflussnahmen der verfassten Kirchen als Institution.

Die erste Tagung in Halle hatte eine mobilisierende Wirkung. Im zweiten INKOTA-Brief berichteten gleich vier Gruppen über ihre Arbeit.<sup>38</sup> Aus dem Bericht einer Hallenser Gruppe mit zehn Mitgliedern, die 1971 in 10 Orten 20 Veranstaltungen durchführte:

„Wir versuchen durch Informationsabende möglichst viele Menschen zu den Problemen der Hungernden, Unterdrückten und Ausgebeuteten zu konfrontieren sowie Möglichkeiten der Hilfe aufzuzeigen. Solch ein Informationsabend setzt sich aus vier Bestandteilen zusammen: Information, Meditation, Aktion (Möglichkeit der Hilfe), Diskussion. Mit modernen Ausdruckformen wollten wir Nachdenken und Tat provozieren.“ (INKOTA-Brief: Heft 2, Februar 1972)

Von Anfang an stand INKOTA in Verbindung mit der weltweiten ökumenischen Bewegung, so mit dem Arbeitsstab der Genfer Entwicklungsabteilung CCPD<sup>39</sup>. Gelegentlich besuchten Stabsmitglieder aus Genf die Tagungen des Arbeitskreises. Die Verbindung zur Ökumene als einem weltweiten Netzwerk ermutigte die kleinen Gruppen und vermittelte ihnen das Gefühl, Teil einer weltweiten Bewegung zu sein. Grundlegende Entwicklungsvorstellungen des Genfer Weltrates (Zaugg-Ott 2004: 125ff), wie die befreiungstheologischen Inhalte der lateinamerikanischen katholischen Kirchen, prägten die inhaltliche Orientierung in den 1970er Jahren und bestimmten die Inhalte der Bildungsarbeit mit.

---

<sup>38</sup> Arbeitskreis Halle, Schülerkreis Halle, KSG Jena, ESG Erfurt.

<sup>39</sup> CCPD: Commission on the Churches Participation in Development.

Der INKOTA-Arbeitskreis als ehrenamtlich arbeitender Zusammenschluss entwicklungspolitisch Engagierter konnte von der Logistik der Aktion Sühnezeichen bzw. des Kirchenbundes partizipieren und nutzte als Postanschrift das Berliner Sekretariat des BEK. Die Arbeit im Schutz einer bekannten Adresse war von Vorteil. Der INKOTA-Arbeitskreis und seine Mitglieder können in den 1970er Jahren als eine Gemeinschaft von Lernenden bezeichnet werden, die im Austausch mit Gleichgesinnten ihre Arbeit verbessern und sich ihrer selbst gestellten Ziele vergewissern wollten. Regelmäßige Tagungen bzw. Zusammenkünfte der Gruppen und Einzelengagierten nahmen bei INKOTA einen wichtigen Platz ein. So kamen 1972 auf die Frühjahrstagung 60 Teilnehmer aus 13 Gruppen (INKOTA-Brief: Heft 2, Juni 1972).

Zum wichtigsten Kommunikationsinstrument zwischen den Dritte-Welt-Gruppen der 1970er Jahre entwickelte sich der INKOTA-Rundbrief (Döring 2004: 26–29). Der INKOTA-Brief erscheint seit 1972 kontinuierlich und stellt eine der wichtigen Quellen für die Rekonstruktion der nur wenig dokumentierten Arbeit der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen dar. Der „Brief“ erschien in den 1970er Jahren in drei bis acht Ausgaben pro Jahr und wurde mit einfachsten Mitteln als hektographierte Blattsammlung hergestellt. Der Umfang betrug in der Regel zwischen vier bis acht Seiten, in Ausnahmefällen bis 12 Seiten. Mitte der 1970er Jahre betrug die Auflagenhöhe 300 Exemplare (Olejniczak 1999: 217). Diese Zahl entsprach in etwa der Zahl der Personen, Gruppen oder Einrichtungen, die unmittelbar an der entwicklungspolitischen Arbeit von INKOTA interessiert waren. Der Rundbrief trug den Vermerk: „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“. Diese Formel bot Schutz und war Voraussetzung für den Zugang zur kirchlichen Vervielfältigungstechnik. Eine Zensur des INKOTA-Briefes durch den Kirchenbund ist nicht belegt. Gelegentliche Selbstzensur durch das Redaktionsteam ist nicht auszuschließen. Eine ausführliche Analyse der Inhalte der Beiträge der INKOTA-Briefe, einschließlich bewusst oder unbewusst nicht berücksichtigter Themen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen werden. Im Überblick lässt sich aber feststellen:

Für die siebziger Jahre signifikant ist die Wiedergabe methodischer Anregungen und didaktischer Hilfestellungen für die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, wie sie auch in der kirchlichen Jugendarbeit und Erwachsenenbildung der damaligen Zeit verbreitet waren. Gelegentlich wurden auch Seminare zur Verbesserung der Ge-

sprachsführung, Vortragstechnik und Methodik angeboten. (INKOTA-Briefe: Heft 9, Oktober 1973; Heft 19, Februar 1976; Heft 22, Juni 1976. In: Döring 2004). Regelmäßig wurden Gruppen mit ihrer Arbeit vorgestellt. Charakteristisch für die 1970er Jahre war neben den entwicklungspolitischen Beiträgen und Meldungen unterschiedlicher Qualität der Abdruck von theologischen bzw. philosophischen Texten internationaler Persönlichkeiten. Als Beispiele seien genannt: der brasilianische Bischof Don Helder Camara, Paulo Freire<sup>40</sup> oder Ivan Illich. In größeren Abständen wurden in den INKOTA-Briefe Texte von Wissenschaftlern staatlicher Einrichtungen der DDR aufgenommen, die nur in der Fachpresse erschienen und der kirchlichen Basis nur schwer zugänglich waren, so aus der entwicklungspolitischen Zeitschrift „Asien, Afrika, Lateinamerika“ (AALA). Auch Beiträge aus Publikationen der Vereinten Nationen wurden wiedergegeben. Häufig wurden Texte aus der Ökumene oder dem Umfeld der Theologie der Befreiung als Abschriften westlicher Veröffentlichungen nachgedruckt.

Der INKOTA-Brief stellte nicht nur Material zur individuellen Information und zur politischen Bildungsarbeit bereit. Er schuf auch Verbindungen zwischen den Gruppen, den Einzelengagierten oder interessierten Kirchengemeinden. Informell zusammengetragen und durch die kirchliche Herstellung als offiziös erklärt, fungierte der entwicklungspolitische Informationsbrief in den 1970er Jahren im Sinn einer begrenzten und „sanften“ Gegenöffentlichkeit bzw. Teilöffentlichkeit, die eher die propagandistisch-staatliche und kirchlich-konservative Publizistik ergänzen und erweitern wollte, als gegen sie zu opponieren (vgl.: auch Abschnitt 5.2.2).

Entwicklungspolitischen Fragen und internationaler Solidarität standen – trotz des kleinen Aufbruches in den Dritte-Welt-Gruppen – viele Kirchenmitglieder skeptisch gegenüber. Der Staat hatte die internationale Solidarität für sich reklamiert, einschließlich des antikolonialen bzw. antiimperialistischen Befreiungskampfes. So berichtete 1972 eine Schülergruppe aus Halle/Saale, die sich frühzeitig für den Befreiungskampf der FRELIMO<sup>41</sup> eingesetzt hatte:

---

<sup>40</sup>INKOTA-Brief: Heft 18/Mai 1975; Einführung in die „Pädagogik der Unterdrückten“ von P. Freire. Ein direkter Bezug zur gesellschaftlichen Situation in der DDR ist darin nicht enthalten. Heft 20/März 1976: Nachschrift eines Gesprächs mit P. Freire am 20. März 1976 im BEK, an dem Mitglieder des Koordinierungskreis von INKOTA teilnahmen. Es wird ausführlich über die Arbeit des Volksbildungsministerium in Guinea-Bissau berichtet, aber nichts zum Kontext DDR.

<sup>41</sup>Frente da Libertação de Moçambique, Mosambikanische Befreiungsfront, seit der Unabhängigkeit 1975 Regierungspartei.



„In vielen Gemeinderäten ist über die Freiheitsbewegung und die Stellung der Christen zu ihr diskutiert worden. Das finden wir gut. Wir stießen aber auch auf Parolen wie: ‚Die machen ja Krieg!‘ Hier muss noch viel Bewusstseinsbildung betrieben werden, meinen wir.“<sup>42</sup>

1973 wurde nach einer Umfrageaktion unter den Dritte-Welt-Gruppen und ihnen nahe stehenden Gemeinden festgestellt: „Das Wissen und Interesse über Fragen der Entwicklungszusammenarbeit unter den Gemeindegliedern ist eher gering ausgeprägt.“ (Olejniczak 1999: 213)

Das Verhältnis der „Dritte-Welt-Engagierten“ und -Gruppen zu den evangelischen Kirchen und Gemeinden kann in den 1970er Jahren mit dem Begriff „schwach kritische Nähe“ beschrieben werden. Man nutzte die kirchliche Infrastruktur und die Gemeinden für Veranstaltungen, um den eigenen Informations- und Bildungsanspruch umsetzen zu können. Die Mehrzahl der Sympathisanten der INKOTA-Arbeit brachte Verständnis für die Doppelstrategie der evangelischen Kirchen für eine verbesserliche Kirche wie einen verbesserlichen Sozialismus auf. Zur katholischen Kirche bestanden auf der Ebene der Gemeinden zum Teil gute Kontakte. Zu den Leitungen der Bistümer hingegen bestanden fast keine Verbindungen. Die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit war ihnen suspekt und galt als staatsnah.

Das Verhältnis eines großen Teils der Gruppenmitglieder zum Staat kann in der ersten Hälfte der 1970er Jahre als offen und sympathisierend, aber auf Selbständigkeit bedacht bezeichnet werden. Das Engagement war von einem gewissen Optimismus getragen. Ein Sozialismus mit menschlichem Angesicht wurde von der Mehrheit der Mitglieder entwicklungspolitischer Basisgruppen als die weithin „gerechtere Gesellschaft“ angesehen. Die DDR erfuhr in dieser Zeit ihre internationale Anerkennung. Die erste Phase der Ära Honecker versprach eine größere Öffnung zur Welt. Zeiten mit verbesserten Beteiligungsmöglichkeiten wurden erhofft.

Die in Gruppen selbst organisierte entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in den 1970er Jahren ermöglichte den Aktiven politisches Lernen in vertrauter Gemeinschaft und brachte einen sozialen und fachlichen Kompetenzerwerb mit sich, der an anderen Orten in der Gesellschaft nur sehr schwer zu realisieren gewesen wäre. Motivation zur Mitarbeit war der Wunsch, durch Bewusstseinsarbeit und die Unterstützung kleiner Projekte an einer progressiven weltweiten Entwicklung mitarbeiten zu

---

<sup>42</sup> Müller, Renate: „Aktion Weihnachten 1971 in Halle“. Brief vom 05.02.1972, Halle/Saale. S. 2. (INKOTA-Brief: Heft 2/1972)

können und nicht abseits stehen zu müssen. Zugleich speiste sich dieses Engagement aus christlichem Gewissen, das bestrebt war zur Humanisierung beizutragen und den eigenen Horizont zu erweitern. Anders als die herkömmlichen Arbeitskreise in den Studentengemeinden, wie Literatur- oder Philosophiekreise oder die Hauskreise in den Ortsgemeinden drängten die Arbeitskreise zur „Dritten Welt“ stärker in die ihnen zugängliche Öffentlichkeit und nach „außen“. Ein Merkmal, das vor allem für die sozialetischen Gruppen der 1980er Jahre charakteristisch war. Dem Konzept von einer Kirche im Sozialismus stand man mehrheitlich aufgeschlossen gegenüber. Von den Kirchen erwartete man Unterstützung, zum Beispiel für Befreiungsbewegungen. Vom Staat erwarteten die Engagierten mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung und die Respektierung ihrer Identität.

Die Dritte-Welt-Gruppen der 1970er Jahre in der DDR können als Teil der weltweiten emanzipatorischen und sozialetischen Bewegung nach 1968 angesehen werden. Die Arbeit der Gruppen war beeinflusst von den Herausforderungen und Umbrüchen in der „Dritten Welt“, von der ökumenischen Bewegung und hier besonders den protestantischen Kirchen, der katholischen Befreiungstheologie Lateinamerikas und den entwicklungsbezogenen Bildungsbemühungen der frühen 1970er Jahre. Mehrheitlich sahen die Gruppenmitglieder in der DDR einen Staat, dessen Existenz die Entwicklungsländer eher fördert als ihnen schadet. Der 1971 erfolgte Zusammenschluss von „Dritte-Welt-Aktivitäten“ im INKOTA-Arbeitskreis mit dem Schwerpunkt der Informations- und Bildungsarbeit ist ein frühes Beispiel basisnaher Selbstorganisation und gegenseitiger Unterstützung.

Im Rückblick beschrieb ein Mitglied der Dresdner Gruppe „Action five“, gegründet 1969, den Beginn seiner entwicklungspolitischen Arbeit wie folgt:

„Ungläubiges Unbehagen war für mich ein wesentliches Motiv, mich mit ‚Problemen der Entwicklungsländer‘ zu beschäftigen. Denen musste doch zu helfen sein. Da kann doch noch lange nicht alles versucht worden sein. Noch nicht akzeptiert war, dass Mehrheiten und übermächtige Kräfte dagegen sind, dass alle leben können. Das war Unterrichtsstoff, das musste man wissen, aber noch lange nicht pur glauben. Indoktrinierte Propaganda verhinderte die innerliche Annahme richtiger Argumentation. So befreite die Beschäftigung mit entwicklungspolitischen Zusammenhängen von der pauschalen Verweigerung an sich richtiger Einsichten und ermöglichte gleichzeitig eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem real existierenden Systemen.“ (Kitsche 2001: 12)

## **5.2 Die Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen in den 1980er Jahren – Wachsendes Engagement und wachsende Widersprüche**

Das Engagement der Dritte-Welt-Gruppen in den 1980er Jahren wurde vor allem durch die sandinistische Revolution in Nicaragua, die erstarkende Friedensbewegung aber auch durch entwicklungspolitische Diskussionen wie die Verschuldungskrise in den Ländern des Südens angeregt. Parallel zu diesen Vorgängen außerhalb der DDR agierten die entwicklungspolitischen Gruppen durch die wachsenden innenpolitischen Stagnationen und Spannungen im eigenen Land politischer als in den 1970er Jahren. Die „Dritte-Welt-Arbeit“ wurde nach und nach Bestandteil der sich seit Ende der 1970er herausbildenden Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppenszene in der DDR. Zum besseren Verständnis wird kurz auf die veränderten Bedingungen für die unabhängige Gruppenszene in den 1980er Jahren eingegangen. Die 1980er Jahre begannen für die sozialetischen Gruppen in der DDR schon im Jahre 1978.<sup>43</sup> Dafür stehen zwei Daten.

Der 6. März 1978 mit dem ersten Staat-Kirchengespräch auf höchster Ebene und der 6. Dezember 1978 mit dem ersten regelmäßigen Friedensgebet in Erfurt. Am 6. März 1978<sup>44</sup> trafen sich zum ersten Spitzengespräch seit Bestehen der DDR die Partei- und Staatsführung unter Leitung von Erich Honecker und die Kirchenleitungen des BEK in der DDR mit Bischof Albrecht Schönherr an der Spitze (Krusche 1988). Der Staat wollte Beruhigung in schwieriger werdenden politischen und ökonomischen Zeiten (vgl.: Kap. 3). Die Kirchen erwarteten mehr Offenheit und Akzeptanz für ihre vielfältiger und selbstbewusster gewordene Arbeit. Die SED-Führung stellte ihre Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik positiv dar. Alle Bürgerinnen und Bürger hätten die gleichen Chancen. Zur Bildungsfrage und zu Beteiligungsmöglichkeiten auch bei sozialetischen Themen unterstrich der Leiter der Kirchendelegation Bischof Albrecht Schönherr: „Offenheit und Durchsichtigkeit sind das Barometer des Vertrauens. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“ (Neubert 1997: 311). Die konkre-

---

<sup>43</sup> Zeitgeschichtler geben 1978 als Jahr markanter Veränderungen an. Vgl.: Neubert 1997: Kap. IV: „Auf der Suche nach Alternativen 1972–1978“ oder Zillmann 2005: Teil 3: „1961–1978 Entspannung“ und Teil 4: „1979–1990 Wende“.

<sup>44</sup> Am gleichen Tag kam Werner Lamertz, Mitglied des Politbüros und Zentralkomitees der SED und Hauptakteur der „Afrikaoffensive“ von 1977 bei einem Hubschrauberabsturz auf Libyen ums Leben (Döring 1999a.....). Sowohl das Gespräch mit den Kirchenvertretern wie die Afrikareise von Lamertz hatten für die Partei- und Staatsführung der DDR primär ökonomische Hintergründe.

ten Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger sollten der Maßstab sein. Dieser Grundsatz fand sich bereits in der Rede Heino Falckes von 1972. Das Gespräch wurde von Staat und BEK positiv bewertet. Die kirchlichen Vertreter und Gemeinden hofften auf innenpolitische Entspannung und Erleichterungen.

Die ersten Friedensgebete im gleichen Jahr als signifikantes und öffentliches Datum unabhängigen sich-zu-Wort-Meldens hatte mehrere Ursachen und einen Anlass. Der Anlass: Im Sommer 1978 wurde plötzlich bekannt, dass im September das Fach „Wehrerziehung“ an allen allgemeinbildenden Schulen als Pflichtfach eingeführt werden sollte. Proteste erhoben sich gegen diese Militarisierung. Die Kirchenleitung des BEK fühlte sich in dem Gespräch am 6. März getäuscht. Der Vorschuss an Vertrauen, den Erich Honecker nach der Ablösung Walter Ulbrichts von der Bevölkerung erhalten hatte, verbrauchte sich merklich.<sup>45</sup> Der europäische KSZE-Prozess<sup>46</sup> mit seiner Balance von sozialen und individuellen Menschenrechten, einschließlich der Informations- und Reisefreiheit, wurde in der DDR nicht umgesetzt. Die ökonomische Lage hatte sich seit Mitte der 1970er Jahre verschlechtert. Der massive Braunkohlebergbau verschärfte die ökologische Situation. Die Raketenstationierungen in West und Ost erzeugten Beunruhigungen. Die Partei- und Staatsführung setzte auf Ausgrenzung und nicht auf Kooperation.<sup>47</sup> Als eine Folge der inneren Widersprüche fanden sich Menschen zum Austausch und zur individuellen Kommunikation zusammen. Allmählich bildeten sich neue kritische und unabhängig agierende Gruppen, vor allem zu Friedensfragen und zu Problemen der Ökologie (Haspel 1997: 192).

Die ersten – in ihrer Gestalt unscheinbaren – öffentlichen Friedensgebete führte im Dezember 1978 die Gruppe „Frauen für den Frieden“ in der Erfurter Reglerkirche durch. Diese Form der Friedensgebete sollte später an Bedeutung gewinnen. Der Erfurter Beginn dokumentierte wichtige Veränderungen in Teilen der Bevölkerung

---

<sup>45</sup> Die Kirchen und Gemeinden hatten noch während der „Biermann-Krise“ von November 1976 sehr zurückhaltend reagiert.

<sup>46</sup> Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fand zwischen Juli 1973 und August 1975 in Helsinki statt.

<sup>47</sup> So wurde 1979 die Gesetzgebung verschärft und ein neues Strafgesetzbuch (StGB) erlassen. Repressive Zugriffsrechte, besonders gegen die unabhängigen Gruppen („negativ-feindliche Elemente“) wurden fixiert. So im § 99 StGB „Landesverräterische Nachrichtenübermittlung“ oder im § 218 „Zusammenschlüsse zur Verfolgung gesetzeswidriger Ziele“. In ihm wurden diejenigen als „staatsfeindliche Gruppe“ definiert, die „das Erarbeiten, Übernehmen und Verbreiten von antisozialistischen Konzeptionen, Schriften und Symbolen“ als Ziel hatten oder betrieben. Dies konnten schon Fragen zur Volksbildung, zum Umweltschutz oder nach der Verwendung von Mitteln für die internationale Solidarität sein. Die unabhängige Bildungs- und Informationsarbeit war davon unmittelbar betroffen (Misselwitz 2001).

(Haspel 1997: 216–223). Die Friedensfrauen spürten die Spannungen und nicht geklärten bzw. nicht angesprochenen Konflikte besonders. Sie wollten öffentlich nicht mehr Schweigen oder nur im kleinen Kreis diskutieren bzw. gelegentlich von einigen Kirchenfunktionären auf Synoden kritische Zeitansagen vernehmen. Sie wollten ihre persönlichen Erfahrungen, Fragen und Proteste zum Ausdruck bringen. Sie nahmen als Betroffene und Subjekte für sich in Anspruch, „ihre Wahrheit“ zu sagen und durch die Aufbereitung und Weitergabe unzensurierter Informationen sich und Dritte aufzuklären. Auf diese Weise wurde begonnen, in den geschützten Räumen der Kirchen öffentliche Probleme anzusprechen und sich mit Benachteiligten solidarisch zu erklären. Mit Hilfe von Informationen und liturgischen Elementen wurde öffentliche Verständigung und kommunikatives Geschehen inmitten einer verbreiteten Kultur des Beschweigens relevanter öffentlicher Vorgänge angestrebt und allmählich in Gang gesetzt. Vor allem die kirchliche Jugendarbeit in den Städten – beeinflusst durch die sich bildenden sozialetischen Gruppen – wurde politischer und griff öfter gesellschaftspolitische Tabuthemen auf. Friedensgottesdienste und Andachten wurden nun öfter durchgeführt, „die mit wechselndem Erfolg die Grenzen der kirchlichen Öffentlichkeit überschritten“ (Neubert 1997: 414).<sup>48</sup>

Im November 1980 veranstaltete die evangelische Jugendarbeit erstmalig eine zehntägige Kampagne zu sozialetischen Themen. Die Kampagne wurde als Friedensdekade unter dem biblischen Motto: „Schwerter zu Pflugscharen“ bekannt und reagierte unmittelbar auf das wachsende Unbehagen in der DDR (Dorgerloh 1999: 275–281). Die Friedensdekade erfuhr eine unerwartet hohe Akzeptanz in den Gemeinden und in der Öffentlichkeit. Ursprünglich nicht auf Kontinuität angelegt, wurde sie zu einem der wichtigsten Mittel der kirchlich-unabhängigen politischen Bildung in der DDR und setzte die Mobilisierung bis zur politischen Wende im November 1989 fort.

Die Friedensdekaden nutzten auch die Mehrzahl der Dritte-Welt-Gruppen für ihre Bildungsarbeit. Sie bekamen eine wichtige Plattform. Die neuen Möglichkeiten der Mitgestaltung förderten die Bildungsanstrengungen unabhängiger Gruppen. Sie

---

<sup>48</sup> Was in Erfurt begann setzte sich in anderen Städten, so auch in Leipzig, fort: „Die Friedensgebete in Leipzig waren zwar nicht *der* Auslöser des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, aber doch ein wesentlicher und kaum zu unterschätzender Faktor auf dem Weg dahin.“ (Feydt 1990: 135. Hervorhebung im Original.) Vgl. auch: Döring: (1999b.)

erhielten eine Öffentlichkeit, die sie in kleinen Gruppen sonst nicht hätten erzielen können.<sup>49</sup> Aus manchem temporären Vorbereitungskreis für eine größere Veranstaltung wurde eine kontinuierlich arbeitende thematische Gruppe.

Zumeist wurden die öffentlichen Veranstaltungen von den Gruppen vorbereitet. Mitunter assistierten kirchliche Mitarbeiter. Eine neue Generation von Pfarrerinnen und Pfarrern, Gemeindepädagoginnen und Gemeindepädagogen war ausgebildet worden – eine Folge der Diskussion um „Kirche als Lerngemeinschaft“ mit weitreichenden politischen Konsequenzen.<sup>50</sup> Diese kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten in der ersten Hälfte der 1970er Jahre unter den Eindrücken der 68er Ereignisse und mit dem Ziel, in einer lernfähigen und gesellschaftspolitisch engagierten Kirche arbeiten zu wollen, ein Studium aufgenommen. Zudem galten die kirchlichen Ausbildungswege in der DDR als Ersatzangebot für unzensurierte geistes- und politikwissenschaftliche Lehrstoffe aus Westeuropa oder der Ökumene. Ab Ende der 1970er Jahre nahmen die ersten Absolventinnen und Absolventen dieser veränderten Studiengänge und Mitarbeiterprofile ihre Arbeit in den Gemeinden auf. Sie kamen rechtzeitig zum ansteigenden Problem- und Veränderungsdruck in den Städten und Dörfern. Gemeinsam mit den Engagierten aus den Kirchengemeinden und Gruppen entwickelten sie neben der Friedensdekade, weitere Veranstaltungs- und Arbeitsformen, die ihren politischen wie religiösen Sozialisationserfahrungen entgegen kamen, zur politischen Aufklärung beitrugen und emanzipatorische Pädagogik förderten. Kirche als Lerngemeinschaft wurde durch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Formel zur Praxis fortentwickelt, indem die Basisarbeit methodisch vielfältiger, partizipativer und gesellschaftspolitisch bewußter wurde.

Die jährlichen Friedensdekaden stellten – ähnlich anderen kirchlichen Veranstaltungen, wie überregionale Jugendtage, Werkstattwochenenden oder die so genannten Bluesmessen – die Arbeit der Gruppen mit ihrem kollektiven Lerngeschehen in einen politischen Zusammenhang. Es kam zu Wechselwirkungen. Die Gruppen trugen zum Erfolg dieser neuen Formen der Bildungsarbeit bei und diese Veranstal-

---

<sup>49</sup> In der DDR war es nicht möglich, auf der Lokalseite in der Tagespresse oder beim Rundfunk über die Arbeit der unabhängige Initiativen und Dritte-Welt-Gruppen zu berichten.

<sup>50</sup> Ab 1975 kam es zu mehreren Ausbildungsreformen in den evangelischen Kirchen der DDR. Deutlicher als zuvor wurde Gewicht auf sozialwissenschaftliche Fächer und Methoden der Erwachsenenbildung gelegt. So wurde das Studium an den Diakonenhäusern auf vier Ausbildungsjahre verlängert und teilweise an die westdeutsche Sozial- bzw. Religionspädagogik angelehnt. Neue Ausbildungsstätten zum Beispiel für Gemeindepädagogik wurden gegründet.

tungen regten zur Gründung von sozialetischen Initiativen an. Nach und nach entstanden Koalitionen. Die Kirchen nutzten die Gruppen und die Gruppen nutzen die Potentiale der Kirchen. Gleichzeitig begann mit den Friedensdekaden ein konfliktreicher Lernprozess. Die Interessen der Gruppen und die Interessen der Kirchen waren nicht homogen und differenzierten sich zum Ende der DDR hin stark aus (Poppe 1988: 74; Demke 1994: 88–94; Pollack/Rink 1997). Staatliche Stellen observierten diese neuen Veranstaltungsformen regelmäßig:

„Durch angebliche religiöse Veranstaltungen wird Eigenständigkeit und Unabhängigkeit dokumentiert. Sie beinhalten eine ‚kritische Distanz‘ zur offiziellen Politik. Insbesondere in der offenen Jugendarbeit werden unter religiösem Deckmantel zunehmende gesellschaftliche Probleme mit negativen Grundaussagen gegen die Partei- und Staatspolitik aufgegriffen und pluralistische Themen werden frei diskutiert.“<sup>51</sup>

Zu den „pluralistischen“ Themen gehörten auch die „Dritte Welt“ und der Nord-Süd-Konflikt. Regelmäßig wurden Dritte-Welt-Gruppen zur Mitarbeit bei den so genannten „Dekade-Abenden“ eingeladen. 1985 stand Entwicklungspolitik unter dem Motto: „Frieden wächst aus Gerechtigkeit“ im Zentrum der Friedensdekade (Dorgerloh 1998: 226). So konnten entwicklungspolitische Themen in einem bis zu diesem Zeitpunkt nicht bekannten Umfang in der DDR propagiert werden. In einer Vielzahl der ca. 5 000 protestantischen Kirchengemeinden wurden Fragen der weltweiten Gerechtigkeit, der internationalen Verschuldung, mitunter auch der Verflechtung der Wirtschaft der DDR in den Welthandel erörtert. Die Wahl eines Rahmenthemas zur weltweiten sozialen Gerechtigkeit im Kontext der Friedensfragen und Ökologieprobleme trug zur wachsenden Präsenz und Akzeptanz der Dritte-Welt-Gruppen unter den sozialetischen Gruppen bei.

In den frühen 1980er Jahren bildeten sich Dritte-Welt-Gruppen eines neuen Typs. Neben den sehr christlich geprägten, studentischen Arbeitskreisen traten Aktionsgruppen und Initiativen auf, deren Mitglieder unterschiedliche Biografien aufwiesen und weniger von einer kirchlichen Identität als von den säkularen Sozialisations-erfahrungen der späten DDR geprägt waren. Sie stimmten in vielen Merkmalen mit Mitgliedern in den unabhängigen Friedens- und Ökologiegruppen überein. Nicht sel-

---

<sup>51</sup> Ministerium für Staatssicherheit. Juristische Hochschule. Grundorientierung für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen ‚inneren‘ Opposition in der DDR. VVS. JHS001-241/83, S. 458. Zit. nach: Knabe (1996: 34).

ten bildeten sich in größeren Friedens- oder Umweltkreisen selbständige Untergruppen zur „Zweidrittelwelt“, die oft Verbindung zum INKOTA-Arbeitskreis aufnahmen.

### **5.2.1 Ein Beispiel: Die Nicaraguasolidarität und die Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua Leipzig**

In der „Dritte-Welt-Szene“ der DDR spielte – ähnlich wie in Westdeutschland (Bal- sen/Rössel 1986: 393–441) – die sandinistische Revolution in Nicaragua zu Beginn der 1980er Jahre eine stark motivierende Rolle.<sup>52</sup> Der Versuch einer Revolution mit dem Ziel eines vom Volk mit getragenen partizipatorischen Sozialismus und die Verbindung von christlichen und sozialistischen Idealen entfaltete Anziehungskraft. Unmittelbar nach dem Sieg über den nicaraguanischen Diktator Somoza war im INKOTA-Brief zu lesen: „Der Weg ist frei, einen Traum vom ‚Paradies‘ Realität werden zu lassen.“ (INKOTA-Brief: Heft 33, Oktober 1979). Die unkonventionelle Politik der sandinistischen Revolution und ihre Bedrohung durch die USA weckte Sympathie und förderte Solidarität. Nicaragua wurde zum Synonym eines Kampfes „David gegen Goliath“ und galt als Hoffnung für „einen anderen Sozialismus“ (Olejniczak 1999: 224). In den neu gegründeten unabhängigen Nicaragua-Gruppen bildete sich ein Milieu, in dem die Mitglieder revolutionär und christlich, solidarisch – was der Staat für sich reklamierte – und unabhängig zugleich sein konnten. Die staatliche Solidarität der DDR mit Nicaragua erfuhr in den Medien hohe Beachtung. Unmittelbare Unterstützung und Kontakt war aber dem Einzelnen nicht möglich. Eine libertinär dargestellte, um gerechtere politische Verhältnisse kämpfende, linke Bewegung in der „Dritten Welt“ wollten vergleichsweise viel junge Menschen unterstützen.<sup>53</sup> Mitte der 1980er Jahre stellten die Nicaragua-Gruppen – ähnlich den studentischen Arbeitskreisen zu Tansania in den 1970er Jahren – im INKOTA-Spektrum die größte Anzahl von Länder bezogenen Solidaritätsgruppen. Die Kontakte nach Mittelamerika mussten meist über Kontaktpersonen aus Westdeutschland geknüpft werden. In seltenen Fällen kam es auch zur Zusammenarbeit mit in der DDR studierenden nicaraguanischen Studentinnen und Studenten.

---

<sup>52</sup> In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bildeten sich verstärkt Gruppen mit dem Focus südliches Afrika, (vgl. Anhang: Übersicht der Dritte-Welt-Gruppen 1989/1990).

<sup>53</sup> So versammelten sich auf einem „Nica-Gruppen-Treffen“ Vertreter von 12 Gruppen (INKOTA-Brief: Heft 48, 1985).



Selbstbestimmt seinen solidarischen Interessen nachzugehen, schwer zugängliche Informationen zu erhalten und nebenbei soziale Kompetenzen erwerben zu können, waren attraktive Gründe in Dritte-Welt-Gruppen mitzuarbeiten. Hinzu kam das zumeist angenehme soziale Klima (Findeisen 1994: 41) und die oftmals alternative Kultur in den Gruppen. Auch konnten Erfahrungen bei staatlich nicht kontrollierten Informations- und Bildungsveranstaltungen gesammelt werden. Die Verbindung von linker Revolution und unorthodoxem Christentum übte einen Reiz aus. Die Empathie und Solidarität der Gruppenmitglieder gegenüber dem mittelamerikanischen Land wurde durch die Bedrohung der USA gestärkt. Man wollte mit den Schwachen und Gefährdeten solidarisch und verbunden sein. Die ökumenische Bewegung schenkte den Entwicklungen in Nicaragua ebenfalls große Aufmerksamkeit.<sup>54</sup>

Verhältnismäßig oft wurden Gruppen gebeten, in Kirchengemeinden Informationsveranstaltungen durchzuführen. Oftmals wurden Spenden gesammelt.<sup>55</sup> Die bei den Veranstaltungen vermittelten Informationen wurden zumeist Publikationen aus Westdeutschland oder den Medien der internationalen Solidaritätsbewegung entnommen. Nicht selten trug schon ein Brief aus Nicaragua an die Gruppe oder solch ein halboffizieller Ort wie die Kirche mit dazu bei, diese Veranstaltungen als besonders authentisch zu erleben. Wie literarische Texte durch Verbote eine besondere Glaubwürdigkeit erlangen können, gewannen diese Informationsveranstaltungen mitunter durch ihren halboffiziellen bis subversiven Charakter an Überzeugungskraft. Nicaraguanische Studenten, die sich mit unabhängigen Gruppen treffen oder gar mit ihnen zusammen arbeiten wollten, wurden in der Regel durch die Hochschulverwaltung gemäßregelt. Mit dem Hinweis, dass ausländische Studenten Gäste des Staates und nicht der Kirchen oder illegaler Gruppen seien, wurden ihnen der Kontakt untersagt.<sup>56</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl.: Zur Lage in Nicaragua. In: Blickpunkt Ökumene. Ökumenisch-Missionarisches Zentrum. Heft 23 (1984). Berlin. (In: Döring 2004: 18).

<sup>55</sup> BSTU: LPZ AOP 681/86 XIII1524/83 OV „Nica“ Band 3. Bl. 119. Lt. IM-Bericht „Werner“ vom 16. 03. 1983 sammelte die Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua in einer Veranstaltung 7000 Mark der DDR für ihr Schulprojekt in Monte Fresco.

<sup>56</sup> Während der Mitarbeit des Autors in der Leipziger „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua“ von 1982 bis 1985 wurden mindestens zwei Studenten und ein Mitarbeiter der Botschaft der Republik Nicaragua wegen illegaler Gruppenkontakte ins Heimatland zurückgeschickt.

Nicaragua libre<sup>57</sup> war auch deshalb attraktiv, weil an seinem Beispiel über verdeckte politische Themen in der DDR diskutiert oder an sie erinnert werden konnte. So zur Beteiligung der Bevölkerung an innenpolitischen Prozessen oder zum Verhältnis von Marxismus und Christentum, aber auch über freie Gewerkschaften, eine pluralistische Presse, parlamentarische Wahlen oder Wirtschaftsansätze mit unterschiedlichen Eigentumsformen. Es konnten durch die Darstellung der Verhältnisse in Nicaragua Vorgänge in der DDR angetippt bzw. beschrieben werden, ohne dass sie unmittelbar angesprochen werden mussten. Die Stichworte und Codes wurden meist unmittelbar verstanden. Mit Hilfe der unabhängigen „Nica-Solidarität“ wurde der DDR-Realität ein „verbesserliches“ Gesellschafts- und Sozialismusmodell als Variante und Spiegel vorgehalten. Ein Teil des Interesses an der Mitarbeit in Dritte-Welt-Gruppen, speziell zu Nicaragua und bei Bildungsveranstaltungen, beruhte auf Stellvertreterfunktionen für innenpolitische Themen.

Die „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua Leipzig“ kann als Dritte-Welt-Gruppe, welche die Solidaritätsarbeit wohl am konsequentesten mit innenpolitischen Fragestellungen verband, angesehen werden (Neubert 1998: 456; 594). Sie wurde 1982 gegründet und erreichte schnell eine DDR-weite Bekanntheit. 1983 überlegte die Gruppe kurzzeitig, sich in „Initiativgruppe Hoffnung DDR“ umzubenennen, um ihre doppelte Zielstellung: Die Hoffnung in Nicaragua libre zu unterstützen und Hoffnung auf Veränderung in der DDR wach zu halten, klar zu benennen.<sup>58</sup> Angeregt durch die Beschäftigung mit den sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnissen in Entwicklungsländern verfassten Mitglieder der Initiativgruppe 1984 das Thesenpapier: „Christen aus der Zweidrittelwelt fordern uns heraus“. In 20 Punkten wurden Fragen an die Gesellschaft und an die Kirchen in der DDR vor dem Hintergrund der „Dritte Welt-Arbeit“ gestellt:

“Die Auseinandersetzung mit dem Elend der Zweidrittelwelt provoziert Rückfragen an uns und unsere Gewohnheiten. Hören wir von der Verhaftung chilenischer Gewerkschafter, kann das Anlass sein, über unsere Gewerkschaft und unsere Mitarbeit nachzudenken. Hören wir von der Beteiligung salvadoreanischer Christen am bewaffneten Befreiungskampf, sollten wir es nicht versäumen, unsere Haltung zur Gewaltfrage zu differenzieren. Wenn uns ein Mosambikaner von der Hoffnung erzählt, dass die neuen Verhältnisse in seinem Land einen ‚Neuen Menschen‘ prägen werden, sollte uns das anregen, über die Verwirklichung dieses sozialistischen Ideals in der DDR nachzudenken. Bei der Beschäf-

---

<sup>57</sup> Begriff der Solidaritätsszene für das sandinistische Nicaragua.

<sup>58</sup> BSTU MfS: LPZ AOP 681/86 XIII1524/83 OV „Nica“. Band 3, Blatt 224.

tigung mit den Lebensbedingungen und den Forderungen der Armen sollten wir konsequenterweise Rückschlüsse auf unsere Lebensweisen und unsere Wertesysteme ziehen. Wollen wir helfen, den Hunger und die einseitige Ernährung in Afrika zu lindern, liegt die Frage nahe, wie wir es eigentlich mit unserer Ernährung halten... In Basisgruppen in Lateinamerika wie in der DDR wird der Glaube des Einzelnen zur allgemeinen Erfahrung. Es kommt zu einer Identifizierung der Basisgruppen mit Basisgemeinden, die sich um jeweils kontextgebundene, verschiedene Anlässe herum gründen aber darüber hinaus dann wirksam werden.“ (INKOTA 1999, 20)

Die unabhängige Gruppe in Leipzig, wie weitere Gruppen in Jena oder Berlin, identifizierten sich mit den Basisgruppen in Lateinamerika bzw. mit den ihnen bekannten Erfahrungen dieser sozialen Bewegung. Ihnen waren Gefühle, wie sie in den übermittelten Texten der lateinamerikanischen Basisgruppen beschrieben wurde, nicht fremd. Sie erlebten sich als Personen, die mit zu denen „von unten“ gehörten. Sie kannten politische Repressionen „von oben“ oder „von außen“. Eine weitere Klammer war der Versuch, christlichen Glauben sowie sozialistische Ideale in kleinen Gruppen zu diskutieren. Dabei wurde selektiv rezipiert. Religiöse Glaubensinhalte und politische Lehrmeinungen wurden dem jeweiligen Kontext entnommen, miteinander gemischt und oft kreativ verbunden. Eine Untersuchung über die politischen Einstellungen von Mitgliedern aus unabhängigen Gruppen in der DDR kommt zu dem Ergebnis:

„Mehrere Interviewpartner gaben an, dass sie sich sowohl mit christlichen als auch sozialistischen Idealen identifizieren. Die Begriffe „christlich“ und „sozialistisch“ erfüllten dabei mitunter die Funktion von Variablen, denen mehr oder weniger nach Gutdünken allgemeine sozialetische Inhalte zugeordnet wurden. So wenig wie unter Sozialismus der „real existierende“ Staatssozialismus verstanden wurde, so wenig identifizierte man sich mit einem traditionellen Gemeindechristentum.“ (Evers 1994: 226)

Anziehend wirkte ein libertärer Sozialismus wie ein libertäres Christentum. Die jeweiligen „unabgegoltene Ziele“ einer weitreichenden Humanisierung sollten global wie am eigenen Ort diskutiert, aufrechterhalten und eingeklargt werden. Dabei wurden nicht selten die ideengeschichtlichen Verwandtschaften stärker betont als die Differenzen. Idealisierungen der politischen Prozesse in Nicaragua waren nicht selten und wurden durch die fehlenden eigenen Erfahrungen im Entwicklungsland verstärkt.

Bei der Trennung von Staat und Kirche, welche für die DDR konstitutiv war, wirkten derartige Wechselbezüge von Christentum und Sozialismus – immer für den Staat und nicht selten auch für die Kirche – irritierend. Bibelstellen konnten Befindlichkeiten der Zuhörer elementar und allgemeinverständlich zugleich zum Ausdruck bringen. Für Nichtchristen verringerte sich mitunter die Schwelle zu kirchlichen The-

men. Christen entdeckten Zugänge zu unorthodoxen marxistischen Theorien und Widerstandspotentialen. Elemente der revolutionären nicaraguanischen Bauernmesse „Misa Campesina“ fanden sich in den verbreiteten „Bluesmessen“ der kirchlichen Jugendarbeit der 1980er Jahre wieder. Derartige Veranstaltungsformen boten Podien für die öffentliche Präsentation von emanzipatorischen und politischen Texten. Heute verwundert die Anziehungskraft dieser Texte, bei deren Darbietung bis zu 500 Besucher kamen. Die Leipziger Gruppe formulierte als 20. These in ihrem oben genannten Papier:

„Die Theologie der Befreiung verdeutlicht uns den Verlust der säkularen Utopie: Auch wenn sich die meisten von uns den Armen und ihrer Befreiungsbewegung gegenüber für weitsichtiger und weniger naiv halten, so müssen wir uns doch eingestehen, um diese motivierende Zuversicht ärmer zu sein. Es bleibt die Frage, ob uns christliche Hoffnung nicht prinzipiell aktivieren müsste, eine säkulare Utopie mit all unserer Vorstellungskraft und Begabung anzustreben.“

Im Dialog mit der „Dritten Welt“ erkannten die Gruppenmitglieder Defizite ihres gesellschaftlichen Kontextes. Gleichzeitig erfuhren sie Motivation, an ihren Hoffnungen auf Veränderungen und Verbesserungen gesellschaftlicher und damit individueller Verhältnisse festzuhalten.

Die Arbeit einiger Dritte-Welt-Gruppen wurde von staatlichen Organen sehr aufmerksam observiert. Allein über die „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua Leipzig“ liegen für die Jahre 1982–1986 Akten des Ministeriums für Staatssicherheit in 5 Bänden mit mehr als 2 300 Seiten vor.<sup>59</sup>

Eine Auswertung ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Eine Beurteilung der Leipziger Gruppe durch den staatlichen Sicherheitsapparat dokumentiert ein mehrseitiger „Vorschlag zur Unterbindung geplanter Aktivitäten der so genannten Initiativgruppe ‚Hoffnung Nicaragua‘ (Leipzig)“ der Hauptabteilung XX<sup>60</sup> der Berliner Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit vom 12. April 1984.<sup>61</sup>

„Inoffiziell wurde bekannt, dass die Gruppe INKOTA (Abkürzung für Information, Koordination, Tagungen) der ‚Aktionsgemeinschaft für die Hungernden‘ im Bund der Evan-

---

<sup>59</sup> BSTU: LPZ AOP 681/86 XIII1524/83 OV „Nica“. Band 1-5. Berichte von 18 Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) liegen vor, wovon mindestens zwei Mitglieder der Gruppe waren. Für die Operativen Personenkontrolle (OPK) des Autors (BSTU LPZ AOPK 2457/85 XIII 439/84 OPK „Thomas“) waren für einen Berichtszeitraum von 20 Monaten 15 IM eingesetzt.

<sup>60</sup> Die Hauptabteilung XX (HA XX) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war beauftragt mit der Sicherung des Staatsapparates, der Kirchen und des Kulturbereichs sowie mit der Bearbeitung des so genannten Untergrunds. Sie war eine "klassische" Diensteinheit der Abwehr. Bedingt durch den Arbeitsgegenstand führte sie viele IM in den Gruppierungen der Opposition. In jeder Bezirksverwaltung des MfS gab es eine eigene Abteilung XX. URL: [http://www.ddd-wissen.de/wiki/ddd.pl?Hauptabteilung\\_XX](http://www.ddd-wissen.de/wiki/ddd.pl?Hauptabteilung_XX).

<sup>61</sup> BSTU: LPZ AOP 681/86 XIII1524/83 OV „Nica“. Band 4, Blatt 94–100.

gelischen Kirchen am 28. und 29. April 1984 in Berlin – Hauptstadt der DDR – eine Tagung durchführen will. Im Rahmen dieser Tagung beabsichtigt die im OV ‚Nica‘ der BV Leipzig, Abteilung XX, bearbeitete so genannte Initiativegruppe ‚Hoffnung Nicaragua‘, einen symbolischen Scheck in Höhe von 100.000,-- Mark an Vertreter des Solidaritätskomitees der DDR zu übergeben. An dieser Übergabe sollen auch Vertreter der Botschaft Nicaraguas in der DDR teilnehmen. (...) Bei dieser Initiativegruppe handelt es sich um eine Gruppierung von insgesamt 21 DDR-Bürgern der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, die überwiegend seit längerer Zeit wegen feindlich-negativen Haltungen und Aktivitäten operativ bekannt sind und die unter dem Deckmantel der Solidarität für Nicaragua und Missbrauch des Gedankens antiimperialistischer Solidarität, Bestrebungen zur Sammlung und Formierung feindlich-negativer Kräfte entwickeln. Seit Bestehen der sog. Initiativegruppe (Januar 1982) wurden unter Nutzung kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten ca. 15 Veranstaltungen und ‚Solidaritätsaktionen‘ mit teilweise hoher Öffentlichkeitswirksamkeit (Geldsammlungen, Versteigerungen von Kunstgegenständen u.a.) durchgeführt. Die so genannte Initiativegruppe bezeichnet sich selbst als private, selbständige Gruppe, die ausserhalb bestehender Organisationsformen der internationalen Solidarität wirksam wird, die ‚über schon ausgefahrene Spuren hinaus‘ handeln und die ‚dazu beitragen will, dass hierzulande der große Begriff der Solidarität erfahrbar‘ wird. Versuche der staatlichen Einflussnahme und Kontrolle auf die Aktivitäten der so genannten Initiativegruppe blieben bisher erfolglos, da die Organisatoren und Inspiratoren ‚die staatlich vorgegebenen Möglichkeiten als nicht flexibel genug‘ für ihre Vorhaben ablehnen und sie die ‚unkomplizierten Möglichkeiten‘ der kirchlichen Unterstützung für ihre Aktivitäten nicht aufgeben wollen. (...) Entgegen der tatsächlichen Absichten – der Sammlung politisch-negativer Kräfte und der in Erwägung gezogenen Umbenennung in „Hoffnung DDR“ – geben sich die Angehörigen der so genannten Initiativegruppe bei der Aussprache mit staatlichen Organen progressiv.“ (Blatt 96–97)

Der detaillierte Maßnahmeplan zielte kurzfristig auf die Absage der Veranstaltung in Berlin. Gespräche mit den Verantwortlichen des Solidaritätskomitees, der nicaraguanischen Botschaft, aber auch mit hohen Kirchenvertretern sollten mit dem Ziel der Verhinderung geführt werden. Die INKOTA-Veranstaltung wurde nicht abgesagt. Die Vertreter des Solidaritätskomitees der DDR erschienen nicht. Aber: „Dem anwesenden 1. Botschaftsrat der Botschaft von Nicaragua, der über die Situation seines Landes berichtete, wurde die Übergabe von 50.000,-- M an das Solidaritätskomitee der DDR zur Ausgestaltung dieses Landschulzentrums mitgeteilt.“<sup>62</sup> Der Maßnahmeplan formulierte noch eine weitergehende Aufgabe:

„Die operative Bearbeitung der so genannten Initiativegruppe ‚Hoffnung Nicaragua‘ ist mit der Zielstellung der Erarbeitung von Beweisen für negativ-feindliche Aktivitäten dieser Gruppierung sowie ihrer Zersetzung und Auflösung, unter Einbeziehung der beteiligten operativen Dienststellen und der Koordinierung der HA XX/9, weiterzuführen.“ (Blatt 98)

---

<sup>62</sup> Süß, Matthias: Bericht von der INKOTA-Frühjahrstagung. In: INKOTA-Brief: Heft 48, Frühjahr 1984, S. 3. Die Verbindung zum Landschulzentrum im Ort Monte Fresco hatte der damalige Leiter des Wuppertaler Hammer-Verlages, Hermann Schulz, der während der Leipziger Buchmesse 1982 mit der „Initiativegruppe Hoffnung Nicaragua“ bekannt wurde, vermittelt.

Nicht jede Dritte-Welt-Gruppe wurde von staatlichen Stellen so intensiv observiert und bekämpft. Die Leipziger Gruppe stellte eine gewisse Ausnahme dar und kann nicht als repräsentativ für alle unabhängigen „Dritte-Welt-Aktivitäten“ angesehen werden (Neubert 1997: 455–457). Die staatlichen Stellen spürten bei der Leipziger Initiative, oder auch bei der Jenenser Gruppe „Esperanza“ (Neubert 1997: 456), deutlich das Hinterfragen und die Provokation des eigenen Systems. Ihr starres Freund-Feind-Bild, die Orientierung an überholten marxistischen Klassentheorien und der permanente Rückgriff auf repressive Methoden ließen keinen Dialog zu Sachfragen zu. Die Arbeit der „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua“ wurde mit wechselnden Mitgliedern bis 1990 fortgesetzt. Zwischen 1984 und 1986 wurden nacheinander sechs Mitglieder der Gruppe gedrängt, in die BRD auszureisen bzw. wurden nach Inhaftierungen als politische Häftlinge abgeschoben. Die Zersetzung und Auflösung der Gruppe konnte nicht erreicht werden, aber einzelne Personen wurden durch die Zersetzungsmethoden bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und persönlichen Integrität gebracht. Vergleichbare Erfahrungen mussten auch andere Friedens-, Menschenrechts-, und Ökologiegruppen machen (Sung-Wan Chai 1999: 169–170). Die verschiedenen Repressionsmethoden sind eine der Ursachen, warum die unabhängigen und sozialetischen Gruppen keine breite Wirkung in der Gesellschaft der DDR entfalten konnten und eng am kirchlichen Milieu blieben. Die persönlichen Gefahren infolge des politischen Engagements waren mitunter sehr groß und stellten eine nicht unerhebliche Hemmschwelle für die Mitarbeit dar.

### **5.2.2 Zur Arbeit weiterer Gruppen und des INKOTA-Arbeitskreises**

Neben den Gruppen, die ein Entwicklungsland<sup>63</sup> oder ein konkretes Projekt als Kern ihrer Arbeit ansahen, bildeten sich ab Mitte der 1980er Jahre einige regionale Gruppen, die allgemein die entwicklungsbezogene Bildungs- und Bewusstseinsarbeit in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellten. Diese Gruppen nutzten vor allem die regionalen Kirchenstrukturen und wollten weniger Projektpartnerschaften fördern als vielmehr informieren und aufklären. Ein Beispiel ist die Gruppe „Brot statt Tod“ aus dem

---

<sup>63</sup> Hinzuweisen ist darauf, dass es zu wichtigen Regionen der Entwicklungszusammenarbeit wie Indien, Westafrika oder Brasilien keine Dritte-Welt-Gruppen gab, da es praktisch aussichtslos war, beständige Kontakte zu Personen oder Projekten zu unterhalten.

ländlichen Kirchenkreis Guben/Oder. Sie beschrieb ihr Selbstverständnis 1987 folgendermaßen:

„Wir verstehen uns als eine unabhängige christliche Gruppe, die innerhalb von Kirche und Gesellschaft der DDR zur Bildung eines Bewusstseins der globalen Zusammenhänge von Ungerechtigkeit und Unterdrückung beitragen will, um damit konkret in der eigenen Situation am weltweiten Kampf für die Verwirklichung einer gerechten, partizipatorischen, friedlichen und lebensfähigen Gesellschaft teilzunehmen. Wir wollen in unseren Gemeinden und in unserer Gesellschaft einen Prozess des ökumenischen Lernens und der ökumenischen Solidarität vor allem mit den Menschen und Völkern der ‚Dritten Welt‘ anregen und unterstützen durch:

- Suche nach Identifikationsmöglichkeiten mit den Armen,
- Verarbeiten von Informationen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen,
- Verbreiten von Informationen und Durchführen von Bewusstseinsbildungsarbeit in der Öffentlichkeit, um andere Menschen für eine Haltung aktiver ökonomischer Solidarität zu motivieren.“ (zit. nach: Döring 1988: 20)

Diese kleine Gruppe von kaum zehn Mitgliedern wirkte bis zur Wende 1989 und fungierte als Multiplikator, indem sie gelegentlich ökumenische Gäste betreute oder für wechselnde Projekte unterschiedlichster Träger Informationen zusammenstellte und Spenden einwarb. Charakteristisch war der Wunsch „mit den Menschen und Völkern der ‚Dritten Welt‘ zu lernen und das Bewusstsein der Menschen wie die Verhältnisse in der Politik ändern zu wollen. Anspruchsvoll waren die gestellten Ziele. Sie zeugten eher von Aufbruchstimmung und Unbefangenheit als von Kenntnis über die reale und vermeintliche Komplexität der globalen Probleme und realistische Lösungsansätze. Im Kontext der staatlichen Solidaritätsbekundungen, die in den 1980er Jahren immer starrer wurden, war das Bemühen – von einem ausformulierten Ansatz kann nicht gesprochen werden – durchaus plausibel, über die eigene Betroffenheit und das Einfühlungsvermögen Lernprozesse zu politischen oder kirchlich-ökumenischen Vorgängen anzuregen.

Auf zwei weitere Entwicklungen in den späten 1980er Jahren soll noch hingewiesen werden. Zum einen: In einigen Städten bildeten sich Themengruppen zum südlichen Afrika. Durch Regierungsabkommen arbeiteten mehrere tausend mosambikanische Werk tätige in Großbetrieben der DDR (Döring 1999a: 230–239; Berger 2004: 512–529). In Kirchengemeinden kam es zu Begegnungen. Aus den Kontakten erwuchs das Interesse und die Beschäftigung mit dem südostafrikanischen Land. Hinzu kam die Anteilnahme am Kampf gegen Apartheid und Rassismus in der Republik Südafrika (Berger 1989). Diese Gruppen verbanden die unmittelbare Unterstützung einzelner Menschen in der DDR mit dem Interesse an anderen Kulturen und

politischen Analysen. Im Herbst 1988 mündete das gemeinsame Wirken verschiedener Dritte-Welt-Gruppen in Berlin in die Gründung eines „Begegnungszentrums für Aus- und Inländer“ mit dem Namen CABANA (kleine Hütte) unter dem Dach der Bartholomäusgemeinde am Friedrichshain (Berger 2004: 513). Schnell folgten Dritte-Welt-Gruppen und Kirchengemeinden in anderen Städten diesem Beispiel, so dass von einer „CABANA-Bewegung“ gesprochen wurde. (Berger 2004: 514) Staatliche Stellen gaben in der Endphase der DDR ihre Verhinderungshaltung gegenüber den „inoffiziellen“ Begegnungen von Ausländern mit Gruppen und Kirchen auf. Diese konkrete Solidarität ergänzte das mühsame Aufrechterhalten der Kommunikationswege zu den Partnern in der „Dritten Welt“. Interkulturelle Begegnungen und erste Schritte interkultureller Bildung lassen sich feststellen, ohne dass diese Begriffe verwendet wurden. Die Akteure sprachen von „Ausländerarbeit“ oder von der „Cabana-Arbeit“.

Bezeichnend für die späten 1980er Jahre wurden „Zwei-Drittel-Welt-Arbeitskreise“ in Folge der Arbeitsteilung in größeren Friedens- oder Umweltgruppen. (Subklew-Jeutner 2002: 217). Diese Gruppen arbeiteten in der Regel politischer als die Länder bezogenen Dritte-Welt-Gruppen und hinterfragten das Gesellschaftssystem der DDR nicht nur mit ihrer Existenz als alternative Gruppe, sondern auch politisch, indem sie klarere Forderungen stellten. So bei den Aktivitäten zur IWF/Weltbanktagung 1988 in West-Berlin:

„Anlässlich der Tagung waren einige hundert Gäste in Ostberlin untergebracht und nahmen den ‚Limousinen-Service‘ in Anspruch. Im INKOTA-Brief wird daraufhin die Regierung der DDR offen kritisiert, die die Jahrestagung mit Hotelbetten, Limousinen und Sicherheitsleitungen unterstützt. Dabei ist sie selbst gar nicht Mitglied von IWF und Weltbank!“ (Olejniczak 1999: 225)

Die thematische Troika Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie bestimmte vor allem die Diskussionen der eher kirchlich orientierten alternativen Gruppen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre (vgl.: Kap. 5.2). Dieser ökumenische Prozess reagierte unter den spezifischen Bedingungen der DDR auf globale Herausforderungen und auf Emanzipations- und Modernisierungsdefizite im eigenen Land.

An entwicklungspolitischen Fragen interessierte Personen und Zusammenschlüsse signalisierten steigendes Interesse an Unterstützung, Koordination und Vernetzung. Damit wuchsen die Anforderungen an den INKOTA-Arbeitskreis, der auch in den 1980er Jahren für die meisten unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen eine kleine



Dachorganisation und Serviceeinheit war. Der bis Anfang der 1980er Jahre weitgehend ehrenamtlich arbeitende Zusammenschluss konnte nach und nach seine Arbeit stabilisieren. 1981 kam es zur Einrichtung eines kleinen Büros mit einer teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterin im Gebäude des BEK in Berlin. Der Arbeitskreis wurde aber nicht Teil der Struktur des BEK und nicht von ihm finanziert.<sup>64</sup> Er blieb formal selbstständig und ohne unmittelbare juristische Einordnung. Allerdings erfolgte über die Arbeitsverträge der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters, die der BEK stellvertretend für den nichtanstellungsfähigen INKOTA-Arbeitskreis abschloss, eine lockere institutionelle Anbindung. Die Bezeichnung „INKOTA-Arbeitskreis beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ brachte gleichermaßen den notwendigen Schutz nach außen (gegenüber dem Staat) wie die gewünschte Selbständigkeit nach innen (gegenüber den Gruppen) zum Ausdruck. Bei den Gruppen und Kirchen wurde die Arbeit des INKOTA-Arbeitskreises als zumeist christlich motiviert mit Offenheit für andere Überzeugungen wahrgenommen.

Das gestiegene Interesse in den 1980er Jahren dokumentiert auch der INKOTA-Brief. Mitte der 1980er Jahre wurden 800 Exemplare versandt und 1989 fast 1 000. Die thematischen Schwerpunkte der Hefte legte bis 1984 der ehrenamtliche Koordinierungskreis fest. Danach wurde neben dem Koordinierungskreis ein ehrenamtlicher Redaktionskreis gebildet. Mitunter gingen den Themenschwerpunkten der „Briefe“ Tagungen voraus. Die Themenfindung muss als unsystematisch, wenn auch nicht zufällig beschrieben werden. Die Themen der Tagungen wie die des Rundbriefes sind Hinweise auf die Interessenlage der Dritte-Welt-Gruppen und spiegeln das Bemühen um Selbstbildung und die Herstellung eher bescheidener Hilfsmittel für die Bildungsarbeit wider. Folgende thematischen Schwerpunkte lassen sich für die 1980er Jahre feststellen:<sup>65</sup>

- Thesen zur Theologie der Befreiung (1980),
- Aufbruch im Islam – Fluch oder Krisenbewältigung? (1980),
- Hintergrund zum Besuch Papst Johannes Paul II. in Brasilien und Aufruf von Ernesto Cardenal: „Ich erbitte Hilfe für die Revolution“ (1980),
- Einführung in den Bericht der Nord-Süd-Kommission (1981),

---

<sup>64</sup> Die Finanzierung erfolgte ausschließlich über Spenden aus den Gruppen und Gemeinden. 1987 waren Mitarbeiter mit einem Stellenumfang von 1,5 „Vollbeschäftigteneinheiten“ angestellt. Nur in der Anfangsphase zwischen 1972 und 1978 zahlte Brot für die Welt (Ost) einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 5 000 Mark der DDR.

<sup>65</sup> Nicht jedem INKOTA-Brief kann ein „Schwerpunktthema“ zugeordnet werden. Mitunter waren es nur geheftete Blattsammlungen mit kurzen Beiträgen und Meldungen. Die hier aufgeführten Themen geben nicht die gesamte Anzahl der produzierten Hefte pro Jahr wieder. (vgl.: Döring 2004)

- Zum unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Entwicklungshilfe und sozialistischer Hilfe für Entwicklungsländer (1981),
- Bericht aus der DDR-Delegation zur UN-Dekade für Entwicklung (1981),
- Theologische und religiöse Bildung zur Teilnahme der Kirchen an der Entwicklung (1982)
  
- Entwicklung – ein neuer Name für Abhängigkeit? (1982),
- Kein Frieden ohne Gerechtigkeit, Bericht von der IV. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Vancouver (1983),
- Unterernährung ist unsichtbar (1984),
- Rüstung und Entwicklung (1984),
- Zu Problemen der Agrargestaltung in Tansania (1984),
- Alternative Entwicklungsmodelle (1985),
- Verzichterklärung – Fragen zum Lebensstil (1985),
- Kirche in Solidarität mit den Armen (1986),
- Denkbare Inhalte des konziliaren Prozesses (1987),
- Bericht von der ersten Solidaritätsbrigade nach Nicaragua (1988, Gesamtauflage 4 500),
- Verschuldung: „Es geht nicht um Millionen von Dollar, sondern um Millionen von Menschen“ (1988),
- Berichte von zwei Entwicklungshelfern aus Kirchen der DDR in Tansania und Kambodscha (1988),
- Frauen und Entwicklung (1989),
- Offene Briefe zur Praxis der Solidarität und entwicklungspolitischen Arbeit in der DDR (1989).

Eine Zusammenfassung der in den INKOTA-Briefen wiedergegebenen Beiträge unter thematischen Gesichtspunkten ergibt folgende Übersicht:<sup>66</sup>

Tabelle 1: Übersicht thematischer Textbeiträge 1972–1990.

| <b>Schwerpunkte im INKOTA- Brief 1972–1989</b>   | <b>Anzahl d. Beiträge</b> |
|--|---------------------------|
| Entwicklungspolitische und internationale Fragen | 22                        |
| Theologie und ethische Fragen                    | 12                        |
| Methodik   | 8                         |
| Afrika   | 8                         |
| Asien  | 3                         |
| Lateinamerika                                    | 13                        |

<sup>66</sup> Für die beiden folgenden Zusammenfassungen wurden die Ausgaben der INKOTA-Briefe der Jahre 1972–1989 ausgewertet, um die Dokumentenlage zu verbreitern. Berücksichtigt wurden Beiträge, die in der Regel mehr als zwei Seiten umfassten.

Die chronologische Verteilung der Themenschwerpunkte bildet die folgende Zusammenstellung ab:

- 1972–1974 Chile-Solidarität
- 1972–1975 Fragen zur Entwicklungspolitik und zur Bildungs- und Bewusstseinsarbeit
- 1974–1981 Theologie der Befreiung, Schwerpunkt Brasilien
- 1975–1982 verhältnismäßig häufigere Wiedergaben von Dokumenten der Vereinten Nationen und der Entwicklungsländerwissenschaften der DDR
- 1983–1987 Nicaragua-Solidarität
- 1986–1990 Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung

Die Themen des INKOTA-Briefes können nur eingeschränkt als repräsentativ für das inhaltliche Interesse der mit dem INKOTA-Arbeitskreis zusammenarbeitenden Dritte-Welt-Gruppen und entwicklungspolitischen Aktivisten angesehen werden. Bezüge zu Themenschwerpunkten, wie sie in der ökumenischen Bewegung und der westdeutschen Entwicklungszusammenarbeit bzw. Solidaritätsbewegung in bestimmten Zeitabschnitten auch anzutreffen waren, lassen sich feststellen. So gibt es zeitliche Korrelationen bei Texten zur Chile- und Nicaragua-Solidarität, bei der Rezeption der Theologie der Befreiung oder dem konziliaren Prozess zum Ende der 1980er Jahre. Texte aus Westdeutschland oder von der Genfer Ökumene wurden regelmäßig vielfältig und den Gruppen zugänglich gemacht.

In den 1980er Jahren stieg die Anzahl eigenständiger Beiträge von Gruppenmitgliedern oder in der Autorenschaft von Gruppen. Gründe dafür sind ein stärkeres Selbstbewusstsein der Gruppen und Engagierten, das Bestreben als Dritte-Welt-Gruppen miteinander kommunizieren und sich vernetzen zu wollen, sowie gewachsene fachliche Kompetenzen. Diese Kompetenz resultierte unter anderem aus teilweise kontinuierlicher sich gestaltenden Projektkontakten in der „Dritten Welt“, der Durchführung überregionaler Bildungsveranstaltungen, wie „Tagen zur Zwei-Drittel-Welt“, Friedensdekaden bzw. der mehr oder weniger regelmäßigen Mitarbeit an Friedensgebeten oder dem Austausch mit ausländischen Gästen. Den Kompetenzerwerb förderten wiederum die gewachsenen politischen Widersprüche in der DDR und der Wunsch sich unzensiert zu artikulieren wie auch die verstärkte Rezeption der Inhalte und Aktionsformen der westdeutschen Solidaritätsbewegung, zum Beispiel im Umfeld

der IWF/Weltbanktagung 1988 in Berlin/West (Olejniczak 1999: 225). Beides sind Anzeichen der gestiegenen Politisierung in den 1980er Jahren.

Als signifikant kann das Bemühen bezeichnet werden, Beiträge aus der entwicklungspolitischen Diskussion wie aus dem Umfeld der politischen Solidaritätsbewegungen gleichrangig zu berücksichtigen. Darin wirken unter anderem noch Impulse aus der Gründung des INKOTA-Arbeitskreises der frühen 1970er Jahre (z. B. der entwicklungspolitische Ansatz von Prof. Erich Hoffmann) nach und es zeigt sich die Bedeutung der politischen Ländersolidarität, z.B. zum südlichen Afrika in den 1980er Jahren. Der Kampf gegen Armut, Unterdrückung und Ungerechtigkeit im kleinen Umfeld der nichtstaatlichen bzw. unabhängigen Arbeit verband die Akteure und ließ gelegentlich auftretende inhaltliche Unterschiede zurücktreten. Eine starke Differenzierung in politische oder ideologische Schulen, wie sie für Westdeutschland festgestellt wurden (Balsen/Rössel 1986), gab es kaum und erschien vielen Engagierten im INKOTA-Spektrum auch wenig sinnvoll<sup>67</sup>. Richtungsstreite wurden selten offen ausgetragen. Zudem erschwerte die geringe Anzahl der Akteure in der „Dritte-Welt-Szene“ der DDR eine Ausdifferenzierung. Die Zusammenkünfte und Tagungen der Gruppen dienten vielmehr der Ermutigung zum Engagement, zu praktischen Hilfestellungen sowie der Vermittlung schwer zugänglicher Informationen. Mitunter wurde von verbreiteter Vereinzelung der Engagierten in den Regionen berichtet (INKOTA-Brief: Heft 57: Juli 1987).

Statements zu politischen Themen in der DDR (weder pro noch ausgesprochen kontra) finden sich unter den Texten im INKOTA-Brief bis 1987 – dem Beginn des konziliaren Prozesses (vgl.: Kap. 6.3) – nicht, wenn man die subversiven Wirkungen bestimmter Texte zum Beispiel aus dem befreiungstheologischen oder westlichen entwicklungspolitischen Zusammenhang in die Betrachtung nicht mit einbezieht. Das Bemühen um und die Akzeptanz der eigenen Selbständigkeit war ausgeprägter als das Formulieren von Dissens und Dissidenz. Zudem enthielt die eigenständige selbst organisierte Arbeit gegenüber dem kontrollsüchtigen Staat eine grundsätzliche

---

<sup>67</sup> Die Dritte-Welt-Gruppen im Umfeld des INKOTA-Arbeitskreises stellten einen signifikanten Teil nichtstaatlichen „Dritte-Welt-Engagements“ in der DDR dar. Es gab aber weitere Aktivitäten und Organisationsformen, die zur Differenzierung der „Dritte-Welt-Szene“ beitrugen. Z. B. Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Ökumenischer Jugenddienst (ÖJD) oder die Gossner Mission, die sich stärker an der Politik von SED und DDR orientierten. Hinzuweisen ist auch auf die entwicklungspolitische Arbeit des BEK, die sich vor allem in Publikationen niederschlug (vgl.: Döring 2004: 9–17). Zusammenfassende Studien mit statistischen Angaben liegen nicht vor.

politische Aussage. Opposition wurde aber in der „Dritte-Welt-Arbeit“ nur selten geäußert. Zudem bestand eine Abhängigkeit gegenüber staatlichen Stellen bei Materialsendungen nach Lateinamerika oder Afrika. Ein menschlicher bzw. sich immer wieder verbessernder und liberaler Sozialismus kann – auch in der Erinnerung des Autors – als politische Vorstellungen der Mehrheit im INKOTA-Umfeld engagierten Personen angenommen werden.

An Hand der Themen des INKOTA-Briefes und ihrer zeitlichen Abfolge lassen sich einige Korrelationen der Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR zur entwicklungsbezogenen und solidarischen Arbeit in der BRD feststellen. So werden in der Studie zur „Geschichte der entwicklungspolitischen Bildung“ von Annette Scheunpflug und Klaus Seitz quantitative „Sprünge“ für die BRD herausgearbeitet (Scheunpflug/Seitz 1995: 36, 64, 168), die in ähnlicher, wenn auch abgeschwächter Form ebenfalls in der DDR festgestellt werden können, zum Beispiel der Aufbruch des Interesses um 1968 bzw. in den frühen Jahren der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Mit Scheunpflug/Seitz, die sich unter anderem auf umfangreiche Auswertungen der Fachpublizistik, von entwicklungspolitischen Förderanträgen oder der Statistik hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter<sup>68</sup> stützten konnten, kann auch für die unabhängige „Dritte-Welt-Arbeit“ in der DDR festgestellt werden:

„Eine wichtige Vorreiterrolle für die neue Quantität wie Qualität der pädagogischen Auseinandersetzung mit der Nord-Süd-Problematik kam dabei der Studentenbewegung zu, deren gesellschaftskritische Impulse und internationalistische Horizonte von der am Ende der 60er Jahre sich konstituierenden Dritte-Welt-Aktionsgruppen-Bewegung fortgeführt wurde. ... Bei den Kirchen markieren die päpstliche Enzyklika „Populorum Progression“ 1967 und die ökumenische Versammlung Uppsala 1968 die weltkirchlichen Dokumente, die zum Bezugspunkt einer intensiven, auch amtskirchlichen, Auseinandersetzung mit Entwicklungsfragen in Deutschland wurde.“ (Scheunpflug/Seitz 1995: 145)

Weitere von Scheunpflug und Seitz festgestellte Tendenzen, wie ein Höhepunkt bei Publikationen in der BRD zwischen 1976–1979 (Seitz 1993: 47) lassen sich bei der substantiell viel schwächeren statistischen Basis des INKOTA-Briefes, die

---

<sup>68</sup>In den Kirchen der DDR waren 1988 nur 12–15 Personen hauptamtlich für entwicklungspolitische Projekt- und Bildungsarbeit angestellt, einschl. der Missionswerke, BEK und INKOTA. Für die Kirchen der BRD wurden 1991 ca. 300 hauptamtliche MitarbeiterInnen in diesem Segment gezählt. (Grewé 1992: 25)

einen Vergleich eigentlich nicht erlaubt, beobachten. So erscheinen in diesem Abschnitt signifikant mehr Ausgaben des INKOTA-Briefes als in der Zeit zuvor. (Döring 2004: 27). Einige Parallelen zwischen West- und Ostdeutschland lassen sich auch in den 1980er Jahren beobachten. In beiden deutschen Staaten kam es zwischen 1982 und 1985 auf Grund der erstarkenden Friedensbewegung bzw. der sich neu gründenden Friedensgruppen zu einer Stagnation bzw. zu einem leichten Rückgang der Aktivitäten. Und ab 1985 kam es zu einem erneuten Anwachsen unter anderem wegen der sich verringernden Mobilisierungskraft der Friedensthematik und zu einer Institutionalisierung der „Dritte-Welt-Arbeit“ Ende der 1980er Jahre. So stieg ab Mitte der 1980er Jahre die Zahl der Bezieher des INKOTA-Briefes und erstmals konnten drei Regionaltreffen in Dresden, Erfurt, Potsdam (INKOTA-Brief: Heft 53, III/1985) durchgeführt werden. Neben dem Berliner Büro wurde in Thüringen ein Regionalmitarbeiter angestellt.

Diese wenigen Bezüge weisen auf verwandte sozioethische und politische Milieus in beiden Staaten hin, die versuchten, auf globale Herausforderungen in ihrem jeweiligen Kontext zu reagieren. Daneben muss auf die verschiedenen gesellschaftlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in der DDR und der BRD (Beteiligungs-, Bürger- und Freiheitsrechte, Partizipationsmöglichkeiten), auf erhebliche Differenzen in der Modernisierung bzw. den Modernisierungszielen von Produktion und Gesellschaft und den unterschiedlichen Funktionen der Entwicklungszusammenarbeit bzw. der Solidarität hingewiesen werden. Hinzu kommen als zu berücksichtigende Punkte die Unterschiede in den Ausstattungen entwicklungsbezogener Bildung oder die verschiedenen Funktionen von alternativen und oppositionellen Bewegungen bzw. der Kirchen in beiden Gesellschaften. Trotz der Unterschiede können einige korrelative bzw. gemeinsame „Konjunkturen“ bzw. zeitlich abgrenzbare thematische Schwerpunkte bei der Beschäftigung mit „Dritte-Welt-Themen“ ausgemacht werden (Chile- und Nicaragua-Solidarität 1972–1974 bzw. 1982–1986; Fragen zur entwicklungsbezogenen Bildung 1972–1975; oder das kirchliche Spektrum des konziliaren Prozesses 1986–1990).

Neben den parallelen Themenüberschneidungen zur westdeutschen Solidaritätsbewegung weist die entwicklungsbezogene Bildung der Dritte-Welt-Gruppen im Spektrum des INKOTA-Arbeitskreises kontinuierliche Bezüge zur evangelischen Er-

wachsenbildung in der DDR auf. So wurden zwischen 1971 und 1984 regelmäßig Tagungen gemeinsam mit der Evangelischen Akademie in Berlin/Ost durchgeführt. Zur Kommunikation auf den Tagungen kam der Austausch über die vervielfältigten, offiziell nur geduldeten Druckerzeugnisse hinzu. Die INKOTA-Briefe bzw. Periodika einzelner Gruppen<sup>69</sup> waren – wie die entwicklungspolitische Schrift des BEK: „Kirche in Solidarität mit den Armen“ oder die Publikationen des Facharbeitskreises „Ökumenische Diakonie“ (Döring 2004: 9–11) – für die Gemeinde- und Erwachsenenarbeit konzipiert und um Hintergrundinformationen sowie methodische Hinweise bemüht. Die von Rothe für die evangelischen Erwachsenenbildung vorgenommene Feststellung kann im Grundsatz auch auf die Arbeit der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen angewandt werden:

„Die gruppen- und gemeindeorientierte evangelische Bildungspraxis schuf im innerkirchlichen Halbsamisdat eine gesellschaftlich relevante Ersatzöffentlichkeit. Auf ihren etwas anderen Blättern – Schreibmaschinendurchschrift oder Wachsmatritzenabzüge – fand sich der Niederschlag intensiver erwachsenen-bildnerischer Bemühungen in den Praxisfeldern kirchlicher Arbeit, welche unter staatssozialistischen Diktaturbedingungen außerhalb der offiziellen repräsentativen Öffentlichkeit häufig konkurrenzlos wirksam waren und die Kompetenzen für den gesellschaftlichen Umbruch vorbereiteten.“ (Rothe 2000: 356)

Mit „Ersatzöffentlichkeit“ als einer Form der Gegenöffentlichkeit und „Kompetenz“ als Ziel bzw. Ergebnis von Bildungsarbeit in und durch Gruppen sind hier Stichworte genannt, die wiederum auch für die politische Solidaritätsbewegung der BRD relevant waren (Ramminger/Weckel 1997: 114). Diese doppelte Relevanz ist in einer an Emanzipation und Herrschaftskritik orientierten Bildungsarbeit begründet, die in Ost- und Westdeutschland anzutreffen war, in Ostdeutschland vor allem mit Unterstützung der Kirchen.

Die Mitglieder der Dritte-Welt-Gruppen in Ost und West erlebten sich als Minderheiten in verschiedenen strukturierten Machtverhältnissen bzw. unterschiedlich herrschenden Mehrheiten. Diese Erfahrungen förderten die grenzüberschreitende Kommunikation und unterstützten den Austausch zu herrschaftskritischen Ansätzen und

---

<sup>69</sup> Stellvertretend für den bisher nicht erfassten Samisdats der Dritte-Welt-Gruppen in der DDR sollen hier die sporadischen Publikationen: „Einblicke“ der Nicaraguagruppe Berlin und die „IHN-Post“ der Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua Leipzig genannt werden.

Methoden, wie sie in der politischen Bildung und ökumenischen Arbeit angeregt und praktiziert wurden. Es wird davon ausgegangen, dass fast jede unabhängige Dritte-Welt-Gruppe ein oder mehrere kontinuierliche Kontakte zu Dritte-Welt-Engagierten in Westdeutschland unterhielt. Ein methodisch differenzierter Vergleich der zivilgesellschaftlichen Dritte-Welt-Arbeit in der BRD und der DDR nach Arbeitsformen, sozialer Herkunft und Motivation von Akteuren, Ausstattung der Träger oder Codierungen und Konnotationen von Termini könnten weitere Aussagen über Spezifika der jeweiligen Dritte-Welt-Szene aber auch über die Systemrelevanz dieses Spezialfeldes der politischen Bildungsarbeit in den jeweiligen Systemen generieren<sup>70</sup>. Claudia Olejniczak (1999) hat derartige Untersuchungen in ihrer vergleichenden Studie nicht vorgenommen.

### **5.3 Zur intermediären Funktion des INKOTA-Arbeitskreises**

Mit dem steigenden Problemdruck in der DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wuchs die Zahl der unabhängigen Umwelt-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen (Neubert 1997: 617–644; Choi 1999: 73–116). Die absoluten Zahlen der Gruppenmitglieder blieben weiterhin sehr gering. Die Gruppen nutzten jedoch verstärkt die Möglichkeiten der Kirchen (Pollack 1994: 297–313) und die Kirchen gingen stärker auf die Gruppen zu (Choi 1999: 132–143; Haspel 1997: 216–224). Die Gruppen – ausdrücklich auch die Gruppen am Rande der Kirchen – wurden als „Sozialgestalt des Bekennens“, „Probiergemeinschaften“ und „Arbeitshypothese mit Hoffnungsaussage“ gewertet (Falcke 1985: 41). Dem Geschehen in den Gruppen brachte allmählich die Öffentlichkeit eine größere Aufmerksamkeit entgegen.

Der INKOTA-Arbeitskreis wandelte sich in den 1980er Jahren zu einem Netzwerk von Basisgruppen und Einzelengagierten im Dritte-Welt-Bereich.<sup>71</sup> Die Struktur hatte sich ab 1985 differenziert (DDR-weites Büro, Regionalstruktur, höheres Spendenaufkommen) und der Umfang der Arbeit war gewachsen. Die Bezeichnung „Arbeitskreis“ spiegelte die vielfältigen Tätigkeiten und Funktionen nicht mehr ausreichend wider. Ein arbeitsfähiges Dritte-Welt-Netzwerk stellt aber keine Dritte-Welt-

---

<sup>70</sup> Von Interesse wäre z.B. eine Befragung von TeilnehmerInnen an Begegnungen der West- und Ost-Solidaritätsszene über ihre gegenseitigen Wahrnehmungen, Verständigungsmöglichkeiten, über politische Sachverhalte oder Kommunikationserfahrungen bei den Treffen.

<sup>71</sup> Bei der juristischen Vereinsgründung am 1. April 1990 wurde per Satzung der Name „INKOTA-Netzwerk e. V.“ festgelegt.



Bewegung im Sinne einer Neuen Sozialen Bewegung (NSB) dar, wie sie in der BRD anzutreffen war und ist (Roth/Rucht 1991; Rucht 1994; 1997). Claudia Olejniczak (1999) lehnt in ihrer Studie die Bezeichnung NSB für die Dritte-Welt-Aktivitäten in der DDR ab und folgt darin Dieter Rucht. Sie spricht im Vergleich zur BRD von „halbautonomen und nicht offenen Bewegungen“ in der DDR (Olejniczak 1999: 31). In dieser Arbeit wird ebenfalls nicht von einer Dritte-Welt-Bewegung in der DDR gesprochen, auch wenn dem Autor wichtig ist zu unterstreichen, dass die unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen Teil der europäischen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung waren.

Es gibt mehrere Charakteristika der NSB, die auf die Dritte-Welt-Gruppen in der DDR zutreffen. Aber es gibt auch Merkmale, die auf die ostdeutschen Aktivitäten nicht angewandt werden können. Diese betreffen vor allem die Partizipationsmöglichkeiten in der eigenen Gesellschaft. Die NSB zeichnet ein kritisches Verhältnis zu Modernisierungsprozessen in industriellen oder postindustriellen Gesellschaften aus. Sie vertreten zumeist ein egalitär-demokratisches Gesellschaftsmodell und stehen einer weitreichenden funktionalen Ausdifferenzierung mit negativen Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger kritisch gegenüber. Wichtige Kennzeichen sind auch dezentrale Strukturen und eine hohe Autonomie der Beteiligten. Zudem besteht meist eine enge Bindung an bildungsbürgerliche Bevölkerungsgruppen und zur neuen wertorientierten Mittelschicht. Diese Kennzeichen treffen auf viele Dritte-Welt-Gruppen und ihre Mitglieder in der DDR zu (vgl.: Fingerle 2001: 171, nach Rucht). Zwei weitere Merkmale müssen aber noch für die NSB herangezogen werden. Die NSB sollte zum einen die Fähigkeit zur Mobilisierung größerer Teile der Bevölkerung besitzen. Zum anderen sind sie durch die Fähigkeit gekennzeichnet, die Öffentlichkeit mit systemimmanenten Mitteln zu beeinflussen. Für die BRD sind das vor allem elementare demokratische Bürger- und Partizipationsrechte (wie Meinungs-, Vereinigungs-, Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit), mit deren Hilfe sie auf Prozesse und Institutionen einwirken und damit gegebenenfalls unter öffentlichem Druck Korrekturen fordern oder Veränderungen erreichen können. Die zuletzt genannten Merkmale treffen bis Mitte 1988 nicht für die DDR und damit auch nicht für die unabhängigen Gruppen und die Dritte-Welt-Arbeit zu.

Olejniczak kann damit zugestimmt werden: „Angesichts massiver politischer Überwachung und Repression konnten sich zunächst keine massenhaft kritischen oder gar

fundamentaloppositionelle Bewegungen etablieren“ (1999: 31). Anders als in der BRD mussten in der DDR erst diese elementaren Rechte erkämpft bzw. die staatliche Ordnung so verunsichert werden, dass die repressiven Mechanismen nicht mehr wirksam sein konnten.<sup>72</sup>

Somit kann für die DDR gesagt werden, dass, wenn es auch keine Dritte-Welt-Bewegung im genannten Sinne gab, es doch „Dritte-Welt-Bewegte“ Menschen gab. Die Unterscheidung zwischen Bewegung und Bewegten scheint ohne große Aussagekraft zu sein. Sie hebt aber mit Hilfe definitorischer Merkmale gewichtige Unterschiede in den Arbeits- und Aktionsmöglichkeiten der sozialen Bewegungen West bzw. unabhängigen Gruppen Ost oder dem Dritte-Welt-Engagement in der BRD und der DDR hervor. Sie resultierten vor allem aus dem repressiven ordnungspolitischen Rahmen der DDR und den damit fehlenden Partizipationsmöglichkeiten, einschließlich der Reisefreiheit.

Das INKOTA-Netzwerk mit seinem Büro konnte und wollte keine Bewegungszentrale sein, auch wenn es Aufgaben derartiger Zentralen wahrnahm. Darum wird hier vorgeschlagen, das INKOTA-Netzwerk als eine Einrichtung zu beschreiben, die intermediäre Funktionen durch einen basisdemokratisch gewählten Koordinierungskreis und das Koordinierungsbüro wahrnahm. In den letzten Jahren wurde immer häufiger der Begriff der intermediären Institution bzw. der intermediären Strukturen zur Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse herangezogen (Pollack 1997: 369–372; Luckmann 1998: 34–46; Fingerle 2001: 176–201). Der Begriff der intermediären Strukturen kommt vorwiegend im politisch-soziologischen Kontext parlamentarischer Demokratien zur Anwendung. Intermediäre Strukturen charakterisierten die zwischen der politisch interessierten Bevölkerung auf der einen und dem eigentlichen Regierungssystem auf der anderen Seite zwischengeschalteten Organisationsformen. Intermediäre Strukturen vermittelten zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politik in den verschiedenen Ebenen.<sup>73</sup> Intermediär leitet sich aus dem Lateinischen ab und bedeutet „dazwischen liegen“. Meist wird es auch mit vermitteln übersetzt. Daher wird

---

<sup>72</sup> Die Bürgerbewegung der DDR trat erst ab 1987/1988 an eine breitere Öffentlichkeit und wurde erst mit der Öffnung der Grenze nach Österreich durch die Volksrepublik Ungarn im Sommer 1989 zu einem unmittelbaren politischen Faktor.

<sup>73</sup> Vgl.: [http://de.wikipedia.org/wiki/Intermedi%C3%A4res\\_System](http://de.wikipedia.org/wiki/Intermedi%C3%A4res_System), am 20. 09.2006.

hier vorgeschlagen, zur genaueren Charakterisierung der Arbeit des INKOTA-Netzwerkes von der Wahrnehmung intermediärer Funktionen zu sprechen.

Obwohl der zentralistische Staatsaufbau der DDR keinen offiziellen Platz für intermediäre Organisationen vorsah, gab es doch einen entsprechenden Bedarf an diesen Funktionen. Diese Aufgabe nahm die evangelische Kirche wahr.

„Die Kirche stand auf der Bruchlinie zwischen den offiziellen und den inoffiziellen Teilen der Gesellschaft und war daher mehr als andere Institutionen in der Lage, zwischen den divergierenden Interessen der offiziellen und inoffiziellen Seite zu vermitteln. Insofern nahm sie gesellschaftsstabilisierende Funktionen wahr.“ (Pollack 1974, 372)

Gesellschaftsstabilisierende Funktionen und Vermittlungsinstanzen sind ein bewährtes Feld für Kirchen. Gleichzeitig resultieren daraus Konflikte (zum Beispiel zwischen den unabhängigen Gruppen und der Kirche), wenn zwischen den zu Vermittelnden zu große Interessendivergenzen keine Verbesserung beider Seiten zulassen. Zum Wesen der Ausübung intermediärer Funktionen gehört eine Tendenz zu Kompromiss und zur Harmonisierung.

Auf unterer Ebene wirkte das INKOTA-Netzwerk – auf die Dritte-Welt-Szene begrenzt – intermediär. Das Netzwerk nahm vermittelnde Funktionen im Auftrag der mitarbeitenden Gruppen an, zu denen im weitesten Sinne Dienstleistungen zu rechnen waren. Es suchte sich aber auch auf Grund seiner christlichen Orientierung und der moderaten Gründungsimpulse von 1971, sowie der Einflüsse des BEK und des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, die sich auch als intermediäre Institutionen verstanden, diese Aufgaben. Vermittelt wurde durch das INKOTA-Netzwerk vielfältig. Es wurde versucht, vertikal und horizontal zu vermitteln. Zwischen den unterschiedlichen Themen- und Ländergruppen und hin zu den informellen Gruppen in der Friedens- und Umweltsarbeit. Vermittelt wurde auch zwischen den Gruppen und den Kirchen beziehungsweise dem BEK. Vermittelt wurde zwischen „innen und außen“, zur weltweiten Ökumene wie zu westdeutschen Solidaritätsgruppen oder wenn möglich zu Projektpartnern in Afrika, Asien oder Lateinamerika. So konnten westliche Informationsquellen und Publikationen bereitgestellt werden.<sup>74</sup> Auch konnte wenigen Vertre-

---

<sup>74</sup> So wurde ab 1988 durch das INKOTA-Büro an ca. 100 ostdeutsche Abonnenten die entwicklungspolitische Zeitschrift „Der Überblick“, Hamburg kostenlos versandt.

terinnen und Vertretern der Dritte-Welt-Szene mit Hilfe kirchlicher Dienstreisen ein Arbeitsaufenthalt in einem so genannten Entwicklungsland oder in Westeuropa ermöglicht werden. Vermittelt wurde aber auch von „oben nach unten“, indem Materialien aus Kirchengremien verteilt oder Beurteilungen von Kirchen leitenden Gremien „nach unten“ weitergegeben wurden. Hinzu kamen koordinierende Aufgaben im konziliaren Prozess oder die Mitarbeit in anderen DDR-weiten Zusammenschlüssen der alternativen Gruppen wie „Frieden konkret“ (Neubert 1997: 622).

Intermediäre Funktionen wurden aber auch gegenüber dem Staat wahrgenommen, indem Spendenmittel aus Gemeinden oder Gruppen für konkrete Projekte an das staatliche Solidaritätskomitee übergeben und versucht wurde, Informationen über die Verwendung der Mittel einzuholen und an die Spender weiterzugeben. Vermittlung ereignete sich auch, wenn für Gruppen Materiallieferungen mit Containern ausgehandelt wurden, für die staatliche Genehmigungen notwendig waren. Die intermediären Funktionen verbunden mit der Notwendigkeit, Positionen eher auszugleichen als zu betonen, förderten einen pragmatischen und ausgleichenden Arbeitsstil und hemmten die Bereitschaft zu Widerspruch oder gar Opposition. Das konnte sich mitunter auf die Auswahl der Themen in der Bildungsarbeit oder bei politischen Verlautbarungen auswirken. Auch wegen der Wahrnehmung intermediärer Funktionen ist in der INKOTA-Arbeit nur wenig direkte Kritik an dem politischen System der DDR zu finden, wie es für die NSB und die Bürgerrechtsbewegung notwendig und typisch war.

Es wurde noch in den ersten Monaten nach dem Mauerfall 1989 von vielen Dritte-Welt-Engagierten eher auf eine „Reform-DDR“ und einen „verbesserlichen Sozialismus“ gehofft als nach Westdeutschland geschaut. „Der Westen“ übte auf die Engagierten durchaus Faszination aber nur wenig Überzeugungskraft aus. Die Praktiken der marktbeherrschenden Unternehmen bzw. die Verflechtungen der westlichen Industriestaaten in die Weltwirtschaft wurden von der Mehrzahl der Dritte-Welt-Aktivist\*innen nicht als zukunftsfähiges Modell angesehen. Rothe ist darum zuzustimmen, wenn er über das INKOTA-Netzwerk und die Dritte-Welt-Gruppen resümiert: „Im Unterschied zu den Friedens- und Ökologiegruppen waren sie weniger regimekritisch eingestellt und stimmten auch mit amtskirchlichen Intensionen weitgehend überein.“ (2002: 330).

So verabschiedeten die Teilnehmer der zentralen INKOTA-Tagung erst Ende Oktober 1989 und damit später als andere Zusammenschlüsse unabhängiger Gruppen einen offenen Brief „Zur Praxis der Solidaritäts- und entwicklungspolitischen Arbeit staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen und Gremien in der DDR“. Der Brief beinhaltete drei Schwerpunkte:

Transparenz über die Entwicklungs- und Solidaritätspolitik der DDR; Anerkennung der Arbeit der unabhängigen Gruppen in ihrer Eigenständigkeit sowie gleiche Bedingungen und Rechte wie staatliche Einrichtungen (z.B. bei Arbeitsaufenthalten); Zugang zu allen notwendigen Informationen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Gruppen durch die Gründung von Dritte-Welt-Bibliotheken und Kommunikationszentren (EPD-Entwicklungspolitik 1990: 73).

Mit der Forderung nach der Gründung von Dritte-Welt-Bibliotheken und Kommunikationszentren wurde der Stellenwert der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit und Aufklärung unterstrichen. Gleichzeitig zeichnete sich schon vor dem Fall der Berliner Mauer ab, dass das symbiotische Verhältnis der Gruppen zur Kirche als Schutzraum unter den erwarteten neuen politischen und rechtlichen Verhältnissen nicht mehr in der bisherigen Form nötig war und in Frage gestellt wurde. Außerdem wurde ein Brief an die „basisdemokratischen Reformgruppen, die in der DDR im Entstehen sind“ verabschiedet. Darin wurden politische Ziele aus entwicklungspolitischer Sicht formuliert. Das Spektrum reichte „von der gemeinsamen Zukunft und Sicherheit aller Bewohner der Erde“ über „eine Marktorientierung, die nicht zu Lasten der am wenigsten entwickelten Länder geht“ bis zur entwicklungspolitischen Verträglichkeitsprüfung von Produkten. 23 Zwei-Drittel-Welt-Gruppen unterzeichneten diese Forderungen (EPD-Entwicklungspolitik 1990: 74f; Döring 2000a: 23f). Bei Recherchen stellte Ossig fest, dass die Mehrzahl der Parteien und Wahlbündnisse in den außen- oder entwicklungspolitischen Teilen ihrer Programme zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 Formulierungen aufgenommen hatten, die den entwicklungspolitischen Forderungen aus dem oben genannten Brief der Gruppen sehr nahe kamen (EPD 1990: 111–113). An dem Wahlausgang hatten diese Ähnlichkeiten wohl wenig Einfluss. Jedenfalls gelangten die den unabhängigen Gruppen nahe stehenden Gruppen nicht in die Regierung.

Immerhin konnten für den kurzen Zeitabschnitt zwischen Dezember 1989 und März bzw. Sommer 1990 die in der unabhängigen Arbeit erworbenen kommunikativen Fähigkeiten und programmatischen Vorstellungen an Runden Tischen eingebracht werden. Dabei ist nicht nur an den Zentralen Runden Tisch der DDR zwischen dem 7. Dezember 1989 und dem 18. März 1990 zu denken. An den vielen hundert Runden Tischen in fast jeder Stadt und jedem Landkreis, in vielen Universitäten und Einrichtungen nahmen engagierte Bürgerinnen und Bürger, oft aus unabhängigen Gruppen – einschließlich der Dritte-Welt-Gruppen – zivile Verantwortung wahr (Thaysen 2000: X; Fischer 1999: 65–81). Die Runden Tische der ersten Stunden wurden entscheidend mit geprägt von den antizipativen Entwürfen der Gruppen. Auch für die Entwicklungspolitik wurde ein Runder Tisch einberufen, der ein Papier zur entwicklungsbezogenen Bildung verabschiedete.

## **6 Politische und pädagogische Vorgänge in der entwicklungsbezogenen Bildung**

### **6.1 Der Entwicklungspolitische Runde Tisch und seine Grundsätze zur entwicklungspolitischen Bildung**

Runde Tische schufen als „Fenster der besonderen Gelegenheiten“ und Krisen- bzw. „Ersatzregierungsmöbel“ in den Zeiten politischer Instabilität und drohendem administrativen Vakuum 1989/1990 kurzfristig Stabilität in erregten Zeiten und Partizipation bzw. vorübergehende Beteiligungsrechte (Thaysen 2000: VIII–X). Sie waren nicht nur Instrumente der ersten Phase der Transformation in der DDR sondern wirkten auch in anderen Ostblockstaaten im Übergang.<sup>75</sup>

---

<sup>75</sup> In sechs von sieben europäischen Mitgliedsländern des Warschauer Paktes (außer Sowjetunion) waren sie von großer Bedeutung (Semtner 1992: 5).

Die Teilnehmer des Zentralen Runden Tisches der DDR trafen sich erstmals am 7. Dezember 1989 „aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung“.<sup>76</sup> Entwicklungspolitik und Solidarität fanden als Schwerpunkte am Zentralen Runden Tisch allerdings keinen Platz. Die Gefahr, dass Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität auf Grund der Konzentration von Politik und Bevölkerung auf vorwiegend innerdeutsche Fragen vergessen wurde, war groß. Um dieser Gefahr zu entgehen, wurde am 21. Dezember 1989 zu einem speziellen Entwicklungspolitischen Runden Tisch für den Februar 1990 nach Berlin eingeladen. Die Initiative ging von der Evangelischen Akademie in Berlin-Ost und dem INKOTA-Netzwerk aus (Belle 1996: 15). Die Erwartungen der Dritte-Welt-Gruppen flossen unmittelbar in die Arbeit des Runden Tisches ein (Döring 1999b: 22–29).<sup>77</sup> Die Moderation lag bei dem damaligen Direktor der Akademie, Walther Bindemann. Die moderierenden und intermediären Erfahrungen der Kirchen und ihrer Mitarbeiter wurden in dieser Zeit vielfältig genutzt (Winter 1999). Der Einladung zur ersten Sitzung am 9. Februar 1990 folgten über 50 Personen (EPD 1990: 4; Claus 1990: 19). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus staatlichen Einrichtungen und Ministerien, Dritte-Welt-Gruppen und Bürgerbewegungen, aus alten und neuen Parteien, wissenschaftlichen Einrichtungen und den Kirchen (Belle 1996: 18–22). Die alte Segmentierung der Gesellschaft schien aufgehoben. Eine Auswahl oder Zugangsregelung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab es nicht. „Der Runde Tisch war eine dieser Aufbruchstimmung entsprechende Institution zur Konsensfindung, ein Versuch, die wesentlichen Entscheidungen zu beraten und die besten Lösungen zu finden“, berichtete Gerd Poppe über die Funktion des Zentralen Runden Tisches (Semtner 1992: 31). Diese Beschreibung trifft auch auf den Entwicklungspolitischen Runden Tisch zu. Als Hauptziel des Entwicklungspolitischen Runden Tisches war in der Einladung vom 21. 12. 1989 formuliert worden, „politikfähige Grundsätze für eine künftige Solidaritäts- und Entwicklungszusammenarbeit unseres Landes zu vereinbaren.“<sup>78</sup> Entwicklungsfragen und internationale Solidarität sollten aktiv in die reformpolitischen Debatten eingebracht werden, damit sie in den Strukturen des neu

---

<sup>76</sup> Beschlussprotokoll des 1. Zentralen Runden Tisches der DDR vom 7./8.12.1989, S. 1. In: Semtner 1992: 29

<sup>77</sup> Vgl.: Teil I.III dieser Dissertation „Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: Vom Profil im Vakuum.“

<sup>78</sup> Einladungsschreiben zum 1. Entwicklungspolitischen Runden Tisch. Berlin, am 21.12. 1989. In: Belle (1996: 23).

zu gestaltenden Landes (Reform-DDR) verankert werden. Über Jahrzehnte hatten sich auch Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der unabhängigen Gruppen dafür eingesetzt, die Verhältnisse in anderen Ländern wie im eigenen Staat – wenn auch moderat – zu ändern. Nun schien die Gelegenheit gekommen. Auf der ersten Sitzung wurden drei Ausschüsse eingesetzt: Untersuchungsausschuss über die bisherige staatliche Entwicklungs- und Solidaritätsarbeit, Ausschuss für Grundwerte und Strukturfragen zukünftiger Politik, Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Forschung.

Im Bildungsausschuss arbeiteten ca. zehn Personen aus der Wissenschaft, den Medien und den unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen regelmäßig mit. Neben anderen politischen Erklärungen verabschiedete der Runde Tisch im Juni 1990 auch die „Grundsätze einer entwicklungsbezogenen Bildung, Forschung und Publizistik“ (Belle 1996: 161–164). In der Präambel heisst es:

„Unser Alltagsleben weist gravierende Defizite bezüglich Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten brennender ökonomischer, ökologischer, sozialer, demographischer und kultureller Probleme in der Dritten Welt auf. Bildung als lebenslanger Prozess freiwilligen Lernens, der Menschen befähigen kann, sich globalen Herausforderungen und Bedrohungen zu stellen, miteinander tolerant und solidarisch umzugehen, als verantwortungsbewusste Personen eine solidarische Gesellschaft mit zu gestalten, muss zum Abbau dieser Defizite beitragen. Bildungsziel ist eine mündige Persönlichkeit, die ihre eigenen Interessen in Beziehung zu Zukunftsinteressen der Menschheit erkennt und in Verhaltensweisen umsetzt, die Voraussetzungen für entwicklungspolitisches Handeln bilden können. Als Dimension der Bewusstseinsbildung, des politischen Denkens und des individuellen wie gesellschaftlichen Verhaltens muss entwicklungsbezogene Bildung der Vielfalt formeller und informeller Vermittlungsebenen (Schulen, Berufs-, Fach-, Hochschulen, Familie, politische Parteien und Organisationen, Basisgruppen usw.) entsprechend differenziert vermittelt werden.“

Bildung wurde als lebenslanger, freiwilliger Vorgang verstanden. Ziel war die mündige Persönlichkeit. Ihr sollte Problembewusstsein vermittelt werden, damit sie für eine zukunftsfähige und solidarische Gesellschaft eintreten kann. Auf die Notwendigkeit einer zielgruppengenauen und trägerspezifischen Bildung im formellen und informellen Bereich wurde Wert gelegt. Den persönlichen Verhaltensweisen des einzelnen Menschen maß man eine große Bedeutung bei. Die Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse bzw. Einflussnahme wurden nur indirekt erwähnt. Dem Ausgleich von Informationsdefiziten schreiben die Autoren ein hohes Maß an Motivation bei den Bürgerinnen und Bürgern für die aktive und sachgerechte Mitgestaltung zu. Ein neuralgischer Punkt der DDR-Gesellschaft, der schlechte Zugang zu relevanten Informatio-



nen, sollte beseitigt werden. Dies war mit der Hoffnung verbunden, dass es durch bessere und gut aufbereitete Informationen zu einer Verhaltensänderung in der Bevölkerung und in Folge zu Veränderungen der verbesserungswürdigen Verhältnisse kommt. Der knappe Text enthielt auch Hinweise auf die Schulbildung.

„Entwicklungspolitik als multidisziplinäres Feld ist Schnittpunkt verschiedener Politikbereiche und relevante Inhalte [müssen] nicht nur Aufgabe einzelner Fächer, Disziplinen und Ressorts sein, sondern als integraler Bestandteil des Bildungsprozesse verstanden werden.“ (Belle 1996: 162)

Die für die DDR neuen Ansätze einer entwicklungsbezogenen Bildung wurden in sechs Bereichen mit einzelnen Forderungen bzw. Empfehlungen konkretisiert:

- Entwicklungsbezogene Schulbildung
- Erwachsenenbildung (Berufs-, Fach- und Hochschulwesen) und Freizeitpädagogik
- Entwicklungsbezogene Forschung
- Medienpädagogik
- Förderung von entwicklungsbezogenen Basis- und Solidaritätsgruppen als demokratische Bestandteile einer solidarischen Gesellschaft
- Die praktische Umsetzung und Finanzierung.

Damit lag unmittelbar vor dem Ende der DDR ein zur „nach außen gerichteten Solidaritäts- und Entwicklungsarbeit komplementäres Programm der Bewusstseins- und Meinungsbildung im Landesinneren“ (Bindemann 1990: 117) vor. Die Grundsätze wurden zwar im Juni 1990 noch beschlossen, gingen aber in den rasanten Veränderungen der DDR und ihrem schnellen Ende unter. Sie blieben ein singuläres Übergangspapier.

Die vielfältigen Materialien und Ansätze aus der BRD erreichten nach 1989/1990 schnell die haupt- und ehrenamtlichen Akteure in der entwicklungsbezogenen Bildung und boten zumeist eine breite und gute Auswahl. Mit den 1990er Jahren – und verstärkt durch den UN-Weltgipfel für „Entwicklung und Umwelt“ 1992 in Rio de Janeiro – setzte sich in den Neuen Bundesländern die entwicklungsbezogene Bewusstseins- und Meinungsbildung im Kanon der westdeutschen Diskussion u.a. als Dritte-Welt- und Eine-Welt-Pädagogik, Bildung für nachhaltige Entwicklung, interkulturelles oder globales Lernen fort (Führung 1998: 43–53; Berger 1999: 22–24; Selby/Rathenow 2003; Overwien 2004b).

## 6.2 Zum Lernen in unabhängigen Gruppen

„Individuelles Lernen innerhalb sozialer Bewegungen wurde bisher wenig thematisiert“, stellt Bernd Overwien fest (2005c: 345). Was für Westdeutschland und im internationalen Vergleich gesagt werden kann, trifft noch stärker auf die unabhängigen Gruppen in der DDR zu. Rothe (2000) untersuchte im Kontext des protestantischen Bildungsverständnisses bzw. der Erwachsenenbildung vor allem die Formen der politischen Bildung und die Versuche ihre Institutionalisierung. Neubert (1997) bezieht sich fast ausschließlich auf die politische Funktion und Wirkung von Gruppen als Opposition und geht als Soziologe und Zeithistoriker nicht auf das Erlangen von Fähigkeiten und Kompetenzen widerständigen Verhaltens ein. Olejniczak wiederum weist zwar auf den Stellenwert der entwicklungsbezogenen Bildung bei den Dritte-Welt-Gruppen in der DDR hin, geht aber nicht auf Lernvorgänge ein. Im folgenden Abschnitt sollen einige Beobachtungen zum Lernen bzw. informellen Lernen im Kontext der unabhängigen Gruppen von Dritte-Welt-Initiativen in der DDR wiedergegeben werden.

Lernen in unterschiedlichen Formen ist konstitutiver Bestandteil von Prozessen in Gruppen. Auch im Milieu der unabhängigen und alternativen Gruppen der DDR fand Lernen in sozialen Bezügen statt, bewusst und verborgen, gezielt und nebenbei. Lernen geschah aber auch zielgerichtet bei der Vorbereitung und Durchführung der Bildungsvorhaben der Gruppen. Lernvorgänge unterstützten die Persönlichkeitsbildung, die Identitätsfindung und das Bewusstwerden der eigenen Subjektivität sowie den Zusammenhalt in den Gruppen.

In der obrigkeitsstaatlich strukturierten DDR war Bildung und der Zugang zu Bildung sowie Informationsverarbeitung und Aufklärung unmittelbar an die Machtfrage gekoppelt und unterlag besonderer Kontrolle. Die Ausbildung der Subjektivität des oder der Einzelnen war der Propagierung einer als objektiv dargestellten „historisch-wissenschaftlichen“ Weltanschauung nachgeordnet. Der streng gesteuerte Zugang zu den formalen Bildungswegen war ein maßgeblicher Teil der Kontrolle und der Disziplinierung. In dieser gesellschaftspolitischen Grundsituation waren Orte, in denen der „Prozess der Subjektwerdung verstanden [wurde] als der Erwerb der Fähigkeiten sich als gesellschaftlich handelndes Subjekt zu verhalten...“ (Overwien 2000: 1), von

hervorgehobener Bedeutung. Sich selbst organisierende und unabhängige Gruppen konnten derartige Orte sein. Die Dritte-Welt-Gruppen, die unabhängigen Gruppen insgesamt, boten solche kommunikativ-kognitiven und räumlich-organisatorischen Möglichkeiten, um Kompetenzen zur Erreichung der von den Gruppen formulierten Ziele wie zum persönlichen Gewinn des einzelnen Gruppenmitglieds erwerben zu können. Diese Lern- und Veränderungsprozesse wurden durch die Tatsache gefördert, dass viele der Mitglieder in den unabhängigen Gruppen sich im Jugend- oder jungen Erwachsenenalter befanden und eine hohe Lernmotivation mitbrachten.

Der Anspruch, die Öffentlichkeit erreichen zu wollen, motivierte die Selbstbildung in den Gruppen zusätzlich. Sollte die Öffentlichkeit erreicht werden, mussten Informationsmedien sachgerecht aufbereitet und angewandt werden. Die geläufigen Veranstaltungsformen der Gruppen in ihrer Bildungsarbeit waren oft aus der sozialpädagogischen und kirchlichen Jugendarbeit bzw. der Erwachsenenbildung aus Ost- und Westdeutschland entlehnt. Diese standen seit den 1970er Jahren mehrheitlich in der Tradition reformpädagogischer und emanzipatorischer Konzepte (BEK 1981: 89–98) und förderten Selbstlernprozesse. Für eine Systematisierung und Beurteilung der in der DDR angewandten Methoden und Veranstaltungsformen der kirchlichen Jugendarbeit und Sozialpädagogik fehlen bisher Ausarbeitungen und statistische Angaben.<sup>79</sup>

Aus der Kenntnis des Autors sollen hier häufig angewandte Formen und Methoden nur grob zusammengefasst erwähnt werden: Zu nennen sind vor allem Gesprächs- und Vortragsabende, Podiumsgespräche und Veranstaltungen mit internationalen Gästen, Wochenendseminare und Tagungen, Ausstellungen, Kunstaktionen, Nächte der Solidarität mit Liedermachern und literarischen Lesungen sowie alternative Benefizveranstaltungen, kleine temporäre Arbeitsgruppen, Stände auf Kirchentagen oder mehrtägigen Akademietagungen, selbst per Wachsmatrizenabzugsverfahren hergestellte Kochbücher und „Dritte-Welt-Kalender“<sup>80</sup>, gruppenspezifische Publikationen und Periodika im Samisdat (Neubert 1997: 756–766). Von besonderer Bedeutung waren religiöse Formen, wie Andachten, Messen oder politische Gebetsfor-

---

<sup>79</sup> Weder Dorgerloh (1999) in seiner Monographie zur kirchlichen Jugendarbeit noch Steinhäuser (1999) gehen auf didaktische Konzepte oder spezielle für die DDR relevante pädagogische Vermittlungsformen -medien und -prozesse ein.

<sup>80</sup> So 1982 und 1989 bei INKOTA (vgl.: INKOTA-Archiv).

men als öffentliche Veranstaltungen. Einige „Formate“, wie Friedensgebete fanden besondere Ausprägungen und erlangten überregionale Bedeutung (Haspel 1997: 216–222; Döring 1999b).

Die Praxis dieser Bildungsaktivitäten spielte für das soziale Lernen und die Kommunikation in den Gruppen eine wichtige Rolle. Bei der Ausübung wie bei den Auswertungen der Bildungsaktionen ereignete sich soziales Lernen und kommunikativer Kompetenzerwerb. Öffentliches Auftreten war auch in der DDR nicht selbstverständlich und musste gelernt werden. Die verschiedenen Formen dieser Bildungsarbeit traten nicht selten an die Stelle „echter“ Situationen, weil offene politische Debatten, Dialoge und Aktionen in der Öffentlichkeit nicht stattfanden. Latente oder offene Konflikte mit staatlichen Stellen waren nicht ausgeschlossen, zumal wenn nicht primär religiöse Themen angesprochen wurden. Viele Akteure erfuhren sich in derartigen Prozessen aktiv, lernten in den Konflikten und erweiterten ihre sozialen und kognitiven Fähigkeiten, die sie ohne die Mitarbeit in den Gruppen nicht hätten erlangen können.<sup>81</sup> „Für mich zumindest ist das soziale Lernen innerhalb dieser Gruppen und des ganzen Beziehungsgeflechts der Basisbewegung die wichtigste Erfahrung dieser Arbeit“ schrieb Ulrike Poppe, eine Aktivistin Berliner unabhängiger Gruppen (Poppe 1990: 71).

In den Kleingruppen musste dem Einzelnen und der Einzelnen vertraut werden. Jedem Gruppenmitglied kam ein hoher Stellenwert zu. Die Bedeutung des bzw. der Einzelnen in der Gruppe wuchs durch die potentiellen oder tatsächlichen Observationen des Staates, die vertrauensvolle Gruppenatmosphären oft genug ausnutzten.<sup>82</sup> Wollte man den Zusammenhalt der Gruppe nicht gefährden, musste die Person in ihrer Subjektivität, als Trägerin von Individualität, Einzigartigkeit und Bewusstsein anerkannt und geachtet werden. Anerkennung und Achtung wiederum sind wichtige Bedingungen für erfolgreiches informelles Lernen (Overwien 1999: 33). Hinzu kam, dass in den Gruppen der öffentliche bzw. lebensweltliche wie der staatlich geprägte

---

<sup>81</sup> Hingewiesen werden muss an dieser Stelle ausdrücklich, dass auch viele Gruppenmitglieder aus den Konflikten auf Grund der Zersetzungsmaßnahmen der Staatsorgane der DDR keine Kompetenz und keinen Gewinn zogen, sondern an ihnen zerbrachen, schwere Schäden davon trugen und zu Opfern gemacht wurden.

<sup>82</sup> Aktuell: Bauer (2006). Zur Unterwanderung und zum Versuch der Einflussnahme durch Informelle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatsicherheit (MfS) auf den Pankower Friedenskreis vgl.: auch: Subklew-Jeutner (2004).

Verhaltens- und Anpassungsdruck minimiert werden konnte. Man war „unter sich“, saß mit Gleichgesinnten im Kreis und „der Staat“ stand für Stunden „vor der Tür“.<sup>83</sup>

Die Lernumgebung Gruppe ermöglichte es, neue Muster und Rollen aber auch Risiken auszuprobieren. Solidarität konnte geübt und Risiken verteilt werden. Die Gruppen wurden durch diese Erfahrungen zu Schulen der Mündigkeit bzw. Zivilcourage und mitunter zu Keimzellen alternativer Gesellschaftsvorstellungen. Die Gruppen erfüllten somit eine emanzipatorische Aufgabe für das einzelne Mitglied wie für die Gesellschaft.

Erlösch in einer Gruppe der Impuls, öffentliche Bildungsveranstaltungen durchzuführen und auch „außen“ agieren zu wollen, litt nicht selten die Interaktion und damit die Bindekraft in der Gruppe. Der Zusammenhalt der unabhängigen Gruppen als Lerngruppen hing – neben der Achtung der Subjektivität der Gruppenmitglieder – auch vom Erkenntnisgewinn wie dem sozialen Ertrag für das einzelne Gruppenmitglied ab.<sup>84</sup> Diese Effekte lassen sich methodisch nur sehr aufwendig verifizieren, zumal dann, wenn der Untersuchungszeitraum 20 und mehr Jahre zurückliegt. Soziale Interessen, soziale Kommunikation und der Wunsch nach staatlich nicht kontrolliertem Kompetenzerwerb standen bei den Gruppenmitgliedern in einem hohen, nicht selten in einem höheren Rang als das Erreichen von unmittelbar politischen Interessen oder entwicklungspolitischen bzw. projektbezogenen Zielen. Nicht alles war primär politisch gemeint, was politisch wirkte bzw. von staatlichen Stellen, westlichen Medien oder späteren politologischen Studien zur DDR-Gesellschaft als politisches Handeln eingeschätzt wurde.

Gleichzeitig muss unterstrichen werden, dass von den sozialen wie kognitiven Prozessen des unabhängig-informellen Spektrums spürbare politische Wirkungen ausgingen und Veränderungen erzielt wurden. Am intensivsten und wirksamsten geschah dies bei der gewaltfreien Transformation der DDR in den ersten Monaten nach der Wende 1989. Gefordert waren hier die Dialog- und die Kommunikationsfähigkeiten. In den Lernprozessen der Gruppen waren diese Fähigkeiten bei vielen Akteuren

---

<sup>83</sup> Dies schloss nicht aus, dass in vielen unabhängigen Gruppen IM des MfS dauerhaft eingeschleust und tätig waren.

Neben den staatlich bedingten Repressionen gab es weitere repressive Strukturen, die z. B. aus der familiären Sozialisation herrühren konnten. Sie sind ebenfalls als Beweggründe für die Mitarbeit in alternativen Gruppen relevant.

<sup>84</sup> „Informelle Lernprozesse enthalten ... nicht zu unterschätzende Potentiale für die lernenden Menschen selbst.“ (Overwien 2000: 2)

„geschult“ worden. Hinzu kamen pazifistische Überzeugungen und deeskalierende Haltungen. Die Mitglieder unabhängiger Gruppen und nun politische Aktivisten waren eher auf Konsens und Übereinkommen, denn auf Abrechnung mit früheren staatlichen Verantwortungsträgern aus und trugen so zur Entspannung brisanter Situationen bei, was von Teilen der Mehrheitsbevölkerung nicht immer gutgeheißen wurde. Somit kann auch aus der Praxis der unabhängigen Gruppen in der ehemaligen DDR teilweise bestätigt werden, was Overwien für die westdeutsche soziale Bewegung als Aneignungserträge des informellen Lernens festgestellt hat:

„Die erworbenen Kompetenzen sind sozialer und organisatorischer Art und beinhalten darüber hinaus Analysefähigkeiten bezogen auf politische Systeme und damit verbundenes Handeln mit sicher auch weitgehenden Konsequenzen für das eigene Selbstwertgefühl innerhalb und außerhalb der Gruppe.“ (2005c: 358–361)

Der politische Verlauf der deutschen Einheit brachte freilich auch für die ostdeutschen Akteure frustrierende Erfahrungen mit sich, die ihr Selbstwertgefühl negativ beeinflussten und ihre Analysefähigkeiten in Frage stellten. Damit wurden mitunter ihre kommunikativen Kompetenzen beeinträchtigt und der für sie relevante politische Ertrag geschmälert. Trotz der unerfüllten bzw. unerledigten Hoffnungen vieler Mitglieder unabhängiger, bürgerrechtlicher und kirchlicher Gruppen im politischen Wendeprozess kann festgehalten werden, dass ihre weithin konstruktive Funktion und Wirkungsweise in der friedlichen Revolution und dem unmittelbar folgenden Übergang der DDR zur BRD zu erheblichen Anteilen auf Lernprozesse in informellen Milieus zurückgeführt werden kann. Die Mitgestaltung dieses Übergangs kann somit in der gegenwärtigen Debatte, ob durch Lernvorgänge und pädagogische Prozesse Gesellschaft verändert werden kann, als ein positives Beispiel herangezogen werden.<sup>85</sup>

Zusammenfassend sei festgehalten: Ein konstitutionelles Element der unabhängigen Gruppen und damit auch der in dieser Studie untersuchten entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in Gruppen war das selbst organisierte bzw. informelle Lernen. Es erfolgte ohne offiziellen Auftrag und fand nicht in formalen Strukturen statt, auch wenn Ressourcen der evangelischen Kirchen mit genutzt wurden. Es wurde institutionell und rechtlich von staatlichen Stellen nicht gestützt. Dieses Lernen ereignete sich absichtsvoll, selbst organisiert bzw. selbst gesteuert und bezog die Erfah-

---

<sup>85</sup> Vgl.: Themenheft: Kann durch Erziehung die Gesellschaft verändert werden? (ZEP 29. Jahrgang, Heft 1/2, 2006)

rungswelt der Lernsubjekte mit ein. Die Aufgabenstellungen waren in der Regel klar definiert (vgl.: Overwien 2000: 4). Zumeist wurde das zu lösende Problem oder Projekt schon im Namen der Gruppe ersichtlich. Hinzuweisen ist auf die verbreitete Dialogstruktur in den Kleingruppen und eine zumeist flache Hierarchie unter den am Lernprozess beteiligten Personen.

Einige dieser Charakteristika werden auch von Watkins und Marsick bei ihren Überlegungen zum informellen Lernen herangezogen (vgl.: Overwien 2005a: 343). Zur Gestalt des informellen Lernens wird ausgeführt, „dass dies nicht routinemäßig, sondern eher problemgeleitet in ungewöhnlichen oder Konfliktsituationen stattfindet“ (ebenda). Genauer noch passt zu den ostdeutschen Lernerfahrungen die Definition von Livingstone (1999):

„Informelles Lernen ist, ... jede mit dem Streben nach Erkenntnissen, Wissen oder Fähigkeiten verbundene Aktivität außerhalb der Lehrangebote von Einrichtungen, die Bildungsmaßnahmen, Lehrgänge oder Workshops organisieren. (...) Die grundlegenden Merkmale des informellen Lernens (Ziele, Inhalte, Mittel und Prozesse des Wissenserwerbes, Dauer, Ergebnisbewertung, Aneignungsmöglichkeiten) werden von den Lernenden jeweils einzeln oder gruppenweise festgelegt. Informelles Lernen erfolgt selbständig, und zwar individuell und kollektiv, ohne dass Kriterien vorgegeben werden oder ausdrücklich befugte Lehrkräfte dabei mitwirken. Informelles Lernen unterscheidet sich von Alltagswahrnehmungen und allgemeiner Sozialisation insofern, dass die Lernenden selbst ihre Aktivitäten bewusst als signifikanten Wissenserwerb einstufen. Wesensmerkmal des informellen Lernens ist die selbständige Aneignung neuer signifikanter Erkenntnisse oder Fähigkeiten, die lange genug Bestand haben, um im nachhinein noch als solche erkannt zu werden.“ (zit. nach: Overwien 2005c: 347f.)

Für die politische Situation in den unabhängigen Gruppen der DDR kann dieser Begriff erweitert werden als eine selbstbestimmte, engagierte und reflektierende „Verarbeitung persönlicher Erfahrungen auf der Basis einer ethisch begründeten Menschenwürde und personalen Verantwortung – mit der zum Beispiel eine bildungspolitische Manipulierung von Menschen und die Instrumentalisierung ihres Lernens unvereinbar ist.“ (Dohmen 2001: 25; zit. nach John Garrick).

Lernvorgänge in den unabhängigen Gruppen der DDR stehen – wie andere emanzipatorische Bewegungen in der Welt (Overwien 2005c) – in Verbindung mit Prinzipien Freirescher Pädagogik. Denn das Lernen nach Freire als „Form des Bewusstseins ist nicht nur geeignet, Herrschaftsstrukturen in Frage zu stellen, Demokratie zu fördern, sondern auch idealer Ausgangspunkt für die volle Ausschöpfung informeller Lernmöglichkeiten“ (Overwien 2003: 65).

Wichtig für das soziale und politische Handeln der alternativen Szene in der DDR – diese gilt aber auch allgemein – ist die Abgrenzung des informellen Lernens vom individuellen bzw. zufälligen oder nebenbei erfolgenden Lernen. Dieses Lernen gab es selbstverständlich in den Gruppen auch. Es war aber nicht bestimmend für den Charakter der Bildungs- bzw. Bewusstseinsarbeit der Gruppen.

Eine Ausarbeitung der Theologischen Studienabteilung des BEK über die ökumenische Kommunikation in den Kirchen kam 1987 – ohne die Diskussion um das informelle Lernen zu kennen – bei der Beurteilung der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen zu folgendem Ergebnis:

„Die Lernmotivation der Gruppen und ihrer Glieder, hier vor allem der Zweidrittelwelt-Gruppen, muss höher veranschlagt werden als die der Gemeinden der verfassten Kirchen. Personen und Gruppen sind immer kommunikativer und daher lernfähiger als Institutionen. Selber betroffen, persönlich engagiert, durch Statuten, Ordnungen und rechtlich fixierte Verfahren nicht eingeengt, vollzieht sich ein innen wie außen effektives Zulernen durch Bedeutungsvermittlung leichter und besser. Zieht man dies in Betracht, so muss gesagt werden, dass ökumenische Kommunikation sich am stärksten in jenen Gruppen ereignet und weiter ereignen wird, wo individuelle Lernvorgänge mit dem Leiden an den Zuständen der Zeit gekoppelt waren und sind.“ (zit. nach: Döring 1988: 22)

### **6.3 Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und die ökumenische Versammlung in der DDR 1983 bis 1989 – ein Lernweg**

Die in dieser Arbeit aufgezeigten Stränge sozialetischen Engagements in den Gruppen und Kirchen verbanden sich im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung (Döring 1989; Neubert 1997: 617–620; 788–793; Schmitthener 1998; Seifert 1999, 2000) zu einer der prägenden Reformbestrebungen für die politische Wende im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990. Sein Verlauf kann auch als „Lernweg“<sup>86</sup> bezeichnet werden. Die entwicklungsbezogene Arbeit mit ihren unmittelbaren Bezügen zum Themenbereich Gerechtigkeit war ein integraler Bestandteil dieses Prozesses (Döring: 1989; Sühnezeichen 1990: 52–71).

Dieser umfangreiche Prozess begann 1983 auf der VI. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen im kanadischen Vancouver (Sachse 2004: 22). Auf Antrag der ostdeutschen Delegation des BEK kam er in Gang. Auf dem Höhepunkt der Raketen-

---

<sup>86</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Konziliarer\\_Prozess/](http://de.wikipedia.org/wiki/Konziliarer_Prozess/)20.07.2006



stationierungen in Mitteleuropa und der Sprachlosigkeit der politischen Blöcke in Ost und West sollte mit Hilfe des ökumenischen Rates als Plattform ein Prozess „zur Umkehr aus der Gefangenschaft unter den Mächten des Todes“ mit seinem „andauernden Wettrüsten, der ausbeuterischen Zerstörung der Umwelt und der herrschenden Ungerechtigkeit“ begonnen werden (vollständiger Text des Antrages in: BEK 1989: 262–265). Der Prozess zielte auf „Vertrauensbildung zwischen den Völkern und Staaten“ und auf „Absage an Geist und Praxis der Abschreckung“. Zu den Initiatoren zählte Heino Falcke. Falcke formuliere maßgeblich den Antrag des BEK und brachte ihn vor der Vollversammlung ein.<sup>87</sup> Der Antrag endete mit konkreten Forderungen an die Kirchen:

- „Darum bitten wir alle Christen, christlichen Gruppen und Kirchen sich einzusetzen für:
- bessere Informationen und Aufklärung, gegen Verzerrung und Entstellung wichtiger politischer bzw. militärischer Fakten und Entwicklungen;
  - Aufklärung über den Charakter eines modernen Krieges gegen alle Verharmlosung und Verschleierung;
  - die Bildung eines informierten und engagierten Solidaritätsbewusstseins mit den Ausgebeuteten und Armen, der Erde und mit der Natur;
  - die Erziehung zu einer Überlebensverantwortung, die die andere Seite mit einschließt, und gegen die Aufrichtung und Propagierung von Feinbildern.“

Weiter wurde der Weltrat der Kirchen aufgefordert, ein Studien- und Aktionsprogramm zu Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Ökologie in Genf einzurichten und Aktivitäten der lokalen Gruppen und Kirchen zu fördern sowie die Kommunikation zwischen den Akteuren in den verschiedenen Ländern verbessern zu helfen. Der Antrag gipfelte in der Bitte um Einberufung eines allgemeinen, weltweiten christlichen Friedenskonzils.<sup>88</sup> (BEK 1989: 265)

Der Antrag verweist neben den angesprochenen globalen Themen auf den gesellschaftspolitischen Kontext der DDR. So bilden im operationalen Teil des Antrages Forderungen nach Intensivierung der Informations- und Aufklärungsarbeit den Schwerpunkt. Zudem werden Gruppen als eigene Subjekte bzw. potentielle Träger

---

<sup>87</sup> Interview mit Falcke von 4.4.1997: „Vancouver war die entscheidende Anregung für die ökumenische Versammlung in der DDR. Meine Motivation leitete sich aus der Erkenntnis ab, die in der Friedensarbeit der 70er und 80er Jahre gewachsen war. Hinzu kam die ökologische Problemlage seit dem ‚Club of Rome‘ Ende der 60er Jahre und die Frage der sozialen Gerechtigkeit im globalen Maßstab. Es war also die Friedensproblematik im Ost-West-Konflikt, die ökologische Problematik und die Gerechtigkeitsproblematik im Nord-Süd-Konflikt angesprochen, diese drei Dinge waren bereits im Antrag zusammengefasst.“ (zit. nach: Seifert 1999: 38)

<sup>88</sup> Mit der Vorahnung auf den 2. Weltkrieg hatte der Theologe und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) 1934 ein allgemeines Friedenskonzil gefordert. Der Antrag des BEK nahm darauf Bezug.

der als notwendig beschriebenen Veränderungen genannt. Zur damaligen Zeit war das keine Selbstverständlichkeit auf internationalem kirchlichen Parkett.<sup>89</sup>

Als Folge des Beschlusses wurde in der Genfer Zentrale des Weltkirchenrates 1984 die neue Programmeinheit „Just, Peace and Integrity of Creation“ (JPIC) gegründet. Sie konnte sich auf umfangreiche Vorarbeiten aus dem Programm „Just, Participatory and Sustainable Society“ (JPSS) von 1972–1978 stützen (Döring 2000: 26–30; Zaug-Ott 2004: 166–175). In diesem sozialetischen Programm war – ebenfalls angestoßen durch die IV. Vollversammlung des Weltkirchenrates 1968 in Uppsala – der Versuch unternommen worden, Leitbilder einer gerechten, partizipatorischen und dauerhaft nachhaltigen Gesellschaft zu entwerfen. In diesem Programm aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre nahm der Begriff „Sustainability“ bereits einen programmatisch prominenten Platz ein.<sup>90</sup>

Mit einigen Verzögerungen wurde ab 1986 vor allem von europäischen Kirchen der Konziliare Prozess als ein „Prozess gegenseitiger Verpflichtung“ vorangetrieben: „Die Kirchen waren darin aufgefordert zu Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung als den zentralen Themen der neueren ökumenischen Sozialethik eine möglichst einmütige und verbindliche Position zu finden.“ (RGG 2004: 1664)

In der DDR wurde der Konziliare Prozess unter der Bezeichnung Ökumenische Versammlung (ÖV) durchgeführt. Ab 1987 arbeitete eine Vorbereitungsgruppe unter Leitung von Heino Falcke an der Vorbereitung. Unter dem Motto: „Eine Hoffnung lernt gehen – geht mit!“ wurden im Oktober 1987 „alle Christen und Gemeinden und in diesen Fragen besonders engagierte Gruppen“ (Seifert 2000: 126) aufgefordert, Beratungsthemen für die ÖV zu benennen. Der Aufruf kam einer Volksbefragung im kirchlichen und unabhängig-alternativen Milieu gleich. In nur drei Monaten gingen 10 445 schriftliche Themenvorschläge ein (Seifer 2000: 237; Sachse 2004). Diese große Beteiligung gab der ÖV die eigentliche Legitimation. Aus den inhaltlichen Schwerpunk-

---

<sup>89</sup> Der Konziliare Prozess war nicht unumstritten. So sagte 1988 Metropolit Gregorius von der Syrisch-orthodoxen Kirche und Vizepräsident des Weltrates der Kirchen: „So forget the ‚conciliar Process!‘. Der Prozess sei schön geredet und in einer „Phase der Geistesabwesenheit auf der Weltkonferenz geboren worden“ (Noormann 1989: 113).

<sup>90</sup> Weit vor dem Erscheinen des „Brundtland-Berichtes“ (1987): „Unsere gemeinsame Zukunft“ und der Durchführung des UN-Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 fand in der ökumenischen Bewegung eine intensive Debatte zu nachhaltigen Strategien im Weltmaßstab statt. Einige Persönlichkeiten, die später das Konzept der nachhaltigen Entwicklung mit geprägt haben, wie Maurice F. Strong, Jan Pronk oder Gro Harlem Brundtland waren Mitglieder von JPSS-Arbeitsgruppen des ÖRK oder Delegierte des ÖRK-Weltkongresses 1974 in Bukarest: „Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft“ (Just, Participatory and Sustainable Society [JPSS]) (Döring 2000b: 28).

ten der Themenvorschläge – die oft als Eingaben verfasst waren – entwickelte sich die thematische Struktur der mit der ersten ÖV im Februar 1988 eingesetzten 12 Arbeitsgruppen (vgl.: Sühnezeichen 1990: 20). Die Auszählung der Vorschläge im Segment „Gerechtigkeit“ gibt Aufschluss über das Interesse bzw. relevante Problemfelder der sozialetischen Diskussion in den Gemeinden und Gruppen. 2.772 Zuschriften wurde ihm zugeordnet. Davon fielen 1650 Einsendungen auf Fragen zur Gerechtigkeit unmittelbar in der DDR, 650 befassten sich mit weltweiter sozialer Gerechtigkeit und 472 Einsendungen thematisierten Ungerechtigkeit bzw. fehlende Gerechtigkeit in den Kirchen (Seifert 2000: 1927).<sup>91</sup> Angesichts der innenpolitischen Probleme zum Ende der DDR kann das Interesse an weltweiten sozialen Fragen als deutlich feststellbar, wenn auch mit gut 6 % Anteil an der Gesamtzahl der Eingaben als nicht prägend angesehen werden.<sup>92</sup>

Vom 12. bis 15. Februar 1988 fand - in einer für die DDR bewegten Zeit<sup>93</sup> - die erste von insgesamt drei ÖV's Dresden statt (Döring 1989). Die 150 Delegierten aus 19 Kirchen repräsentierten weitgehend ausgewogen kirchliche Mitarbeiter, Experten sowie Vertreter aus unabhängigen Gruppen. Der zu früheren (und späteren) kirchlichen Gremien vergleichsweise hohe Anteil an Delegierten und Beratern aus dem Spektrum der unabhängigen Gruppen unterstrich schon mit der Zusammensetzung der ÖV den Anspruch, Erfahrungen emanzipatorischer und partizipativer Arbeit in der DDR mit substantiell zu berücksichtigen. Einem induktiven Ansatz<sup>94</sup> und dem Dreischritt „sehen - urteilen - handeln“<sup>95</sup> (Bedford-Strohm 2003: 32) folgend, wurde mit neun Zeugnissen der Betroffenheit begonnen. Die Themen reichten von der Notwendigkeit zur Friedenserziehung über die Nicaragua-Solidarität und die Beschreibung der Lebensbedingungen ausländischer Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterin, die

---

<sup>91</sup> Auf den Bereich „Frieden“ kamen ca. 2.500 und auf „Schöpfung“ 1.459 Einsendungen. Davon forderten allein 741 Eingabe mehr Informationen über den Zustand der Umwelt, sowie Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit (Seifert 2000: 128). Nicht alle Einsendungen konnten eindeutig einem Bereich der Thementrias zugeordnet werden.

<sup>92</sup> Auf eine differenzierte Bewertung der Inhalte der Einsendungen muss hier verzichtet werden (detailliert Sachse 2004). Da in der DDR keine unabhängigen Umfragen möglich waren und der größte Teil der meist selbst hergestellten Arbeitsmaterialien der Gruppen nicht archiviert wurde, stellt dieses Material einen besonderen Wert dar.

<sup>93</sup> In November 1987 wurden Gruppenmitglieder in der unabhängige Umweltbibliothek in der Ostberliner Zionskirchgemeinde im November 1987 und während der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Januar 1988 verhaftet, angeklagt bzw. in die BRD abgeschoben.

<sup>94</sup> Falcke: „Wir wollten einen induktiven Ansatz. Das zeigte sich dann in den „Zeugnissen der Betroffenheit“, mit denen die Ökumenische Versammlung begann. Damals war der Begriff „Betroffenheit“ noch nicht so ausgelaugt wie heute und so deformierten durch eine Betroffenheitsrhetorik“ (Seifert 1999: 41).

<sup>95</sup> Der Dreischritt „Sehen-Urteilen-Handeln“ orientierte sich an dem sozialetischen Diskurs der lateinamerikanischen Befreiungstheologie. Diese wiederum hatte sich zum „Dreischritt“ von der französischen Industriearbeiterpastorale der 60er Jahre inspirieren lassen.

Schäden durch den Uranabbau in Thüringen und dem Recht auf Wehrdienstverweigerung bis zum Waldsterben im Erzgebirge (Seifert 2000: 326-346). Nach drei mehrtägigen Plenarsitzungen und intensiven Arbeitsgruppen wurden nach erster und zweiter Lesung im April 1989 dann die Arbeitsergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der für diese Studie wichtige Text der Arbeitsgruppe 2.1 „Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit“ zählte zu den wenig umstrittenen Verlautbarungen der ÖV.<sup>96</sup> Eine kurze Analyse des Textes gibt Aufschluss über die Erwartungen der Delegierten bei der Solidaritäts- und Entwicklungspolitik. Die eingesetzte Arbeitsgruppe legte bei der Ausarbeitung ihres Entwurfes großen Wert auf die Berücksichtigung der Intensionen der Einsendungen aus den Gemeinden und Gruppen. Der Text 2.1 kann durchaus als eine Zusammenfassung der entwicklungspolitischen Ziele der kirchennahen bzw. im Kirchemfeld agierenden Dritte-Welt-Akteure kurz vor dem Ende der DDR angesehen werden. Der Analyseteil (sehen und urteilen) des 14-seitigen Dokumentes umfasste lediglich vier Seiten, der Erwartungs- oder Forderungsteil (handeln) 10 Seiten. Gegliedert ist der Text in drei Abschnitte:

- ungerechte Weltwirtschaftsordnung
  - unsere Verflochtenheit
  - Leben in Solidarität mit Menschen in der Zwei-Drittel-Welt/Handlungsorientierung.
- Im ersten Teil werden die Ursachen und Triebkräfte der strukturellen Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft – mit Anlehnungen an die Interdependenztheorie – in den kapitalistischen, das heißt einseitig marktwirtschaftlichen Mechanismen gesehen. Im Abschnitt zwei wird festgestellt, dass die sozialistischen Staaten, anders als lange Zeit angenommen, kein alternatives Weltwirtschaftssystem entwickelt haben. Festgestellt wird weiterhin, dass die Handelsbeziehungen der DDR zu Entwicklungsländern „derzeitig“ ungerechte Strukturmerkmale aufweisen. „Betroffen müssen wir feststellen: Auch wir in der DDR ziehen Nutzen aus der weltweiten Benachteiligung der Entwicklungsländer“ (Sühnezeichen 1990: 55). Im Abschnitt drei steht – verwandt mit den Debatten im ökumenischen Kontext – die Weltverantwortung des Einzelnen, der Kir-

---

<sup>96</sup> Besonders der Text 3 „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgaben, unsere Erwartungen“ führte zu heftigen Debatten. Speziell für die ÖV vom MfS eingesetzte Stäbe mit zeitweise 18 Offizieren übten massiven Druck auf Delegierte und Kirchenleitungen aus. Es wurde versucht, die Verabschiedung der Texte zu verhindern und die ÖV scheitern zu lassen. (Seifert 2000: 231–250; 361–378). Der Text 2.2 „Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern“ wurde in einer Untergruppe von 2.1 erarbeitet.

chen und Gruppen wie des Staates im Mittelpunkt: „Wir wollen den Horizont unseres Wissens und Gewissens erweitern, um die fernen Nächsten in unser Denken und Handeln einzubeziehen“ (57). Der Katalog mit Empfehlungen und Forderungen ist umfangreich: Der persönliche Lebensstandard soll nicht erhöht und die Orientierung am westlichen Wohlstand soll aufgeben werden. Ziel staatlichen wie persönlichen Handelns sollten strukturelle Veränderungen und die globale Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Eine Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen sollte „den dringend notwendigen Bewusstseinswandel voranbringen“ (S. 58) und so „zur Entwicklungsförderung auch durch einen deutlich spürbaren Teil des Einkommens“ beitragen. Kirchen und staatliche Stellen sollten Zwei-Drittel-Welt-Zentren zur besseren Information der Bevölkerung einrichten und eine Nord-Süd-Zeitschrift herausgeben. Der Staat soll kirchliche Projekte und Auslandsreisen zulassen und „die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR (sollten) durchsichtig gemacht und nach umfassender Information in den Medien öffentlich diskutiert werden“ (S. 61). Als Leitlinien für die Entwicklungspolitik wurden die „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ (NIWO) und der „Brundtland-Bericht“ vorgeschlagen.

Die entwicklungsbezogene Arbeit in den Gruppen und Gemeinden bekam durch die ÖV eine inhaltliche Aufwertung und einen quantitativen Schub.<sup>97</sup> Parallelen zum Inhalt von ökumenischen und entwicklungspolitischen Texten in den Kirchen seit der Weltkirchenkonferenz 1968 in Uppsala oder zu frühen studentischen Aufrufen lassen sich feststellen (vgl.: Pkt. 5.1). Der Aufklärungs- und Bildungsarbeit wurde eine dynamisierende Rolle bei der Transformation der Gesellschaft bzw. der „Umkehr“, wie es in religiöser Sprache hieß, zugemessen. Zum Ausdruck kommen auch die gewachsenen Enttäuschungen über die Reformunfähigkeit des realen Sozialismus. Mit dem Begriff der „Umkehr“ wurde unterstrichen, dass ein grundsätzlicher Wandel der Verhältnisse notwendig sei. Gleichzeitig wurde im westlichen Wirtschaftssystem keine Alternative gesehen.

Der Beschlusstext 2.1 macht aber auch deutlich: Die große Mehrheit der Delegierten der ÖV vertrat signifikante Minderheitenpositionen in der DDR. Die ÖV und

---

<sup>97</sup> So durften erstmals im Mai 1989 Mitglieder unabhängiger Dritte-Welt-Gruppen zu einer Zukunftswerkstatt im Rahmen der I. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel mit einem Dienstreisepass ins westliche Ausland fahren. (INKOTA-Brief: Heft 65, S. 16–23). Auf die Steigerung der Zahl der Auflagen des INKOTA-Briefes seit 1986 wurde unter Pkt. 5.2.2 hingewiesen.

damit die beteiligten Kirchen und involvierten Vertreter unabhängiger Gruppen sprachen für ein sozialetisch engagiertes aber in der Mehrheit der Bevölkerung der DDR nicht verankertes soziokulturelles und ideelles Milieus. Dies wurde schon wenige Monate später deutlich, als im November 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer nicht nur emanzipatorische Forderungen sondern auch angestaute Konsumorientierungen in der Bevölkerung der DDR sichtbar wurden. Mit einem breiten Konsens in der ÖV verabschiedete Erwartungen, wie die Orientierung des persönlichen Wohlstands an westlichen Mustern aufzugeben, entsprachen weder den Bedürfnissen noch dem vorherrschenden Willen in der Mehrheitsbevölkerung in der DDR und auch nicht der politischen Realität. Andere Forderungen, etwa aus der Arbeitsgruppe 3 „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“, wie „gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen“, „klare Trennung von Kompetenzen von Staats- und Parteifunktionen“, ein „geheimes Wahlrecht mit mehreren Kandidaten“, die „freie Entfaltung von Kultur und Künsten“ sowie die „ungehinderte Möglichkeit sich zu versammeln und in selbständigen Vereinigungen“ zu handeln, fanden breitere Zustimmung, benannten wichtige Voraussetzungen für die Herausbildung und Formierung der Opposition und unterstützten die Mobilisierungen auf den Straßen im Herbst 1989 (Sühnezeichen 1990: 72–74).

In der letzten Phase der DDR setzte seit 1986/1987 mit dem Konziliaren Prozess ein bis dahin nicht gekannter Grad an Beteiligungs- und damit Artikulationsmöglichkeiten ein. Durch Eingaben an die ÖV, Änderungsvorschläge und Rückkopplung der Textentwürfe in Gruppen und Gemeinden begann ein neuartiger Verständigungs- und Willensbildungsprozess. „Durch die gemeinsame inhaltliche Arbeit an den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung war ein Diskurs vorstrukturiert, der es erstmals in der DDR ermöglichte, dass zur selben Zeit die selben Themen an verschiedenen Orten der DDR behandelt wurden.“ (Haspel 1997: 211) Der Konziliare Prozess setzte in seinen Ursprüngen 1983 zwar vor der von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleiteten Glasnost und Perestroika ein, verlief aber ab 1986/1987 in der DDR parallel und wurde durch die Vorgänge in der DDR motiviert. Der Konziliare Prozess wie auch Glasnost und Perestroika setzten weiterhin auf die Reformierbarkeit des staatssozialistischen Ordnungsrahmens und erwar-

teten Veränderungen auf Grund von vor allem systemimmanenten, meist mühsamen unterschiedlich großen Schritten.

Im Konziliaren Prozess verbanden sich die langjährigen Ziele der Dritte-Welt-Gruppen, lokale Probleme im globalen Kontext zur Sprache zu bringen. Dabei half die kirchliche Sozialethik wie der Austausch mit der weltweiten Ökumene, nicht in Provinzialismus zu verfallen. „Es gab eine fruchtbare Wechselwirkung in ökumenischen Lernprozessen. Wir benutzten dieses ökumenische Programm, um innerhalb der DDR diese weitgehend tabuisierte Problematik zu thematisieren.“ (Falcke 2001: 275) Ein Teil dieser Wechselwirkung war Berücksichtigung von Erkenntnissen der Theologie der Befreiung. Befragt über die Einflüsse dieser Theologie auf den Konziliaren Prozess antwortete Heino Falcke:

„Das war ein ganz bewusster Vorgang. Das war ein Angebot aus der ökumenischen Diskussion, die wir schon vorfanden. Wir konnten dies aus der lateinamerikanischen katholischen Theologie aufgreifen. Der Hintergrund der Befreiungstheologie war auch gerade in dem induktiven Ansatz wirksam.“ (Seifert 1999: 46)

Das gewachsene kritische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger; gestärkt durch die gemeinsamen Analysen und Reflexionen machte sich in einem zunehmenden Empowerment bemerkbar, dass im Herbst 1989 zu so nicht erwarteten Aktionen führte. Der Konziliare Prozess in der DDR weist somit Bezugspunkte zu Ansätzen emanzipatorischer Pädagogik, besonders zur Pädagogik von Paulo Freire auf.

„Menschliche Existenz heißt die Welt benennen, sie verändern. Einmal beim Namen benannt, erscheint die Welt wiederum den Benennern als Problem und verlangt von ihnen neue Benennung. Menschen wachsen nicht im Schweigen, sondern im Wort, in der Arbeit in der Aktion–Reflexion.“ (Freire 1973: 71)<sup>98</sup>

Vermittelt durch den Konziliaren Prozess und die Transferfunktionen der ökumenischen Bewegung partizipierte die friedliche Revolution von 1989 somit von den Befreiungsbestrebungen im Süden der Erde.

Die durch die ÖV's gefundene Sprachfähigkeit in sozialetischen und gesellschaftspolitischen Fragen ging über eine Situationsbeschreibung hinaus, formulierte Handlungsnotwendigkeiten und unterstützte damit die sich formierende Oppositionsbewegung. Wichtige Erwartungen und Forderungen flossen in die Programme der neuen Parteien und politischen Gruppierungen ein, wie Seifert in einer umfangreichen

---

<sup>98</sup> In der westdeutschen Religionspädagogik wurde bei dem Versuch eine Didaktik für den Konziliaren Prozess zu entwickeln, mehrfach auf Paulo Freires Bezug genommen (Raiser 1990; Meyer 1990, Noormann 1989; Ott 1991; für eine Religionspädagogik in Zeiten der Globalisierung vgl. auch Hübner 2003: 282–288).

und synoptisch nach Parteiprogrammen gegliederten Analyse nachweist (2000: 278–320).<sup>99</sup>

„Dieses Problembewusstsein gab die Ökumenischen Versammlung an die Oktoberrevolution 1989 weiter. Das Ost und West umfassende Problembewusstsein hatte zur Folge, dass das Ziel der Herbstrevolution nicht in einem simplen Austausch der politischen Systeme, nicht in einen Systemwechsel gesehen werden konnte, sondern nur in einem Systemwandel, das Ost und West umschließt. Dieses Problembewusstsein, das wir weitgehend der ökumenischen Bewegung verdanken, ließ sich im Herbst 1989 der Mehrheit der aufstehenden Bevölkerung nicht mitteilen.“ (Falcke 2001: 277)

Auch wenn die in den informellen Lernprozessen der Gruppen mit Unterstützung des protestantischen Milieus erworbenen kommunikativen, sozialen und teilweise programmatischen Kompetenzen im konkreten Beispiel der friedlichen Revolution temporär von substantieller Bedeutung waren, wirft doch die sich daran anschließende politische Entwicklung in Deutschland die Frage auf, wie derartige Lernprozesse gestärkt und gefördert werden können, damit sie bei weiteren gesellschaftlichen Prozessen „lange genug Bestand haben“ (Livingstone nach Overwien 2005c: 348).

## 7 Desiderata

Für diese Studie wurden mehrere Themenbereiche aufeinander bezogen. Damit mussten im vorgegebenen Rahmen Fragen offen bleiben, von denen einige hier genannt werden sollen.

Ein Handicap für diese Arbeit war die geringe Verfügbarkeit verschriftlichter Quellen zur nichtstaatlichen entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in der DDR. Zur Vertiefung der Kenntnisse über das zivilgesellschaftliche Engagement der Dritte-Welt-Gruppen, als auch zur Validierung der in dieser Studie vorgelegten Ergebnisse bieten sich Oral-History-Methoden an. Bei dieser Form der Zeitgeschichtsforschung ist bei der Auswertung und Interpretation mit besonderer Sorgfalt auf die emotionale Betroffenheit, die politischen wie religiösen Einstellungen und auf den zeitlichen Abstand zum zu eruierten Geschehen zu achten (vgl.: Bauer 2006: 38–52). Von besonderer Aussagekraft sind auch lebensgeschichtliche Interviews (vgl.: Overwien 2005c: 11–40). Speziell für die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR könnte eine for-

---

<sup>99</sup> Neubert spricht gar von Texten der ÖV als der „Magna Charta der DDR-Revolution“ (1997: 792). Vgl.: auch für den entwicklungspolitischen Bereiche 5.2.2 und (Ossig 1990).



schungsleitende Frage sein, wie von den ehemaligen Akteuren die Hinderungen der Partizipation an wichtigen gesellschaftlichen Feldern (Solidarität, öffentliche Medien, Versammlungsmöglichkeiten u.a.) und die verschiedenen Formen der Repressionen durch staatliche Organe auf die Arbeit und auf die Lernprozesse in den Gruppen damals erlebt wurden und im Kontext ihrer damaligen und heutigen politischen Einstellungen bzw. Erfahrungen eingeschätzt werden.

In dieser Studie wurden auch die Wechselwirkungen zwischen den evangelischen Kirchen bzw. der ökumenischen Bewegung und den entwicklungsbezogen arbeitenden Gruppen untersucht. Nicht berücksichtigt werden konnte die Kooperation und die gegenseitige Einflussnahme zwischen den unabhängigen Solidaritätsgruppen der DDR und der BRD. Diese Kontakte sind bisher weder quantitativ erhoben noch qualitativ analysiert worden. Neben exemplarischen Darstellungen sind Forschungsergebnisse zur Wahrnehmung und Reflexion des Nord-Süd- sowie des Ost-West-Konfliktes – einschließlich der Bewertung von Menschenrechtssituationen – in unterschiedlichen Gruppenmilieus wie ordnungspolitischen Rahmen zu erwarten.

In dieser Arbeit wurde sich auf die Analyse des Engagements der Dritte-Welt-Gruppen im Umfeld des INKOTA-Netzwerkes konzentriert. Die kirchliche und unabhängige Dritte-Welt-Arbeit war aber umfangreicher, wie die ersten Ergebnisse einer Bibliographie des zumeist kirchlichen entwicklungspolitischen Samisdat (Döring 2004) zeigt. Ein kritischer Vergleich mit anderen Akteursgruppen unter inhaltlichen und verbreitungstechnischen wie Zielgruppen orientierten Gesichtspunkten konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen werden und steht noch aus. Ergebnisse derartiger Vergleiche könnten mit westdeutschen Studien (z.B. Seitz/Scheunpflug 1994) in Beziehung gesetzt werden, um vertiefte Erkenntnisse über Kontinuitäten und Differenzen sowie ihre Ursachen in der entwicklungspädagogischen Arbeit unterschiedlicher Akteursgruppen in beiden Staaten zu gewinnen.

Die Rolle der evangelischen Kirchen für die gesellschaftliche Kommunikation und die Herstellung kritischer Öffentlichkeit in der DDR wurde in der zeitgeschichtlichen Forschung vielfach beschrieben. Wenig erforscht wurde bisher die Wahrnehmung, Verbreitung und Wirkung kirchlichen Handelns und kirchlicher Verlautbarungen in säkularisierten Teilen der Bevölkerung. Wer wurde durch welche sozialetischen Texte oder Verlautbarungen der Kirchen erreicht und wer nicht? Und: wer woll-

te bzw. konnte nicht erreicht werden? Welche Gründe lassen sich dafür finden? Immerhin stand in jedem Dorf und in jedem Stadtteil eine Kirche. Sind Ursachen stärker in den staatlichen Rahmenbedingungen, dem Charakter der kirchlichen Angebote und ihrer Vermittlung oder bei dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu suchen? Wie wirkte sich die religiöse bzw. theologische Sprache der kirchlichen Verlautbarungen auf die Rezeption bei konfessionslosen Bürgern oder Bürgerinnen aus? Welche Kodierungen konnten verstanden und welche Dekodierungsleistungen mussten erbracht bzw. konnten und wollten nicht erbracht werden? Bei dem Stellenwert, den Solidarität mit der „Dritten Welt“ im Selbstverständnis des sozialistischen Staates wie der evangelischen Kirchen einnahm, könnte eine Untersuchung auf diesem Themenfeld weiterführende Ergebnisse liefern und die in der vorgelegten Arbeit positiv gewerteten Vermittlungsleistungen der Kirchen kritisch hinterfragen.

Zudem könnten Untersuchungen zum Verhältnis von Pädagogik und Theologie bzw. Ethik und Religion (vgl.: Koneffke 2005: 15–41; Gerhardt 2004: 18–22) einen Beitrag zu den Funktionen bzw. Wirkungen von Subjekt orientierten Ansätzen bei gesellschaftspolitischen Transformationsprozessen leisten.<sup>100</sup> Eine wissenschaftliche Debatte über diese Verhältnisbestimmung kann in der gegenwärtigen Diskussion – in der die auf Veränderung orientierende Erziehung und Pädagogik und ihre emanzipatorischen Wirkungen bei Einzelnen wie in der Gesellschaft hinterfragt werden (ZEP 2006: Heft 1/2) – mit erhöhtem Interesse rechnen.<sup>101</sup>

## 8 Zusammenfassung

Dritte-Welt-Gruppen bildeten sich seit 1968 in der DDR. Sie waren substantiell beeinflusst von den emanzipatorischen Bewegungen der so genannten Dritten Welt und in

---

<sup>100</sup> Die für diese Studie herangezogenen Persönlichkeiten: Lange, Freire und Falcke bieten mit ihren Lebenswerken Anknüpfungspunkte für wissenschaftliche wie angewandte Debatten. So provoziert Lange das Gespräch Theologie und Pädagogik, wenn er formuliert: „Alle Emanzipation lebt aus einem Mehr an Hoffnung, das nicht durch Aufklärung produziert werden kann.“ (Pfäfflin 1997: 47)

<sup>101</sup> Ausgangsmaterial könnten z. B. Untersuchungen bzw. vergleichende Auswertungen zu den „facilitadores“ aus der educación popular (Overwien 2005c: 357), der französischen Arbeiterpastorale der 1960er Jahre, der brasilianischen Landpastorale im Umfeld der Theologie der Befreiung, aber auch die differenziert zu beurteilenden Rollen kirchlicher Mitarbeiter bei der temporären Politisierung in der DDR 1988–1990 oder der Theorie des „organischen Intellektuellen“ nach Antonio Gramsci (Haspel 1997: 211–213) liefern.

Westeuropa. Dabei fungierten die Kirchen und die weltweite, ökumenische Gemeinschaft als wichtige Vermittlerinnen. Sie unterstützten die Herausbildung kritischen Bewusstseins und engagierter Parteinahme für die Menschen in Entwicklungsländern mit dem Ziel, die Ursachen für die weltweite Ungerechtigkeit im eigenen Land zu verändern. Dabei maßten sie der mündigen Bürgerin bzw. dem Bürger und der Kommunikation in unabhängigen und sich selbst organisierenden Gruppen eine hohe Bedeutung zu.

Der gesellschaftliche Kontext im Bezug auf die staatliche Entwicklungspolitik der DDR war geprägt von der internationalen Solidarität. Sie stand in der Tradition der marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien und erfolgte bis Mitte der 1970er Jahre in der Regel ohne unmittelbar ökonomische Absichten. Mit außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die von der Partei- und Staatsführung als bedrohend für die Existenz der DDR bewertet wurden, kam es zu einer Ökonomisierung der Beziehungen mit Entwicklungsländern. Ein Hauptziel war die unmittelbare Devisenerwirtschaftung. Diese Neuausrichtung betraf unmittelbar die staatliche Solidaritätspolitik. Folgen davon waren verstärkte Widersprüche mit der propagierten Solidarität, eine Vielzahl von fehlgeschlagenen Großprojekten, eine weiter eingeschränkte Informationspolitik und eine noch schärfere Kaderauswahl. Dies wiederum verstärkte die schon gravierende Trennung zwischen staatlichen und kirchlichen Entwicklungsbemühungen bzw. denen unabhängiger Gruppen. Die Erziehung zur internationalen Solidarität war im Curriculum der Volksbildung verankert, litt aber am praxisfremden Unterricht und der Angst vor „Ausländischem“ und „Fremden“ in der Volksbildung der DDR.

Von Bedeutung für die entwicklungsbezogene Arbeit waren die Beschränkungen bzw. Verbote bei der Projektkommunikation und bei Projektreisen. Sie verhinderten den Kompetenzerwerb in der „Dritten Welt“ und führten neben anderen Gründen nach 1990 zu einer sich nur schwach aufbauenden entwicklungspolitischen Arbeit in den neuen Bundesländern.

Anfang der 1970er Jahre setzte fast zeitgleich in den evangelischen Kirchen der DDR und in sich bildenden entwicklungspolitischen Arbeitskreisen eine neuartige Auseinandersetzung mit innenpolitischen wie globalen Herausforderungen ein. Im 1969 neu gegründeten Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) wurde das Konzept eines „verbesserlichen Sozialismus“ entworfen. Mit ihm war intendiert, die emanzipa-

torisch-humanisierenden Impulse des Christentums mit den Traditionen des Sozialismus zu verbinden. Die Eigenständigkeit der Kirchen sollte erhalten und die grundsätzliche Ablehnung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft als dem nun gegebenen historischen Kontext überwunden werden. Im operationalisierten Teil des Konzeptes kam den mündigen Bürgerinnen und Bürgern als den Subjekten gesellschaftlicher Veränderungen ein hoher Stellenwert zu. Ihnen sollte der vom Staat uneingeschränkte Zugang zu Informationen und deren Verarbeitung sowie das Recht, sich versammeln und selbstbestimmt an gesellschaftlichen Prozessen partizipieren zu können, gewährt werden. Bei der Partei- und Staatsführung mit ihrem marxistisch-leninistischen Herrschaftsverständnis stießen diese Ziele auf Widerspruch und Repression.

Die Anpassungsvorgänge der Kirchen von einer ehemals staatstragenden Mehrheitskirche zu einer von Einflussnahmen abgeschnittenen aber möglichst wirksamen Minderheitskirche sollten mit Hilfe des Konzeptes einer „Kirche als Lerngemeinschaft“ beschleunigt und gesteuert werden. Um die Gefahr klerikaler Verengung und gesellschaftlicher Verweigerung zu verringern, wurde die Förderung der Mündigkeit, Sprachfähigkeit und des Selbstbewusstseins der Christinnen und Christen als Lernweg in den eigenen Reihen formuliert.

Beide Konzepte, „verbesserlicher Sozialismus“ und „Kirche als Lerngemeinschaft“, rezipierten pädagogische (und politologische) Entwürfe der ökumenischen Bewegung der frühen 1970er Jahre, an denen – neben weiteren westeuropäischen Einflüssen – mit Ernst Lange und Paulo Freire zwei politisch wirkende und von Erfahrungen aus den Kämpfen in der „Dritten Welt“ beeinflusste Erwachsenenbildner bzw. Pädagogen beteiligt waren. Diese Subjekt orientierte auf handelnde Individuen und Gruppen ausgerichtete und herrschaftskritische Pädagogik nahm in der konzeptionellen Phase beim BEK Einfluss auf die kirchliche Jugendarbeit und die neu konzipierten Ausbildungsschwerpunkte der Theologie und Gemeindepädagogik. Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildungsgänge prägten – gemeinsam mit der Theolog/innengeneration der „68er“ in der DDR – in den 1980er Jahren die Kommunikation zwischen den unabhängigen Gruppen und Kirchen, erschlossen die Schutzräume und die Ressourcengewährung für die Gruppen wie für die sozioethische Bewusstseinsbildung. Beide Konzepte der 1970er Jahre (verbesserlicher Sozialismus; Kirche

als Lerngemeinschaft) schufen mit der Betonung der Subjektivität des Einzelnen und der Bedeutung von unabhängigen Gruppen wie der Rolle des Lernens bei den notwendigen Anpassungen und Veränderungen in den Kirchen wichtige Voraussetzungen zur Emanzipation der Gesellschaft in der DDR und zur Politisierung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. So unter anderem durch die Friedensdekaden und den Konziliaren Prozess. Sie nahmen Einfluss auf die Wende 1989/1990.

Parallel zu den konzeptionellen Entwicklungen in den verfassten evangelischen Kirchen kam es zu Beginn der 1970er Jahre in katholischen und evangelischen Studentengemeinden zur Bildung von entwicklungspolitischen Arbeitskreisen. Motiviert durch ihr Gewissen wollten vor allem Studentinnen und Studenten in den mehrheitlich als unpolitisch angesehenen Kirchen und ihren Gemeinden um Unterstützung und Solidarität für die „Dritte Welt“ durch selbst organisierte Informations- und Bewusstseinsarbeit werben. Diese Dritte-Welt-Kreise zielten mit ihrer Arbeit zumeist auf die Veränderung innerkirchlicher Verhältnisse. Die Anzahl dieser Arbeitskreise und die Anzahl der Mitglieder war sehr gering. Ein Kennzeichen, dass für die unabhängige Dritte-Welt-Arbeit der DDR bis 1989/90 signifikant blieb. Die Kirchen und ihre Strukturen waren für die Arbeitskreise der 1970er Jahre stärker innerkirchlicher Aktionsraum als Schutzraum vor staatlichen Repressionen. Diese entwicklungspolitischen Arbeitskreise waren – nach den Gruppen der „Bausoldaten“ – die ersten informellen Zusammenschlüsse, die in der DDR themenbezogen und über eine längere Dauer auf globale Herausforderungen reagierten. Sie verbanden Elemente der Konzepte des „verbesserlichen Sozialismus“ und der „Kirche als Lerngemeinschaft“ in ihrer Praxis.

Die wachsenden innenpolitischen Schwierigkeiten Ende der 1970er Jahre in der DDR ließen unabhängige Gruppen eines neuen Typus entstehen. Sie traten verstärkt der Bevormundung und Indoktrinierung durch SED und Staat entgegen. Bei den Dritte-Welt-Gruppen kam es vor allem durch die Nicaragua-Solidarität und die Unterstützung der Vertragsarbeiter aus Mosambik zu Gruppenneubildungen. Einige Nicaragua-Gruppen agierten bewusst politisch, indem sie marxistische und christliche Vorstellungen verbanden, diese der realsozialistischen Realität gegenüber stellten und den Staatssozialismus an die Ideale seines historischen Auftrages – Emanzipation und Humanisierung – erinnerten. In den 1980er Jahren zeigten sich auch in der

Dritte-Welt-Arbeit die Grenzen der Verbesserlichkeit bzw. Veränderbarkeit des DDR-Sozialismus deutlicher als in den 1970er Jahren.

Um der Vereinzelung in der entwicklungsbezogenen Arbeit zu entgehen und die Effektivität der Bildungs- und Bewusstseinsarbeit zu verbessern, wurde bereits 1971 der ökumenische Arbeitskreis INKOTA gegründet. Er agierte als basisdemokratische Koordinierungsstelle. Seine Hauptaufgaben bestanden in der Verbesserung der Kommunikation der Arbeitskreise und Gruppen sowie der Vermittlung zwischen verschiedenen kirchlichen, unabhängigen und mitunter staatlichen Einrichtungen. Der INKOTA-Arbeitskreis erfüllte vor allem intermediäre Funktionen. Die intermediäre Stellung kennzeichnete vor allem die Arbeit des Leitungskreises und des Berliner Büros.

In den Dritte-Welt-Gruppen der DDR – allgemein in unabhängigen Gruppen – fand vielfältiges Lernen im Rahmen von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und während der sozialen Prozesse statt. Die Gruppen wurden zu Plätzen selbstbestimmten informellen Lernens, das sich in bewusster wie notgedrungener Unabhängigkeit vom formalen Lernen in den staatlichen Einrichtungen abhob, es teilweise kompensierte und eine eigene Qualität erreichte. Dieser Kompetenzerwerb hatte Anteil an der Herausbildung widerständigen Verhaltens unter repressiven Gesellschaftsformen und stand in Verbindung mit anderen herrschaftskritischen Bewegungen in der Welt.

Die während der Kommunikation in und zwischen den Gruppen erlangten Kompetenzen und Fähigkeiten waren für die gewaltlose Gestaltung der politischen Wende 1989/1990 (friedliche Revolution) von größter Bedeutung. Dies zeigte sich – in Verbindung mit den Ressourcen der Kirchen – zum Beispiel an den Runden Tischen während der Transformation der DDR-Gesellschaft. In diesem Vakuum politischer Legitimationen und Administrationen konnten die in den unabhängigen Gruppen erworbenen Kompetenzen angewandt und so vorübergehend gesellschaftliche Prozesse emanzipatorisch und humanisierend mit gestaltet werden. Diese tatsächlichen Wirkungen lagen weit über den auf Grund der quantitativen Anzahl der Akteure aus den Gruppen zu erwartenden Effekte. Im Verlauf der weiteren Gestaltung der deutschen Einheit zeigte sich allerdings, dass die beim Lernen in informellen Grup-

pen erlangten Fähigkeiten nur von temporärem Einfluss waren und die Kompetenzen sich nur schwer verstetigen ließen.

Im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung fanden sich Kräfte zur Veränderung der DDR-Gesellschaft aus Kirchen und Gruppen zusammen. Mittels induktiver Methoden, die aus der Theologie der Befreiung entlehnt waren, wurden unabhängige Gruppen und ihre gesellschaftspolitischen Erfahrungen integraler Bestandteil dieses Prozesses. Mit Hilfe der kirchlichen Sozialethik wurde ein Programm zur Veränderung der Gesellschaft (wie der Kirchen) der DDR im Kontext der globalen Hauptherausforderungen entworfen. Diese Programmarbeit floss im Sommer 1989 unmittelbar und substantiell in die oppositionellen Verlautbarungen der Wende 1989 ein. Der Konziliare Prozess in der DDR kann als Höhepunkt einer auf Veränderung und Verbesserung von weltweiten Verhältnissen wie der eigenen Gesellschaft angelegten langfristigen emanzipatorischen Bewegung bezeichnet werden. Sie begann Ende der 1960er Jahre und zog unter den repressiven Verhältnissen der DDR Kraft aus den potentiellen Veränderungserwartungen, die auch durch politische Bildungs- und Bewusstseinsarbeit wach gehalten wurden, die Herausforderungen der globalen Menschheitsthemen mit einbezog und den Wandel im eigenen Land als Aufgabe ansah.

Die entwicklungsbezogene Bildung der unabhängigen Dritte-Welt-Gruppen war ein Bestandteil dieser Bewegung. Sie empfing auf diesem Weg mehr Impulse aus der „Dritten Welt“, als sie durch ihre eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten und durch Projektunterstützungen den Menschen in der „Dritten Welt“ geben konnte.

## **9 Anhang**

### Übersicht von Dritte-Welt-Gruppen in der DDR 1989/90

Die Übersicht stützt sich im Schwerpunkt auf ein im Frühjahr 1990 zusammengestelltes Handbuch der Dritte-Welt-Gruppen<sup>102</sup> in der DDR und auf Ergänzungen aus eigener Kenntnis. Das Handbuch wurde vom Dritte-Welt-Zentrum Freiburg i. Br. (Iz3w)

---

<sup>102</sup> Vogel, Detlef/Müller, Gertrud (1990): Zwischen Rostock und Dresden. 2/3-Weltgruppen. Ein Handbuch. Gießen. S. 1-110.

und dem INKOTA-Arbeitskreis Berlin herausgegeben. Von den wiedergegeben 43 Darstellungen entwicklungspolitischer Gruppen und staatlicher Einrichtungen wurden 24 unabhängigen Gruppen zugeordnet. Damit wurden ca. zwei Drittel der 1989/1990 entwicklungspolitisch tätigen unabhängigen Gruppen erfasst. Im Handbuch ist der den Gruppen zugesandte Fragebogen bzw. Anfragen nicht nachgewiesen. Die wiedergegebenen Antworten weisen starke quantitative Unterschiede auf. Die Eintragungen in der Tabelle stellen Zusammenfassungen des Autors dar.

| <b>Name der Gruppe</b>                                     | <b>Jahr Der Gründung</b> | <b>Angaben zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit</b>   | <b>Angaben zur Projektarbeit im Ausland</b>   | <b>Anzahl der Gruppenmitglieder</b> |
|--|--------------------------|---|---|-------------------------------------|
| Arbeitsgruppe südliches Afrika der Sophiengemeinde, Berlin | 1988                     | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschäftigung mit ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen,</li> <li>- Mitarbeit am Ausländertreff Cabana,</li> <li>- Spezielle Arbeitsgruppe 2-%-Appell (Kirchensteuerermittel),</li> <li>- Basararbeit,</li> <li>- gegründet im Umfeld der IWF-Tagung in Berlin-West.</li> </ul>  | Unterstützung einer Lehrwerkstatt in Mosambik | 8                                   |
| Arbeitskreis Südliches Afrika „Xitsikwane“, Berlin         | 1987                     | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gründung anlässlich des 10. Jahrestages des Schüleraufstandes in Soweto,</li> <li>- Bekanntmachen mit Geschichte, Kultur politischer und wirtschaftlicher Situation der Länder des südlichen Afrika,</li> <li>- Fragen nach politischen und wirtschaftlichen Einflüssen der DDR in dieser Region,</li> <li>- Bewusstmachen, dass BürgerInnen der Nordhalbkugel an Beraubung der südlichen Länder beteiligt sind,</li> <li>- Einsatz für Rechte ausländischer Mitbürger (insbes. Mosambikaner und Angolaner),</li> <li>- Mitbegründer des Begeg-</li> </ul> | Frauenprojekt „Nähwerkstatt“ in Mosambik      | 10                                  |



|  |               |  |  |  |
|--|---------------|--|--|--|
|  |               | nungszentrums für deutsche und ausländische Mitbürger "Cabana".  |  |  |
| Dritte-Welt-Zentrum<br>Winsstraße,<br>Berlin<br>(Baobab)   | 1989/<br>1990 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungs- und Bewusstseinsarbeit mit Schwerpunkt Nicaragua und Südliches Afrika,</li> <li>- Seit März 1990 eigenes Café,</li> <li>- Wöchentlich mehrere Veranstaltungen,</li> <li>- Antirassismuskordinierung,</li> <li>- hervorgegangen aus vier Solidaritätsgruppen der Ev. Bartholomäusgemeinde.</li> </ul>  | k. A.  |  |
| INKOTA-Arbeitskreis,<br>Berlin   | 1971          | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hervorgegangen aus dem „Aufruf für die Hungernden“ 1957,</li> <li>- Ökumenisches Netzwerk,</li> <li>- Unterstützung und Vernetzung entwicklungsbezogen arbeitender Gruppen,</li> <li>- Bewusstseinsbildung: „Entwicklung beginnt bei uns selbst“,</li> <li>- Gremienarbeit in Kirche und Gesellschaft,</li> <li>- Regionale Schwerpunkte in Sachsen, Berlin und Thüringen.</li> </ul> | Nicaragua:<br>mehrere<br>Projektpartner,<br>Mosambik:<br>landwirtschaftl.<br>Ausbildungs-<br>zentrum,<br>Vietnam:<br>Gehörlosenschule in Hanoi,<br>El Salvador:<br>Flüchtlingsgemeinden. | 1988:<br>ca. 35<br>Gruppen<br>nim<br>Netzwerk,<br>rd. 800 -<br>Einzelengagierte. |
| Nicaragua-Arbeitskreis,<br>Berlin  | 1984          | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Herausgabe der Semesdat-Zeitschrift „Einblicke“ (in die Verhältnisse Nicaraguas),</li> <li>- Unterstützung des Ausländertreffs Cabana,</li> <li>- Arbeit für die „entwicklungspolitisch unterentwickelte Bevölkerung der entwickelten Länder“.</li> </ul>   | Landgemeinde in Nicaragua;<br>Schulmaterial,<br>Kinderspielzeug, Kleidung.   | k. A.  |
| Kontaktstelle und Arbeitsgemeinschaft für angepasste Technik in der Entwicklungszusammenarbeit,<br>(KATE),<br>Berlin | 1988          | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschäftigung mit angepasster Technik in Entwicklungsländern,</li> <li>- Fachliche Informationsvermittlung,</li> <li>- Allgemeine Bildungsarbeit,</li> <li>- Zusammenarbeit mit Studenten technischer Fachrichtungen aus Entwicklungsländern,</li> <li>- Technologiebewertung,</li> </ul>   | Im Aufbau begriffen.   | k. A.  |

|  |           |  |  |             |
|--|-----------|--|--|-------------|
|  |           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitsgruppen: Soziale und ökologische Verträglichkeit, Energie/Transport, Landwirtschaft/Bau/Entwurf, Gesundheit.</li> </ul>  |  |             |
| Food first Information & Action Network (FIAN), Chemnitz | 1988/1990 | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einflussnahme auf Entwicklungspolitik der DDR, um Menschenrechtsgedanken zu verstärken,</li> <li>- Eilaktionen nach FIAN-Aufruf (ab Dezember 1989),</li> <li>- Kampagne „Brot statt Rosen“.</li> </ul>                    | Keine eigenen Projekte.                                      | 55 DDR-weit |
| Projektgruppe 2/3-Welt der Umweltgruppe, Cottbus         | 1987      | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Region südliches Afrika,</li> <li>- Informations- und Bewusstseinsarbeit,</li> <li>- Ausländer in der DDR.</li> </ul>   | Keine eigenen Projekte                                       | k. A.       |
| 2/3-Welt-Arbeitskreis der Versöhnungskirche, Dresden     | k. A.     | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bewusstseinsarbeit.</li> <li>- Ökumene auf Gemeindeebene stärken,</li> <li>- Dialog Christen u. Marxisten,</li> <li>- Analyse der weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit und nach DDR-Verwicklungen Fragen.</li> </ul> | k. A.  | 10          |
| Arbeitskreis Entwicklungshilfe, Dresden                  | 1968      | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ursprünglich Spendensammlung,</li> <li>- ab 80er Jahre zunehmend Informations- und Bewusstseinsarbeit,</li> <li>- Konziliarer Prozess.</li> </ul>   | Unterstützung von Lepradörfern in Tansania.                  | k. A.       |
| Quilombo-Eine-Welt, Dresden                              | 1987      | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Informationsarbeit, insbes. zu Energie-, Rohstoff und Ernährungsfrage,</li> <li>- Einbeziehung der Kultur in Bildungsarbeit.</li> </ul>   | Behutsame Form der Entwicklungshilfe.                        | k. A.       |
| Tansania-Gruppe der Gemeinden St. Wigbert, Erfurt        | k. A.     | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einheit von Bewusstseinsarbeit und materieller Hilfe.</li> </ul>  | Zwei Gemeinden im Süden von Tansania; Paketsendungen.        | 10          |
| Uganda- Arbeitskreis bei der Ev. Regler-Gemeinde, Erfurt | 1984      | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Problembewusstsein und Weltverantwortung der Mitbürger ausbauen helfen.</li> </ul>  | Unterstützung von fünf Kinderhäusern, insgesamt 300 Kindern. | 2–5         |
| Initiative für ein                                       | 1988      | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeit bisher im Verborgenen,</li> </ul>  | Unterstützung  | 10          |

|   |       |  |   |       |
|---|-------|--|---|-------|
| 2/3-Welt-Zentrum/ Ökumenischer Nicaragua Arbeitskreis, Erfurt |       | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklungspolitische Gremienarbeit (ab 1990),</li> <li>- Bewusstseinsarbeit (Eine-Welt-Sicht) gegen Ausländerfeindlichkeit.</li> </ul>  | einer Basisgruppe in Nicaragua  |       |
| Eine-Welt-Haus, Halle   | 1990  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung eines Begegnungs- und Kommunikationszentrums für Menschen unterschiedlicher Nationalitäten,</li> <li>- Bewusstseinsbildende Öffentlichkeitsarbeit,</li> <li>- Nichtkommerzieller Vertrieb von Waren,</li> <li>- Förderung des Kulturaustausches.</li> </ul> | Keine eigenen Projekte.   | k. A. |
| Künstler für andere, Halle                                    | 1987  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Organisieren von Veranstaltungen mit Künstlern, die unentgeltlich auftreten,</li> <li>- Spendengelder einwerben,</li> <li>- monatlich eine Veranstaltung.</li> </ul>  | Spenden werden Projekten zur Verfügung gestellt.                                  | k. A. |
| el camino, Jena   | 1982  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Informationsveranstaltungen zur wirtschaftlichen und politischen Situation in Mittel- und Südamerika,</li> <li>- Unterstützung von staatlichen und nichtstaatlichen Projekten.</li> </ul>  | Kindergarten u. Vorschule der Baptistengemeinde in Diriamba/ Nicaragua            | 8–10  |
| 3. Welt-Laden, Leipzig  | 1989  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nichtkommerzieller Verkauf,</li> <li>- Veranstaltungen zu alternativem Handel und zur Problematik von Großbanken.</li> </ul>  | k. A.   |       |
| Arbeitskreis Gerechtigkeit für Nicaragua, Leipzig             | 1985  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Öffentlichkeitsarbeit,</li> <li>- Vorträge/Seminare,</li> <li>- Herausgabe v. Publikationen,</li> <li>- Kontakte zu hier lebenden Ausländern,</li> <li>- Eintreten für unmittelbare praktische Hilfe/Hilfe zur Selbsthilfe.</li> </ul>                                | Projekte: Centro Ecumenico A. Valdivieso; landwirtschaftl. Kooperative Los Lopez. | 6–12  |
| Nicaragua-Arbeitskreis der Ev. Studentengemeinde, Magdeburg   | k. A. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Basisgruppen unterstützen.</li> </ul>   | Projekt: Pastoral der Universitaria Menonita, Managua/Nicaragua                   | 3–6   |
| Nicaragua-Gruppe beim   | 1985  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffen von Problembewusstsein,</li> </ul>   | Projekte auf Zeit: z.B. Carlos-   | k. A. |

|   |       |  |   |       |
|---|-------|--|---|-------|
| Landesjugendpfarramt, Magdeburg               |       | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsveranstaltungen u. Seminare, Auftritte in kirchlichen Gruppen,</li> <li>- Finanzieller Erlös ist eigentlich Nebenprodukt.</li> </ul>  | Marx-Krankenhaus in Managua/Nicaragua   |       |
| Tierra unida, Potsdam                         | 1983  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Informationen zum Verhältnis zwischen armen und reichen Völkern,</li> <li>- Aktionen zum Erlangen von Spenden als Zeichen der Solidarität,</li> <li>- Betreiben des Cafés Cabana.</li> </ul>  | Flüchtlingsgemeinden in El Salvador, Wiederaufbau El Rama u. Pakete f. Carlos-Marx-Krankenhaus in Managua/ Nic., Aktionen zu Chile, Tansania, Burkina Faso. | 8–10  |
| Südafrika-Arbeitskreis, Stralsund             | k. A. | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika,</li> <li>- Information und Öffentlichkeitsarbeit (Vorträge, Ausstellungen),</li> <li>- Kontakte zu hier lebenden Ausländern,</li> </ul>  | Fahrräder für die ANC-Schule in Morogoro/Tansania.  | k. A. |
| Gruppe Verantwortlich Leben, Struth/Eichsfeld | 1981  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bewusstseinsbildung im nordthüringischen Raum und in der katholischen Kirche,</li> <li>- Projekt zur Ausbildung zum Tischler für 10 mosambikanische Vertragsarbeiter, die wegen Entlassung aus dem Betrieben mit Ausweisung bedroht waren.</li> </ul> | Landwirtschaftl. Projekt im Norden von Mosambik.  | 8–12  |

## Literaturverzeichnis

- ADW (Nr. 63): *Einladungsschreiben*. Briefkopf Aktion Sühnezeichen/Aktionsgemeinschaft für die Hungernden. Datum: Leipzig im August 1971. Unterschrift: Reinhard Piechocki. In: Hauptarchiv des Diakonischen Werkes der EKD, (ADW). Berlin. Bestand: ADW, Brot für die Welt-DDR, Nr. 63.
- ADW (Nr. 6): *Aktennotiz*. Johannes Althausen, Berlin. 1. 11. 1971 für OLKR von Brück, Dresden, Bevollmächtigte von Brot für die Welt-DDR. In: Hauptarchiv des Diakonischen Werkes der EKD, (ADW). Berlin. Bestand: ADW, Brot für die Welt-DDR, Nr. 6.
- Affolderbach, Martin/Scheunpflug, Annette (1996): *Parteilichkeit oder Komplexität? Anmerkungen zur Diskussion um die Verwendung unterschiedlicher Theorieansätze im Hinblick auf weltbürgerliche Erziehung*. In: ZEP. Frankfurt/M. 19. Heft 3/1996, S. 44–48.
- Aktion Sühnezeichen (1990): *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung*. Berlin.
- Autorenkollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (1973): *Kleines politisches Wörterbuch*. Berlin/DDR.
- Autorenkollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (1982): *Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechtes*. Berlin/DDR.
- Balsen, Werner/Rössel, Karl (1986): *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*. Köln.
- Bauer, Babett (2006): *Kontrolle und Repression – Individuelle Erfahrungen in der DDR 1971–1989. Historische Studie und methodologischer Beitrag zur Oral History*. Göttingen.
- Becker, Ulrich (2004): *Konturen einer ökumenisch-konziliaren und interreligiösen Didaktik*. S. 181–187. In: Ökumenisches Arbeitsbuch Religionspädagogik. Stuttgart.
- Behrens, Roger (2002): *Kritische Theorie*. Hamburg.
- BEK (1981): Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. *Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1970–1980*. Berlin/DDR.
- BEK (1986): Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. *Die Evangelischen Kirchen in der DDR – Partner in der Mission*. In: Epd-Dokumentation. Frankfurt/M. Nr. 52. S. 1–13.
- BEK (1987): Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. *Gemeinsam unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987*. Berlin/DDR.
- Bernfeld, Siegfried (1976): *Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung*. Frankfurt/M.
- Belle, Manfred (1996): *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinigten Deutschland. Ziele, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution*. Frankfurt/M.
- Bendit, Rene/Heimbucher, Achim (1977): *Von Paulo Freire lernen – ein neuer Ansatz für Pädagogik und Sozialarbeit*. München.
- Berger, Almuth (2004): *Vertragsarbeiter: Arbeiter der Freundschaft? Die Verhandlungen in Maputo 1990*. In: Voß (2004: 512–528).
- Berger, Annette (1989): *Bericht von einem Afrikaabend. Zweidrittelwelt-Kalender 1989*. S. 14–16. Kleinoffset. Archiv INKOTA-Netzwerk e.V. Berlin.

- Berger, Annette (2002): *Globales Lernen an berufsbildenden Schulen in Brandenburg*. Manuskript Magisterarbeit. Berlin.
- Bindemann, Walther (1990a): *Eine Lobby für die Armen*. In: DDR Entwicklungspolitik zwischen Ab- und Aufbruch. EPD-Entwicklungspolitik.
- Bindemann, Walther (1990b): *Minderheitenvotum gegen Wohlstandsrausch. Aus der entwicklungspolitischen Diskussion in der DDR*. In: Der Überblick. Heft 3/1990. Hamburg. S. 114–118.
- Bitter, Gottfried (Hrsg.) (1986): *Neues Handbuch religionspädagogischer Grundbegriffe*. München.
- Blattert, Barbara et al. (1994): *Von der Opposition der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?* WZB. Berlin.
- BMZ (Hrsg.) (2000): *Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik*. Bonn.
- Brock, Lothar/Spranger, Hans-Joachim (1987): *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt*. Opladen. S. 84–150.
- Bühler, Hans (1996): *Perspektivenwechsel – unterwegs zum „globalen Lernen“*. Frankfurt/M.
- Bühler, Hans/Datta, Asit: (ZEP 1998): *global-total-fatal*. S. 7–9.
- Claus, Burghard (Hrsg.) (1990): *Die Entwicklungspolitik der DDR im Umbruch*. Paper des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik (DIE). Berlin.
- Club of Rome (1979): *Zukunftschance Lernen: Bericht für die achtziger Jahre*. Hrsg. von Aurelio Peccei. München.
- Comenius-Institut (1994), unter Mitarbeit von Scheunpflug, Annette und Seitz, Klaus: *Entwicklungspolitische Bildung. Bibliographie zur Geschichte der entwicklungsbezogenen Bildung Teil I Theoretische Beiträge 1947–1992*. Münster.
- CVJM-Gesamtverband (2005): *Programme mit Partnern aus Ländern der Zwei-Drittel-Welt – Möglichkeiten und Voraussetzungen. Jugendpolitische Maßnahmen mit Entwicklungsländern*. Kassel.
- Evers, Wolfgang (1994): *Politische Einstellungen der Gruppenvertreter vor der Wende*. In: Findeisen. 222–268.
- Degen, Roland (1973): *Rezension. Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten*. In: Die Christenlehre. Heft 12/1973. Berlin/DDR. S. 379–381.
- Demirović, Axel (1999): *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*. Frankfurt/M.
- Demke, Christoph (Hrsg.) (1994): *Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*. Leipzig.
- Deutscher Bundestag (1994): *Werkzeug des SED-Regimes – Bericht zum Bereich Kommerzielle Koordinierung und A. Schalck-Golodkowski*. Drucksache 12/3464. Bonn.
- Deutscher Bundestag (1994): *„Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur*. Abschnitt V des Kommissionsberichtes der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bundestagsdrucksache 12/7820 vom 31.05.1994. In: EPD-Dokumentation (1994): Nr. 32–33. Frankfurt/M. S. 11–76.

- Deutscher Bundestag (2005): *Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung für den Zeitraum 2002 bis 2005*. Drucksache 15/6012. Berlin.
- Dienst, Karl (1986): *Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Hessen Nassau*. Nr. 4. In: Becker (2004: 197).
- Dohmen, Günter (2001): *Das informelle Lernen. Die internationale Erschließung einer bisher vernachlässigten Grundform menschlichen Lernens für das lebenslange Lernen*. Bonn,
- Dorgerloh, Fritz (1999): *Geschichte der evangelischen Jugendarbeit, Teil 1, Junge Gemeinde in der DDR*. Hannover.
- Döring, Hans-Joachim (1988): *Ich hab es satt, dass andere hungern. Zweidrittelwelt-Gruppen in den Kirchen in der DDR*. In: Der Überblick. Heft 3/1988. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. Hamburg. S. 19–23.
- Döring, Hans-Joachim (1989): *Eine Hoffnung ging um. Konziliarer Prozess in der DDR: Leben in Worte gefasst – Worte in Papier verwandelt – Hoffnung, dass Papier wieder Leben wird*. In: Der Überblick. Heft 3/1989. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. Hamburg. S. 72–76.
- Döring, Hans-Joachim (1999a): *„Es geht um unsere Existenz“ Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien*. Berlin.
- Döring, Hans-Joachim (1999b): *Montagsalarm im Politbüro. Erinnerungen an die Anfänge der Friedensgebete in St. Nikolai zu Leipzig*. In: Die Zeichen der Zeit – Lutherische Monatshefte 1/1999. S. 36–38.
- Döring, Hans-Joachim (2000a): *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: Vom Profil im Vakuum*. In: Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik. BMZ (2000). S. 19–34.
- Döring, Hans-Joachim (2000, b): *Sustainability und Ökumene*. In: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde. Wittenberg. S. 26–30.
- Döring, Hans-Joachim (2004): *Bibliographie zur entwicklungspolitischen Bildungs-Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen und staatlichen Stellen in der ehemaligen DDR*. Bonn/ Berlin 2005.
- Döring, Hans-Joachim/Rüchel, Uta (Hrsg.) (2005): *Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik*. Frankfurt/M.
- Dovermann, Ulrich (2000): *Interkulturelles Lernen*. Bonn.
- EPD (1990): *DDR Entwicklungspolitik zwischen Ab- und Aufbruch*. Materialien. Sonderdienst V/90. EPD-Entwicklungspolitik. Frankfurt/M.
- Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg (1990): *Inter-Aktion I und II, Dossier des entwicklungspolitischen Runden Tisches*. März 1990 und Juni 1990.
- EZA (101/56–58) Evangelisches Zentralarchiv Berlin: *Unterlagen zur 2. Sitzung der 2. Synode des BEK vom 29. 10. – 01. 10. 1974 in Potsdam. „Kirche als Gemeinschaft von Lernenden“*. Band 56–58.
- EZA (101/1711) Evangelisches Zentralarchiv Berlin: *Betr.: Besuch von Prof. Dr. Freire beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 13. – 22. März 1976*. Bestand Kirchliche Kommission für Jugendarbeit. USB 101/76. Zusammenstellung von Zitaten von Paulo Freire: Ohne Datum und ohne Name. 5 Seiten. Band: 1711.

- Faber, Richard/Stölting, Erhard (Hrsg.) (2002): *Die Phantasie an die Macht? 1968 – Versuch einer Bilanz*. Berlin
- Falcke, Heino (1972): *Christus befreit – eine Kirche für andere*. In: Demke (1994, 14–33).
- Falcke, Heino (1985): *Unsere Kirchen und ihre Gruppen. Lebendiges Bekenntnis heute?* In: Pollack (1990: 41–56).
- Falcke, Heino (2001): *Der Beitrag der Evangelischen Kirchen zur Herbstrevolution 1989 in der DDR – gezeigt am Beispiel der ökumenischen Versammlung*. In: Berliner Theologische Zeitschrift 18. Heft 2/2001. S. 272–284.
- Fanon, Frantz (1961): *Die Verdammten dieser Erde*. Vorw. von Jean-Paul Sartre. Dt. von Traugott König. Frankfurt/M. 2005.
- Feydt, Sebastian (1990): *Die Leipziger Friedensgebete*. In: Grabner (1990: 123–135).
- Findeisen, Hagen et al. (1994): *Die Entzauberung des Politischen*. Leipzig.
- Findeisen, Hagen (1994): *Die Strukturen der Gruppen vor der Wende*. In: Findeisen (1994: 241–268).
- Fingerle, Jörg (2001): *Die Kirche als intermediäre Institution: Grundlinien einer theologischen Theorie zur Sozialgestalt der Kirche*. Berlin.
- Freire, Paulo (1973): *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Befreiung*. Reinbek.
- Freire, Paulo (1974): *Pädagogik der Solidarität. Für eine Entwicklungshilfe im Dialog*. Wuppertal.
- Freire, Paulo (1977): *Erziehung als Praxis der Freiheit. Beispiele zur Pädagogik der Unterdrückten*. Reinbek.
- Führung, Gisela (Hrsg.) (1978): *Lernen in weltweitem Horizont. Schulische Erfahrungen in Ostdeutschland*. Münster.
- Fuhr, Reinhard (1986): *Politisches Lernen im Alltag*. In: Haller/Meyer (1986: 154–164).
- Gerhard, Hein-Peter (2004): *Befreiende Pädagogik*. ZEP 27. Jg. Heft 4/2004. S. 18–22.
- Giesecke, Hermann (1972): *Didaktik der politischen Bildung*. München.
- Goethe Institut InterNationes (2004): *Interkulturelles Lernen*. Bielefeld.
- Grabner, Wolf-Jürgen (Hrsg.) (1990): *Leipzig im Oktober. Kirche und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende*. Berlin.
- Grammes, Tilman et al. (1996): *Freundschaft. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln*. Eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend, Sport des Landes Brandenburg. Leipzig.
- Grewe, Susanne (1992): *Die Koordination eines Tausendfüßlers. Zur Neuordnung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes*. KED-Grundsatzreferat. Manuskript. Stuttgart.
- Großmann, Klaus et al. (1995): *Zukunftsfähiges Lernen? Herausforderungen für Ökumenisches Lernen in Schule und Unterricht*. Münster.
- Grünberg, Wolfgang (1991): *Bildung als Strategie gegen den Tod – Theologie und Pädagogik bei Ernst Lange und Paulo Freire*. Ökumenische Rundschau. Heft 1/1991. S. 41–54.
- Gugel, Günther et al. (1999): *Who is Who? Leitfaden für Informationen zur Zweidrittelwelt in Baden-Württemberg*. Tübingen.



- Haller, Hans-Dieter/Meyer, Hilbert (Hrsg.) (1986): *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Handbuch und Lexikon der Erziehung*. Band 3. Ziele und Inhalte von Erziehung und Unterricht. Stuttgart.
- Herbert, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen (1994): *So funktioniert die DDR*. Hamburg.
- Husemann, Bettina/Neumann, Annette (1994): *Die Afrikapolitik der DDR. Eine Titeldokumentation der Akten des Politbüros und des Sekretariates des Zentralkomitees der SED 1949–1989*. Herausgegeben vom Deutschen Übersee-Institut. Hamburg.
- Hübner, Jörg (2003): *Globalisierung – Herausforderung für die Kirche und Theologie*. Stuttgart.
- INKOTA-Brief (1972–2006): Archiv: INKOTA-netzwerk e.V. Berlin.
- INKOTA (1991): Sonderheft 20 Jahre INKOTA-Arbeitskreis. Berlin.
- Johannsen, Friedrich/Noormann, Harry (Hrsg.) (1990): *Lernen für eine bewohnbare Erde. Bildung und Erneuerung im ökumenischen Horizont. Für Ulrich Becker*. Gütersloh.
- Kasner, Horst (1974): *Die Kirche als Gemeinschaft von Lernenden. Vortrag zur 2. Sitzung der 2. Synode des BEK vom 29.10. – 01.10.1974*. S. 1–17. In: Evangelisches Zentralarchiv (EZA). Berlin. Band: 101/57.
- Kähler, Bernd (1978): *Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik. Erfahrungen in einem neuen kirchlichen Arbeitsfeld*. Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst Nr. 16. Frankfurt/M.
- Kaiser, Olaf (2004): *Spaten statt Gewehr. Bausoldaten in der DDR*. Leipzig.
- Kirchhoff, Steffen et al. (2003): *Informelles Lernen im sozialen Umfeld*. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 99. Band, Heft 2/2003, S. 536–555. Stuttgart.
- Kitsche, Heinz (2001): *Wurzelspuren. INKOTA in Dresden von den Anfängen bis zur Wende*. In: Ich habe es satt, dass andere hungern. Sonderheft 30 Jahre INKOTA. S.11–13. Berlin.
- Knabe, Hubertus (1989): *Neue soziale Bewegungen. Zur Entstehung und Bedeutung alternativer Gruppen im Sozialismus*. In: Kirche im Sozialismus. Heft 1/1989. S. 14–16.
- Knabe, Hubertus (1996): *Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR. Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/96. S. 23–36.
- Koch, Egmont (1992): *Das geheime Kartell. BND, Schalck, Stasi & Co*. Hamburg.
- Koerrenz, Rolf (2001): *Ökumenisches Lernen – Lernen im Horizont der einen Welt*. In: Bitter (1986: 134–151).
- Koneffke, Gernot (2005): *Der Grund für die mögliche Befreiung von Herrschaft liegt im Diesseits – gegen die Theologisierung der kritischen Bildungstheorie*. In: Pädagogische Korrespondenz. Heft 33. S. 15–41. Wetzlar.
- Krüger-Potratz, Marianne et al. (1996): *Völkerfreundschaft und internationale Solidarität*. In: Grammes (1996: 171–255).
- Krusche, Werner (1988): *Sechster März 1978: ein Lernweg*. Berlin/DDR.
- Lange, Ernst (1972): *Das ökumenische Unbehagen*. In: Scholz, Rudolf (Hrsg.) (1981): *Kirche für die Welt*. München. 1981.
- Lange, Ernst (1973): *Einführung*. In: Freire, Paulo (1973) : *Pädagogik der Unterdrückten*. S. 9–24. Hamburg.

- Lange, Ernst (1974): *Bildung als Problem und Funktion der Kirche*. In: Lange (1980: 157–197).
- Lange, Ernst (1980): *Sprachschule für die Freiheit. Bildung als Problem und Funktion der Kirche*. Hrsg. und eingeleitet von Scholz, Rudolf. München. Edition Ernst Lange.
- Lange, Ernst (1986): *Die ökumenische Utopie oder was bewegt die Kirche?*. München. 2. Auflage.
- Lehmann, Peter (1990): *Ökumenisches Lernen im Kontext der Herausforderung von Kirche und Gesellschaft in der DDR*. In: Johannsen/Noormann (1990: 25–35). Der Vortrag wurde am 24. Mai 1988 zur Eröffnung der ökumenischen Werkstatt beim Ökumenisch-Missionarischen Zentrum in Berlin/DDR gehalten.
- Lehmann, Peter/Hahn, Matthias (1998): *Interkulturelles und interreligiöses Lernen – Modethemen westdeutscher Religionspädagogik?* In: Führung (1998: 36–42).
- Luckmann, Thomas (1998): *Gesellschaftliche Bedingungen geistiger Orientierung*. In: ders. (Hrsg.) *Moral im Alltag*. S. 19–46.
- Luhmann, Niklas (1972): *Die Organisiertheit von Religionen und Kirchen*. In: *Religion im Umbruch*. Hrsg. von J. Wössner. Stuttgart 1972. S. 245–285. Zit. nach: Pollack (1989:124).
- Mädche, Flavia (1995): *Kann Lernen wirklich Freude mache? Der Dialog in der Erziehungskonzeption von Paulo Freire*. München.
- Mergner, Gottfried (2002): *Paulo Freire: Zur Vernunft der Solidarität*. In: Nitsch (2002: 100–108).
- Meueler, Gottfried (2005): *Nachhaltige Entwicklung oder Segeln ohne Wind*. In: ZEP Heft 2/2005. S. 9–14.
- Meyer, Evi (1990): *Zur Pädagogik des Konziliaren Prozesses – Anstöße von Paulo Freire*. In: *Katechetische Blätter*. München. Heft 12/1990. S. 845–854.
- Meyer, Kurt (1977): *Verkündigung als Bildung, Bildung als Verkündigung*. Informationspapier der Studienstelle der DEAE. Nr. 14. Karlsruhe.
- Mickel, Wolfgang/Zitzlaff, Dieter (1988): *Handbuch zur politischen Bildung*. Opladen.
- Möller, Harald (2004): *DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran*. S. 275–317. Berlin.
- Mühlpfordt, Günter et al. (2001): *Der Spirituskreis (1890–1958). Eine Gelehrten-gesellschaft in neuhumanistischer Tradition. Vom Kaiserreich bis zum Verbot durch Walter Ulbricht im Rahmen der Verfolgungen an der Universität Halle 1957 und 1958*. Halle.
- Niedermayer, Oskar (1996): *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland. Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern*. Opladen.
- Nitsch, Wolfgang et al. (Hrsg.) (2002): *Statt Menschenliebe: Menschenrechte – Lernprozesse zwischen gesellschaftlicher Anpassungsgewalt und Widerstand*. Frankfurt/M.
- Nohlen, Dieter/Nuschler, Franz (1994): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 Unterentwicklung und Entwicklung: Theorie–Strategie–Indikatoren*. Hamburg.
- Noisser, Norbert et al. (1998): *Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland – Stand der Diskussion und (bildungs-)politische Herausforderungen*. Institut für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes e.V. Bonn.

- Noormann, Harry (1989): „...und vergesst den Konziliaren Prozess“. Themenheft Konziliarer Prozess. In: Zeitschrift für die Praxis des Religionsunterrichtes. München. Heft 3/1989. S. 113–116.
- Nuschler, Franz (1996): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Bonn.
- Olejniczak, Claudia (1999): *Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland*. Wiesbaden.
- Orth, Gottfried (1994): *Ökumenisches Lernen*. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 17. Jg. 1/1994. Frankfurt/M.
- Orth, Gottfried (1998): *Parteilichkeit als Bildungsauftrag*. In: Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern. Jg. 15. Heft 2/1998. S.15–25.
- Ossig, Gisela (1990): *Entwicklungspolitik in den Wahlprogrammen der DDR*. In: EPD-Entwicklungspolitik (1990: 111–113).
- Ott, Rudi (1991): *Der Konziliare Prozess als didaktisches Problem*. In: Religionspädagogische Beiträge. Heft 27. S. 147–152. Mainz.
- Overwien, Bernd (1999): *Dem Trichter entronnen. Die Aktualität Paulo Freires „Pädagogik der Unterdrückten“*. In: Blätter des iz3w. Heft 1/1999, S. 32–34. Freiburg i. Br.
- Overwien, Bernd (2000): *Informelles Lernen in sozialen Bewegungen*. In: Grubitsch, Siegfried/Nitsch, Wolfgang/van der Linden, Marcel (Hrsg.): *Lernfähigkeit der Subjekte. Zum Gedenken an Gottfried Mergner*. (Ausdruck). Frankfurt/M.
- Overwien, Bernd (2003): *Das lernende Subjekt als Ausgangspunkt – Befreiungspädagogik und informelles Lernen*. In: Wittwer/Kirchhof (2003: 43–72).
- Overwien, Bernd (2004a): *Internationale Sichtweisen auf „informelles Lernen“ am Übergang zum 21. Jahrhundert*. In: Otto, Hansuwe/Coelen, Thomas (2004: 51–73): *Ganztagsbildung in der Wissensgesellschaft*. Wiesbaden.
- Overwien, Bernd (2004b): *Sichtung des Sach- und Diskussionsstandes zur entwicklungsbezogenen Bildung an Schulen*. Diskussionspapier für die Dritte KMK-BMZ-Fachtagung entwicklungsbezogene Bildung an Schulen am 14. und 15.12.2005 in Bonn. Manuskript.
- Overwien, Bernd (2005a): *Stichwort: Informelles Lernen*. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 3/2005. S. 339–359. Berlin.
- Overwien, Bernd (Hrsg.) (2005b): *Von sozialen Subjekten. Kinder und Jugendliche in verschiedenen Welten*. Für Manfred Liebel zum 65. Geburtstag. Frankfurt/M.
- Overwien, Bernd (Hrsg.) (2005c): *Informelles Lernen in sozialen Bewegungen*. In: Overwien (2005a: 345–364).
- Pausch, Andreas (2004): *Waffendienstverweigerung in der DDR*. Eine Begleitpublikation zur Ausstellung „Graben für den Frieden? Die Bausoldaten in der DDR“ Norderstedt.
- Packuleit, Helga (1968): *Erziehung zur Solidaritätsbereitschaft*. Reihe: Pädagogische Lesungen. Berlin/DDR.
- Peter, Hans-Detlef (1991): *Der geteilte Mantel. Bericht über die Tagung „Aufbruch gegen die Armut“ in Halle vom 29. bis 31. Oktober 1971*. Nachdruck in: INKOTA-Netzwerk (1991): *20 Jahre INKOTA*, S. 7. Berlin.
- Pfäfflin, Georg Friedrich (1999): *Ernst Lange Lesebuch. Von der Utopie einer besseren Welt*. Berlin.
- Pollack, Dieter (1989): *Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR – eine religionssoziologische Untersuchung*. In: Pollack (1990: 115–154).
- Pollack, Detlef (Hrsg.) (1990): *Die Legitimität der Freiheit. Politische alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche*. Frankfurt/M.

- Pollack, Detlef (1994): *Die Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*. Stuttgart.
- Pollack, Detlef/Rink, Dieter (Hrsg.) (1997): *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989*. Frankfurt/M.
- Pradervant, Pierre (1982): *Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Vergleich. Die Notwendigkeit der Suche nach neuen Wegen*. In: EPD-Entwicklungspolitik 16/1982. Dokumentation. Frankfurt/M. Aus: Seitz (1994: 26).
- Probst, Lothar (1993): *Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie*. Köln.
- Przybylski, Peter (1992): *Tatort Politbüro. Honecker, Mittag und A. Schalck-Golodkowski*. Berlin.
- Raiser, Konrad (1990): *Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung als pädagogische Herausforderung*. In: Johannsen/Noormann (1990: 158–167).
- Ramminger, Michael/ Weckel Ludwig (1997): *Dritte-Welt-Gruppen auf der Suche nach Solidarität*. Münster.
- Raschke, Joachim (1991): *Zum Begriff der sozialen Bewegung*. In: Roth/Rucht (1991: 31–39).
- Reichardt, Achim (2005): *„Nie vergessen – Solidarität üben!“*. Berlin.
- Reichel, Renate (1998): *Westmuster gelten nicht. Neuanfänge im Osten mit dem Deutschen Aussätzigen Hilfswerk*. In: Führung (1998: 22–31).
- Reinhardt, Volker (2004): *Aspekte der politischen Bildung nach 1945. Politische Erwachsenenbildung unter dem Einfluss schulischer politischer Bildung*. Hamburg.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (1991): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M.
- Rucht, Dieter et al. (1997): *Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*. Frankfurt/M.
- Sachse, Christian (Hg.) (2004): *Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit. Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987–1989 in der DDR*. Münster.
- Scherzer, Landolf (2002): *Die Fremden – unerwünschte Begegnungen und verbotenen Protokolle*. Berlin. 2002.
- Scheunpflug, Annette/Treml, Alfred K. (Hrsg.) (1993): *Entwicklungspolitische Bildung. Bilanz und Perspektiven in Forschung und Lehre*. Tübingen.
- Scheunpflug, Annette/Seitz, Klaus (1995a): *Entwicklungspolitische Unterrichtsmaterialien. Literatur zu Theorie und Didaktik der entwicklungsbezogenen Bildung*. Frankfurt/M.
- Scheunpflug, Annette/Seitz, Klaus (1995b): *Die Geschichte der entwicklungspolitischen Bildung. Zur pädagogischen Konstruktion der „Dritten Welt“*. Band III: Erwachsenenbildung und Jugendarbeit. Frankfurt/M.
- Schiele, Siegfried (1996): *Reicht der Beutelsbacher Konsens?* Schwalbach.
- Schneider, Ilona Katharina (1995): *Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Opposition. Eine kommentierte Dokumentation*. Opladen.
- Schönherr, Albrecht (1974): *Die Kirche als Lerngemeinschaft*. Hauptvortrag zur 2. Sitzung der 2. Synode des BEK vom 29.10. – 01.10.1974. S. 1–13. In: Evangelisches Zentralarchiv (EZA) Berlin. Band: 101/57.
- Schorlemmer, Friedrich (1985): *Macht und Ohnmacht kleiner Gruppen vor den Herausforderungen unserer Zukunft*. In: Pollack (1990: 17–24).

- Schulz-Hageleit, Peter (1988a): *Geschichte, Psychologie und Lebensgeschichte*. TUB-Dokumentation. Fünf Aufsätze. Heft 18. Berlin.
- Schulz-Hageleit, Peter (1988b): *Zum Verhältnis von geschichtlich-objektiven Themen und lebensgeschichtlich-subjektiven Inhalten*. In: Schulz-Hageleit (1988a: 22–33).
- Schulz-Hageleit, Peter (1995a): *Geschichte, Psychologie und Lebensgeschichte*. TUB-Dokumentation. Wissenstransfer Heft 1. Berlin.
- Schulz-Hageleit, Peter (1995b): *Geschichte „durcharbeiten“ – Plädoyer für das interdisziplinäre Gespräch zwischen Geschichtswissenschaft, Psychoanalyse und Geschichtsdidaktik*. Berlin. In: Schulz-Hageleit (1995b: 77–87).
- Schulze, Rudolf (1988): *Zur Problematik der ökumenischen Kommunikation*. Paper der Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen. Berlin/DDR.
- Seitz, Klaus (1993): *Von der Dritte-Welt-Pädagogik zum globalen Lernen. Zur Geschichte der entwicklungspädagogischen Theoriediskussion*. In: Scheunpflug, Annette/Treml, Alfred K. (Hrsg.) (1993: 39–77).
- Seitz, Klaus (1994): *Von der Dritte-Welt-Pädagogik zum Globalen Lernen*. In: Comenius-Institut (1994), unter Mitarbeit von Scheunpflug, Annette. *Entwicklungspolitische Bildung. Bibliographie zur Geschichte der entwicklungsbezogenen Bildung. Teil I Theoretische Beiträge 1947–1992*. S. 9–34.
- Selby, David/Rathenow, Hanns-Fred (2003): *Globales Lernen. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II*. Berlin.
- Semptner, Klemens (2002): *Der Runde Tisch in der DDR*. München.
- Siebs, Benno-Eide (1999): *Die Außenpolitik der DDR 1966–1989. Strategien und Grenzen*. Paderborn.
- Simpfendorfer, Werner/Dauber, Heinrich (1981): *Eigener Haushalt und bewohnter Erdkreis. Ökologisches und ökumenisches Lernen in der „Einen Welt“*. Wuppertal.
- Steinhäuser, Matthias (1999): *Wir werden leben und wachsen. 25 Jahre „Kirche als Lerngemeinschaft“ eine Geschichte, die weitergeht*. In: *Zeichen der Zeit. Luthische Monatshefte*. Heft 10/1999. S. 9–14. Leipzig.
- Stier, Peter (1987): *Handbuch Entwicklungsländer*. Berlin/DDR.
- Subklew-Jeutner, Marianne (2004): *Der Pankower Friedenskreis : Geschichte einer Ost-Berliner Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirchen in der DDR 1981–1989*. Osnabrück.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.) (2001): *Das Wörterbuch der Staatssicherheit*. Schriftenreihe: *Analysen und Dokumente*. Berlin.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.) (2003): *Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte: Eine Zwischenbilanz*. München.
- Süßmuth, Rita (2000): *Runder Tisch und direkte Demokratie*. Opladen.
- Thaysen, Uwe (2000): *Der Zentrale Runde Tisch*. Band 1–5. Wiesbaden.
- Treml, Alfred K. (1996): *Die pädagogische Konstruktion der „Dritten Welt“*. Frankfurt/M.
- Treml, Alfred K.: (1998): *Globales Lernen oder: Überforderung der Pädagogik durch die Weltgesellschaft*. In ZEP 1998: Heft 3).
- Treml, Alfred (2006): *Kann durch Erziehung die Gesellschaft verändert werden? Eine ideengeschichtliche und biographische Zwischenbilanz*. In: ZEP 2006: Heft 1/2.
- Vogel, Detlef/Müller, Gertrud (1990): *Zwischen Rostock und Dresden. 2/3-Weltgruppen. Ein Handbuch*. Gießen.

- VENRO (2000): *Globales Lernen – Grundsätze und Perspektiven der Bildungsarbeit der entwicklungspolitischen NGO's*. Bonn.
- Voß, Matthias (2004): *Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik, Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten*. Münster.
- Voß, Peter (1988): *Mikrogruppen*. In: Sozialpsychologie für die Praxis: Erkenntnisse und Empfehlungen in 20 Bausteinen. Hrsg.: Friedrich, Walter/Voß, Peter. S. 237–248. Berlin.
- Wachlin, Jischa (1995): *Sustainable development und konziliarer Prozess – Leitbilder im Dialog*. Vorträge auf der Klausurtagung von Forum Clausthal am 18. und 19. Februar 1994 auf Burg Warberg. Clausthal.
- Weiß, Konrad (1998): *Lothar Kreyssig. Prophet der Versöhnung*. Gerlingen.
- Weiß, Robert/Heinrich, Manfred (1991): *Der Runde Tisch: Konkursverwalter des „realen“ Sozialismus. Analyse und Vergleich des Wirkens Runder Tische in Europa*. Köln.
- Weiter, Matthias (1990): *Gesamtdeutsche Entwicklungspolitik?* In: Entwicklung und Zusammenarbeit. Frankfurt/M. Heft 5/1990, S. 7–9.
- Winter, Friedrich (Hrsg.) (1999): *Die Moderatoren der runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90*. Berlin.
- Wittwer, Wolfgang/Kirchhof, Steffen (Hrsg.) (2003): *Informelles Lernen und Weiterbildung*. Köln.
- ZEP (1996): Themenheft: *Interkulturelle und entwicklungspädagogische Erwachsenenbildung – eine Zwischenbilanz für die 90er Jahre*. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 19. Jahrgang. Heft 3. Frankfurt/M.
- Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 21. Jahrgang. Heft 3. Frankfurt/M.
- ZEP (2006): Themenheft: *Kann durch Erziehung die Gesellschaft verändert werden?*. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 29. Jahrgang. Heft 1/2. Frankfurt/M.
- Yu, Thimothus (2001): *Eine globale Umweltbewegung? Die Kirchen im konziliaren Prozess*. Hamburg.
- Zillermann, Peter (2002): *Darstellung der Kirchengeschichte der DDR von 1945 – 1990 in 4 Teilen*. In: <http://www.segeluchbecken.de/kirche/ddr-kirche-.htm> am 10.11.2005.